KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 218 November / Dezember 2021 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 218 November/Dezember 2021



anf

Die Guerilla in den Kriegstunneln in Südkurdistan schützt sich mit Gasmasken gegen die von der türkischen Armee eingesetzten chemischen Kampfstoffe.



anf

Die türkische Armee greift zunehmend die Zivilbevölkerung in Südkurdistan wie in Binarê Qendîl an, um sie aus ihren Dörfern zu vertreiben.



anha

Protest am Grenzübergang Sêmalka in Rojava. Angehörige fordern von der PDK die Herausgabe der Leichen von in Südkurdistan getöteten Guerillakämpfern.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2021 neigt sich dem Ende entgegen. In Kurdistan zeigt sich der Widerstandsgeist der kurdischen Freiheitsbewegung wie der kurdischen Gesellschaft ungebrochen. Trotz Angriffen und Provokationen in nahezu allen Teilen Kurdistans wird der Kampf für eine Lösung der kurdischen Frage und eine Demokratisierung der Region beharrlich fortgeführt. Hierbei ist vor allem weiterhin der NATO-Staat Türkei der grundlegende Faktor, der sich einer demokratischen und friedlichen Lösung verschließt und auf militärische Eskalation setzt.

Der Krieg der türkischen Armee verlagerte sich in diesem Kontext in diesem Jahr vor allem auf Südkurdistan/Irak. Trotz quantitativer Überlegenheit und modernster Militärtechnologie hat sie es seit Beginn der im April eingeleiteten Besatzungsoperation in Avaşîn, Zap und Metîna nicht geschafft, die Region wie geplant zu besetzen. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit setzt sie sogar chemische Kampfstoffe ein. Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat mit Videos und Fotos eindeutige Beweise veröffentlicht, dass Ankara gegen völkerrechtliche Übereinkommen über Chemiewaffen verstößt, um der Kreativität und Entschlossenheit der Guerilla etwas entgegenzusetzen.

Parallel zu diesen Entwicklungen in Südkurdistan intensivierten sich zum Ende des Jahres auch die Invasionsdrohungen der Türkei gegen die demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien. Wie bereits vor der Annexion des nordsyrischen Kantons Efrîn 2018 oder dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Serêkaniyê und Girê Spî 2019 verbreiten hochrangige türkische Staatsvertreter mit Falschnachrichten über angebliche Angriffe der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in der Besatzungszone in Nordsyrien die altbekannte Mär der »terroristischen Bedrohung« an den Staatsgrenzen, um die Stimmung für eine weitere Invasion der befreiten Gebiete anzuheizen.

Doch der offensichtliche Einsatz von chemischen Waffen und die jüngsten Invasionsdrohungen sind nicht als eine Position der Stärke zu verstehen. Ganz im Gegenteil sind sie ein Zeichen von Schwäche und zeigen, dass die expansionistischen Pläne der Türkei in eine Sackgasse geraten sind. Aktuelle Umfragen zeigen zudem, dass das derzeitige Regierungsbündnis aus AKP und MHP bei der kommenden Wahl die absolute Mehrheit verfehlen wird. Angesichts der bröckelnden gesellschaftlichen Unterstützung greift Staatspräsident Erdoğan auf die altbekannte Methode zurück, mithilfe des »kurdischen Feindbildes« die nationalistische Stimmung im Land zu schüren und die Opposition, die es in den letzten Monaten geschafft hat, die innenpolitische Agenda immer mehr zu bestimmen, zu spalten.

Die jüngsten Entwicklungen deuten auch zukünftig auf eine anhaltende militärische Eskalation in der Region hin, ein Friedensprozess in der derzeitigen Kräftebalance scheint nicht möglich. Eine passende Antwort auf die Kriegspolitik der Türkei und ihre Unterstützerstaaten wäre eine starke internationale Solidarität, die die kurdische Freiheitsbewegung auf ihrem Marsch für Frieden und Demokratie auf allen Ebenen aktiv unterstützt.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die demokratische Nation als Ausweg aus dem zunehmenden Chaos

Şükrü Demhat, Journalist

Die historische Phase, die wir aktuell gesellschaftlich durchlaufen, hat mittlerweile einen entscheidenden Punkt erreicht. Häufig wird unsere Epoche als die letzte Phase der kapitalistischen Moderne bezeichnet. Zugleich werden die Diskussionen über notwendige Veränderungen und die Suche nach einem neuen System immer intensiver. Die kapitalistische Moderne ist heute ideologisch und paradigmatisch festgefahren. Sie verfügt dementsprechend nicht über die Fähigkeit, ihre Krise zu überwinden und sich grundlegend zu reformieren. Sie versucht ihre Hegemonie, die auf einer kolonialistisch-imperialistischen Politik basiert, mithilfe einiger weniger Täuschungen aufrechtzuerhalten. Dabei lassen sich deutliche Anzeichen erkennen, dass die Phase bereits begonnen hat, in der die kapitalistische Moderne ideologisch überwunden wird. Da ihre Blockade ideologischer Natur ist, erscheint es langfristig unmöglich, die tiefgreifende Krise mithilfe von Reformen und vorübergehenden Vorsichtsmaßnahmen zu bewältigen. Der ausschlaggebende Grund für die Krise ist die imperialistische und kolonialistische Politik, die von einer starken feindseligen Haltung gegenüber Natur, Frau und Gesellschaft geprägt ist. Diese Politik ergibt sich aus dem kapitalistischen Paradigma. Vor diesem Hintergrund entpuppen sich Globalisierung und Nationalstaat eindeutig als ideelle Zwillinge. Der aktuell stattfindende Machtkampf ist das Ergebnis der Widersprüche zwischen den Kräften der kapitalistischen Moderne im Hinblick auf den freien Kapitalverkehr und die Aufteilung ihrer Profite. Während also das nationalstaatliche Paradigma die eine Seite der aktuellen Krise darstellt, ist der globale Krieg um die imperialistische Hegemonie die andere Seite. Im Kern geht es dabei um systemimmanente Widersprüche, die von Zeit zu Zeit zu offenen Konflikten und Kriegen führen können, deutlich häufiger jedoch unter Berücksichtigung der Profite aller Beteiligten in neuen Gleichgewichten und Kompromissen enden. Die Blockade und die Krise umfassen das gesamte System. Der aktuelle Blockadezustand kann aus Sicht der beteiligten Kräfte teilweise zu Ergebnissen und Verlusten führen, die im Rahmen ihrer politischen Strategien nicht vorhergesehen oder berücksichtigt worden waren. Das zentralistisch-hegemoniale System – von den USA angeführt – war zuletzt in Afghanistan mit einer Situation konfrontiert, die genau dieser von uns beschriebenen Realität entspricht. Dort können die letzten Entwicklungen entweder als Kompromiss betrachtet werden, der die Interessen beider Seiten berücksichtigt, oder als Niederlage der USA. Beides stellt letztendlich einen Misserfolg dar.

Tiefe Krise der kapitalistischen Moderne

Sowohl die USA als Führungsmacht des Systems als auch die von ihnen aufgebauten internationalen Institutionen erfahren aktuell eine ernstzunehmende Krise. Sie ist Ausdruck der Unfähigkeit der USA und der erwähnten Institutionen, mit ihren veralteten Denkweisen und Systemen den aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden. Der systeminterne Kampf zwischen nationalstaatlichen Kräften auf der einen und globalistisch orientierten auf der anderen Seite endete insbesondere bei den letzten US-Wahlen mit dem Sieg der Globalisten. Die US-Wahlergebnisse haben sowohl weltweit als auch im Mittleren Osten einen großen Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die lange von den USA dominierten Bündnisse und Plattformen selbst, deren Zweck im Ausgleich bestehender zwischenstaatlicher Widersprüche und der Schaffung staatlicher Beziehungen besteht, werden bis ins Mark von der Krise der kapitalistischen Moderne erschüttert. Da die Krise dieser grundlegend politisch beschaffenen Strukturen sehr umfassend und vielschichtig ist, sind die militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Institutionen der kapitalistischen Moderne zu einem Teil des bestehenden Chaos geworden. Die aktuelle Struktur der UN wird von vielen ihrer Mitgliedsstaaten offen zur Diskussion gestellt, und auch die NATO als überlebenswichtige militärische Organisation des Systems wird als »hirntot« bezeichnet. Solche Urteile kommen nicht von ungefähr. Der fluchtartige Ausstieg Großbritanniens aus dem EU-Projekt und der Umstand, dass die Wirtschaftsunternehmen sich nur für die Ergebnisse der auftretenden Krisen interessieren, stellen die auffälligsten Aspekte in diesen Auseinandersetzungen dar. Der Status und

die Grenzen zahlreicher heute existierender Nationalstaaten sind das Ergebnis der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Doch werden sie heute in Frage gestellt. Die Bestrebungen, eine Grundlage für die erneute hegemoniale Aufteilung der Welt zu schaffen, werden von Tag zu Tag verstärkt und den verschiedenen Gesellschaften offen präsentiert.

Die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts waren klar von der Initiative der USA geprägt. Sie benutzten die Existenz der Sowjetunion zur Stärkung ihres eigenen Einflusses und als Druckmittel, um andere Nationalstaaten im Rahmen ihres eigenen Blocks zu sammeln. Auch die nationalen Befreiungsbewegungen verschiedenster Völker begriffen sie als Chance und nutzten sie im Rahmen der bestehenden Widersprüche. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren die USA jedoch ihren Status als treibende Kraft hinter den allgemeinen Entwicklungen. In der Folge erklärten sie »terroristische Staaten« zu den neuen Feinden – eine Rolle, die bis dahin die Sowjetunion gespielt hatte. So wurde eine neue Generation von Feinden geschaffen. Durch diese Politik gelang es der kapitalistischen Moderne eine Zeit lang, auf Grundlage der Nationalstaaten ihren Fortbestand zu sichern. Doch im Laufe der Zeit musste sie einsehen, dass auch diese Politik ihre Wirksamkeit verlor. Sie musste also akzeptieren, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht wie verkündet das Ende der Geschichte gekommen war. Sie verstand auch, dass sie in Anbetracht des nun fehlenden ewigen Feindes in eine Phase des Zerfalls eingetreten war. Aus dem 2. Weltkrieg waren die USA als globale Führungsmacht des Kapitalismus hervorgegangen. Doch hatten sich seither auch Kräfte weiterentwickelt, die im offenen Konflikt oder Widerspruch zu ihnen standen. Die Mitgliedsländer des Sowjetblocks und dessen Bündnisse waren in diesem Rahmen entstanden. Nach dessen Zerfall begann Russland das 21. Jahrhundert auf der Grundlage seines sowjetischen Erbes und wurde zu einem der schwächeren Rädchen der kapitalistischen Moderne. Obwohl die Auflösung der Sowjetunion weithin als Erfolg der USA galt, bestanden stets Zweifel daran, in welche Richtung sich Russland entwickeln würde. Während dieser Übergangsphase gelang es der kapitalistischen Moderne nicht, einen neuen strategischen Feind zu schaffen. Sie konnte deshalb nicht wie gewollt Nutzen aus den damaligen Chancen ziehen. Mit der Zeit traten immer mehr



Bildungswoche im Frauendorf Jinwar in Rojava – Gegen die kapitalistische Moderne setzen die Frauen die demokratische Moderne durch. Foto: Jinwar

Kräfte auf den Plan, die sich gegen die USA positionierten und ein Stück vom Kuchen verlangten. Zudem vertraten zahlreiche Nationalstaaten ihre hegemonialen Ansprüche zunehmend selbstbewusst und entwickelten sich zu einem ernsthaften Risiko für die westlich-hegemonialen Kräfte. Zu den aufsteigenden Kräften des neuen Jahrhunderts zählt neben Indien, Russland und anderen Staaten vor allem China. Sie sind mittlerweile Akteure, die durchaus in der Lage sind, den USA ihre Führungsrolle im globalen Kapitalismus streitig zu machen.

USA und ihre Verbündeten sind gescheitert

Es ist eindeutig, dass die politische Strategie der USA und ihrer Verbündeten vom Irak, Syrien und Kurdistan bis nach Afghanistan in eine Sackgasse geraten ist. Da sie offensichtlich nicht über die Kraft verfügen, ihre eigenen Pläne in der Region durchzusetzen, werden ihre Position und ihre globale Führungsrolle heute in Frage gestellt. Auch die Kräfteverschiebungen in Afghanistan, dem Irak und Syrien, die Neupositionierungen und die Rückzugsentscheidungen stehen in direktem Zusammenhang mit dieser Politik. Abdullah Öcalan setzte sich bereits vor Jahren in seinen Verteidigungsschriften intensiv mit der afghanisch-pakistanischen Region auseinander und kam zu Schlussfolgerungen, welche die aktuellen Entwicklungen andeuteten. Seine damaligen Analysen bzw. »Prophezeiungen« sind heute praktisch wahr geworden. Die Kräfte der Moderne stecken tief im Chaos und sind blockiert. Auch wenn sie stets versuchen, Krisen bewusst zu verstärken und so zu ihren eigenen Gunsten zu lenken, sind sie dieses Mal damit gescheitert. Die USA und ihre Verbündeten sind in eine Sackgasse geraten. Insbesondere auf ihrem im Sommer veranstalteten NATO-Gipfel, der EU-Ratssitzung und dem G7-Gipfel unternahmen sie daher den Versuch, eine neue militärische, wirtschaftliche und politische »Roadmap« zu entwerfen. Diese Bemühungen wurden von vielen Beobachter:innen als Versuch der zentralistisch-hegemonialen Mächte bewertet, ähnlich wie im Jahr 1952 eine neue »strategische Gefahr« zu kreieren. Um damals aus der politischen Konjunktur Profit zu schlagen, hatte die Türkei freiwillig am Koreakrieg teilgenommen. Analog zu den damaligen Verhältnissen unternimmt sie heute in Afghanistan einen sehr ähnlichen Versuch, bisher jedoch ohne Erfolg. Es ist offensichtlich, dass der »Hirntod der NATO« deren Existenz hinfällig machen wird. Derartige nationalstaatlich orientierte Institutionen sind nicht in der Lage, Lösungen für das bestehende Chaos zu entwickeln. Der Sowjetunion war es nach der Besetzung Afghanistans im Jahr 1979 nicht gelungen, vor Ort Fuß zu fassen. Stattdessen war ihre Niederlage dort ein wichtiger äußerer Faktor, der zu ihrem Zerfall beitrug. Eine ähnliche Situation erleben heute die USA, die Afghanistan seit den Angriffen im Jahr 2001 zwanzig Jahre lang durchgehend besetzt gehalten haben. Angela Merkel, eine wichtige Partnerin der USA in diesem Projekt, brachte diese Tatsache auf den Punkt: »Mit dem Anspruch, Afghanistan nach unseren Vorstellungen und Werten umzugestalten, sind wir gescheitert.« Auch die USA – eine weithin als globaler Akteur betrachtete Macht – haben ihre Niederlage eingestanden, sich zurückgezogen und das Land den Taliban überlassen, die sie mithilfe ihrer vielfältigen Beziehungen vor Ort in der Vergangenheit selbst empor gebracht hatten. Damit sind die Analysen Abdullah Öcalans bezüglich der »Kraft der Tradition« heute praktisch Realität geworden. Weder die Sowjetunion noch die USA mit ihren westlichen Verbündeten konnten sich mithilfe ihrer kollaborierenden, nationalstaatlichen Agenten oder ihrer eigenen despotisch-modernen Methoden in der Region festsetzen. Nach ihrer Niederlage und ihrem Rückzug haben nun lokale reaktionär-traditionelle Kräfte auf der Basis ihrer aktuellen organisatorischen Stärke das entstandene Vakuum in der Region gefüllt und die Macht übernommen. Oder anders ausgedrückt: Die Macht wurde ihnen übergeben.

Lage im Irak und in Afghanistan – eine Spätfolge der US-Intervention

Die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan werden die politische Konjunktur in der gesamten Region beeinflussen. Der panische, unter Verlusten erfolgte Rückzug der von den USA angeführten Kräfte ist entweder das Ergebnis eines auf den Interessen aller Beteiligten basierenden Kompromisses mit den reaktionären Taliban oder des Scheiterns ihrer politischen Strategie. In beiden Fällen ist es absolut angemessen, dem System eine ernstzunehmende ideologische Schwäche und einen Rückschlag zu attestieren. Es scheint so, als werde das Scheitern der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan im politischen Bereich noch dramatischere Folgen haben. Die heutige Lage im Irak und in Afghanistan – eine Spätfolge der US-Intervention vor rund zwanzig Jahren – wird im Hinblick auf die globale Führungsrolle der USA zu einem Sicherheitsproblem führen. In nächster Zeit wird sich dies insbesondere auf die US-Innenpolitik auswirken. In der Folge wird der politische Aufstieg der Demokrat:innen im Zuge der letzten US-Präsidentschaftswahl nach dem Rückzug aus Afghanistan ernsthaft in Frage gestellt und kritisiert werden und ein Ende finden. Die verstärkten innenpolitischen Aktivitäten der Republikaner:innen, die wir in jüngster Zeit beobachten können, sind ein Ausdruck dessen. Auch die Diskussionen um einen vollständigen US-Rückzug aus dem Irak und sogar dem gesamten Mittleren Osten haben massiv an Fahrt aufgenommen. Diejenigen, deren Politik bisher auf einem Bündnis oder auf gemeinsamen Interessen mit den USA beruhte und für diese Politik eine existentielle Stütze dargestellt hatte, diskutieren derzeit intensiv die eigene Lage, insbesondere zahlreiche regionale Akteure, namentlich die südkurdische PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und

der Irak. Ein weiterer Effekt zeigt sich in der Haltung des Iran, der diese Entwicklungen nutzt, um seine regionale Hegemonie zu vergrößern bzw. zu festigen und sogar als Drohmittel gegen alle Kräfte einzusetzen, die er als Gefahr betrachtet. Die Lage in Afghanistan wird dem Iran in nächster Zeit als zentrales Drohmittel und Argument für seine Politik in der Region selbst und insbesondere in Zentralasien und Fernost dienen.

Kriegerische Auseinandersetzungen werden sich im Mittleren Osten verschärfen

Der Umstand, dass die USA und ihre Verbündeten sich gegenüber dem Iran, Russland und insbesondere China neu positionieren und in Stellung bringen, wird weder zu einem Kalten Krieg wie zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt noch zu einem konventionellen »heißen« Krieg führen. Es ist absehbar, dass sich der 3. Weltkrieg in Form lokaler Kriege und mithilfe von wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Interventionen – unter Einsatz von religiös, ethnisch oder ähnlich motivierten Kräften – verschärfen und fortsetzen wird. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass sich die Entwicklungen in Afghanistan auch in Syrien und dem Irak, angepasst an die spezifischen Verhältnisse vor Ort, wiederholen werden. Auch wenn der Eindruck entstehen mag, der Abzug der US-Kräfte aus Girê Spî und Serêkaniyê in Rojava und ihr mit den Taliban vereinbarter Rückzug aus Afghanistan seien zeitlich unmittelbar aufeinander gefolgt, handelt es sich doch um zwei sehr unterschiedliche Ereignisse. Sich auf dieselbe Art und Weise aus dem Irak zurückzuziehen, würde nicht zur politischen Strategie der USA passen. Sie können vielmehr die zuvor erprobte Politik verfolgen, einen Teil ihrer kämpfenden Einheiten abzuziehen, die sich auf aus lokalen Kollaborateuren bestehende Kräfte stützen. Ein vollständiger Abzug aus dem Land bleibt aber in nächster Zeit unwahrscheinlich. Trotz dieser Feststellung würde es zu falschen politischen und militärischen Einschätzungen führen, wenn wir davon ausgingen, die USA könnten sich niemals zurückziehen oder würden – ganz im Gegenteil – umgehend abziehen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konjunktur ist es wichtig, stets alle Eventualitäten in Betracht zu ziehen. Wir können also klar festhallten, dass die USA oder andere Kräfte den Mittleren Osten nicht einfach aufgeben werden. Stattdessen wird sich der Kampf in der Region weiter verschärfen und die Gebiete, in denen es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, werden sich noch ausweiten. Es ist deutlich zu erkennen, dass insbesondere die Achse USA-Großbritannien-Deutschland-Israel bestrebt ist, ihren Einfluss in der Region auszubauen, indem sie ein Bündnis bestehend aus der Türkei, der PDK und gewissen islamistischen Stellvertretergruppen unterstützt.

Durch ihren Kompromiss mit den Taliban haben sich die Mächte der kapitalistischen Moderne mit den reaktionär-traditionellen Kräften geeinigt. Zugleich bezeichnen sie Freiheitskämpfe, die auf der kommunal-widerständigen gesellschaftlichen Tradition der demokratischen Moderne basieren, als »terroristisch«. Allein dadurch offenbart sich das wahre Gesicht der imperialistisch-hegemonialen Kräfte. Sie haben nicht das geringste Interesse an der Verbreitung von Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten im Mittleren Osten. Ihre regelmäßigen diesbezüglichen Bekundungen sind nichts als Propaganda und bedeuten die Verschleierung der Wahrheit. Die Angriffe der Türkei und anderer kolonialistischer Staaten der Region, die sich gegen die Kurd:innen richten und auf Vernichtung und Völkermord abzielen, sind das Ergebnis der zuvor benannten Haltung. Die Angriffe werden durch diese Haltung bestärkt und letztendlich direkt von deren Vertreter:innen befeuert und gelenkt. Der antikurdischen und antifreiheitlichen Politik, die mithilfe der Türkei verfolgt wird, wurde zuletzt der irakische Premierminister al-Kazimi hinzugefügt. Auf diese Weise sollen insbesondere in den Medya-Verteidigungsgebieten, aber auch in Şengal, Mexmûr und Rojava Fakten geschaffen werden. Es wird also versucht, dafür das internationale Komplott gegen die Freiheitsbewegung und Abdullah Öcalan noch einmal deutlich zu verstärken.

Die Gesellschaften des Mittleren Ostens lehnen sich aufgrund ihrer Realität am stärksten gegen Dominanz und Macht auf. Es wird definitiv nicht einfach werden, dieser multiidentitären, farbenfrohen, mehrsprachigen und multikulturellen gesellschaftlichen Realität das nationalstaatliche Korsett aufzuzwingen. Aus genau diesem Grund bezeichnete Abdullah Öcalan bereits vor Jahren die Hinrichtung Saddam Husseins als das Ende des Nationalstaates. Die Strategie der kapitalistischen Moderne, zum Schutz ihrer eigenen Interessen ständig neue künstliche Widersprüche zu schaffen, hat die ausweglose Lage im Mittleren Osten noch weiter verstärkt. Auch die palästinensische Frage ist noch immer nicht gelöst, was mit den erwähnten Haltungen und Konzepten zusammenhängt. Es sind die besagten Kräfte, die den israelisch-palästinensischen Konflikt befeuert haben. Mithilfe dieser von ihnen selbst geschaffenen Krise konnten sie den gesamten Mittleren Osten lange Zeit kontrollieren. Als zu diesem Problem, das sich zu einem grundlegenden, weiterhin ungelösten Widerspruch entwickelt hatte, noch der Freiheitskampf in Kurdistan hinzukam, vertiefte sich die Krise massiv und die Situation in der Region wurde noch chaotischer. Denn während sich die Nationalstaaten und Institutionen des 20. Jahrhunderts völlig auf den israelisch-palästinensischen Konflikt konzentrierten und sich die Regionalstaaten entsprechend positionierten, zwang der Aufbruch Abdullah Öcalans und der PKK sie alle dazu, ihre zuvor gemachten Pläne umfassend zu korrigieren. Nach

seiner Entstehung gelang es dem Freiheitskampf der PKK, eine Führungsrolle bei der Zerschlagung der dem Mittleren Osten völlig fremden nationalstaatlichen Zwangsjacke zu spielen. Dadurch hat er auch deutlich gemacht, dass die palästinensische Frage von der kapitalistischen Moderne und den regionalen Nationalstaaten instrumentalisiert und der eigentliche Kampf der Palästinenser:innen verfälscht worden ist. Heute ist nicht der palästinensische Widerstand für die politischen Strategien in der Region maßgeblich, sondern der Freiheitskampf in Kurdistan. Die global-hegemonialen Kräfte sind sich dessen sehr wohl bewusst. Es ist offensichtlich, dass sie mit den Nationalstaaten ein Bündnis gegen den Freiheitskampf in Kurdistan eingegangen sind. Diese beiden Akteure betrachten die Ideen Abdullah Öcalans als eine grundlegende Gefahr für sich selbst. Aus diesem Grund hatten sie das internationale Komplott geplant und durchgeführt. Die Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt und die Haltung gegenüber Abdullah Öcalan haben diese Tatsache seither immer wieder aufs Neue belegt.

Neuordnung der Region

Seit geraumer Zeit wird der Versuch unternommen, die Neuordnung des Mittleren Ostens entlang neu definierter Ziele und Interessen voranzutreiben und die politische Strategie in der Region mithilfe des irakischen Staates zu organisieren. Insbesondere der irakische Premierminister al-Kazimi wird hierfür benutzt. Seit der Besetzung im Jahr 2003 hat der Irak weder an Stabilität gewonnen, noch konnte er sich dem nationalstaatlichen Rahmen anpassen. Die Lage im Land wird aktuell daher allgemein umfassend analysiert und neu bewertet. Die Diskussionen um einen eventuellen US-Rückzug aus dem Irak werden als Möglichkeit genutzt, den Staat und das System mithilfe al-Kazimis zu restaurieren. Es wird dementsprechend versucht, schnell Wahlen im Irak durchzuführen und danach neue politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Es melden sich auch Stimmen zu Wort, die von der Verfassung bis zum Staatssystem des Irak alles zur Diskussion stellen möchten. Um al-Kazimi als denjenigen zu präsentieren, der über genügend Kraft für all diese Vorhaben verfügt, wurde die Organisierung einer Konferenz internationaler Staatschefs in Bagdad unterstützt. Diese Konferenz dürfen wir sicherlich nicht ausschließlich als diplomatisches Zusammentreffen verstehen. Auch wenn die diplomatischen Bemühungen, die in diesem Rahmen hinter verschlossenen Türen stattfanden, nicht vollständig an die Öffentlichkeit gelangt sind, können wir trotzdem einen genaueren Blick auf einige öffentlich gewordene Diskussionen und Ergebnisse werfen. Dabei wird deutlich, dass dieses internationale Zusammentreffen eine neue Phase in der Neuordnung der Region eingeläutet hat. Neben diplomatischen Aspekten standen offensichtlich auch sicherheitspolitische, geheimdienstliche, wirtschaftliche und politische Themen auf der Tagesordnung. Weitere Punkte waren das internationale Komplott gegen unsere Bewegung und der andauernde Völkermord an den Kurd:innen. Dass der Irak bisher keine klare Haltung gegen die Besatzungsangriffe der Türkei in Şengal, Mexmûr, den Medya-Verteidigungsgebieten und der Region Asos-Pêncewîn gezeigt hat, zeigt das Ausmaß seiner Kollaboration. Al-Kazimi verfolgt seit geraumer Zeit eine Politik, die auf einen Kompromiss zwischen der Strategie der Türkei und dem irakischen Staat abzielt – und zwar auf Basis einer gemeinsamen Politik gegen die PKK. Al-Kazimi will dadurch sowohl die Unterstützung der Türkei gewinnen als auch mit Unterstützung der PDK seinen eigenen Machterhalt sichern.

Irak hat sich erneut zu einer Kampfarena entwickelt

Die Vernichtungsangriffe und das Komplott gegen unsere Bewegung werden aktuell über zwei Zentren organisiert. Eines davon ist Hewlêr (Erbil). Während hier der Politik in Kurdistan eine spezifische Form gegeben werden soll, wird über Bagdad der Versuch unternommen, den Einfluss unserer Bewegung nicht nur in Kurdistan selbst, sondern im gesamten Mittleren Osten zu schwächen, um sie letztendlich zu vernichten. Es ist allseits bekannt, dass die Türkei große Anstrengungen dafür unternimmt und in Bagdad, Mûsil (Mossul) und anderen Gebieten permanent zu diesem Zweck aktiv ist. Als Zentrum der Neugestaltung der Politik in Kurdistan befindet sich Hewlêr heute in einer sehr gefährlichen Position. Die PDK spielt mittlerweile im Rahmen der türkischen Besatzungsangriffe eine völlig inakzeptable Rolle und verstärkt zunehmend Kollaboration und Verrat. Da die Feindschaft der PDK gegenüber unserer Freiheitsbewegung allseits bekannt ist, wurde Hewlêr zu einem Zentrum für die aktuellen Angriffe auserkoren. Auch gegenüber den schiitischen, sunnitischen, kurdischen und anderen Blöcken im Irak und dessen Anrainern wird entsprechend den Neugestaltungsplänen für die Region und den bestehenden Interessen eine »Teile-und-herrsche-Politik« verfolgt. Zur Durchsetzung der Ziele wird in der derzeitigen politischen Phase massiv Druck auf die unterschiedlichen Akteure ausgeübt. Zwei Blöcke beanspruchen jeweils die Entscheidungsgewalt über die Region, stellen ihre eigenen Interessen permanent in den Vordergrund und üben massiv Druck aus. Die westlichen Mächte unter Führung der USA bilden den einen dieser Blöcke. Die Angriffe des NATO-Mitgliedes Türkei sind Teil ihrer Aktivitäten, denn diese expansionistische und kolonialistische Politik ist Bestandteil der allgemeinen NATO-Strategie in der Region. Die Besatzungsangriffe der Türkei werden von der NATO als eine Art Schlagstock eingesetzt. Das gilt besonders für die USA, die erkannt haben, dass sie unsere Bewegung ideologisch und physisch nicht in die Knie zwingen können. Parallel zu diesen Angriffen

wird propagiert, unsere Bewegung sei ein Teil der anderen des vom Iran organisierten Blocks, was von einer entsprechenden Politik begleitet wird. Aus Sicht der USA ist eine PKK, die sich dem iranischen Block anschließt, deutlich vorteilhafter als die PKK, die die Politik des Dritten Weges anführt.

Der Konflikt zwischen der Türkei und dem Iran um die regionale Hegemonie weitet sich geographisch aus und gewinnt zunehmend an Schärfe. Die Erfolge der Guerilla im Kampf gegen die Völkermordangriffe und die daraus resultierenden Ergebnisse haben einen direkten Einfluss auf die gesamte Region. Sie sind der Grund dafür, dass alle Akteure ihre Pläne anpassen und sich unserer Bewegung gegenüber entsprechend positionieren müssen. Die Beziehung, Widersprüche, Konflikte und Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Iran geraten dadurch in immer größere Unordnung, was wiederum unmittelbare Folgen für die Kurd:innen hat. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und der Türkei um die regionale Hegemonie haben nach dem Ende des Afghanistan-Einsatzes dazu geführt, dass alle Akteure deutlich schneller und hektischer agieren. Die Türkei hat dies als Gelegenheit für ähnlich wichtige Resultate wie im Jahr 2001 genutzt. Sie versucht entsprechend, durch den »Erfolg« des sunnitischen Islam in Afghanistan, ihren Einfluss in der Region zu vergrößern und durch zunehmendes Einkreisen unsere Bewegung letztendlich zu zerschlagen. Zugleich ist sie darum bemüht, noch weiter in den Irak und in Syrien vorzudringen und so ihren Einflussbereich auszuweiten. Auch der Iran nutzt die aktuelle Lage, um im Irak, in Syrien und dem Libanon seine Einflusssphäre gegenüber den USA, Israel und der Türkei zu vergrößern und entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Der Irak hat sich also erneut zu einer Kampfarena entwickelt, in der strategische Rechnungen beglichen werden.

Im Rahmen dieser Hegemonie- und Machtkämpfe sind die verschiedenen Blöcke bemüht, die Kraft unserer Bewegung für ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren. Trotz all der Behinderungen, Komplotte und Angriffe sind wir als Bewegung ein entscheidender regionaler Faktor. Jede Kraft, die im Mittleren Osten ihre Ziele verfolgen will, ist sich des Potentials unseres Kampfes sehr bewusst und schenkt uns gezwungenermaßen ihre Aufmerksamkeit. Das können wir auch als Absicht deuten, unsere Bewegung zunächst einmal zu schwächen, sie dann zu zwingen, der Politik des jeweils eigenen Blocks zu folgen, und so innerhalb der Neugestaltung der Region zu benutzen. Gelingt ihnen dies nicht, werden sie sich genötigt sehen, ihre Strategie gegenüber unserer Bewegung zu ändern. Bekanntlich spielten die USA eine entscheidende Rolle im in-



Am Grenzübergang Sêmalka in Rojava protestieren Angehörige von Gefallenen gegen die südkurdische Regierungspartei PDK. Sie fordern die Herausgabe der Leichname von Tolhildan Raman und Serdem Cûdî, die in einem Hinterhalt der PDK in Südkurdistan getötet wurden. Foto: anf

ternationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan. Auch den aktuellen Plan zur Zerschlagung oder – falls dies nicht gelingen sollte – zur Schwächung und Unterwerfung unserer Bewegung unterstützen sie aktiv. Sie wollen sie mithilfe der PDK-Linie ausschalten, zur Kapitulation zwingen und so ein Hindernis für ihre eigenen Pläne aus dem Weg schaffen. Deshalb haben sie insbesondere die Kollaboration zwischen der Türkei, dem Irak und der PDK angestoßen, die zusammen die Völkermordangriffe auf unsere Bewegung führen. In Rojava versuchen sie mit Zuckerbrot und Peitsche durchzusetzen, dass anstelle der dortigen Errungenschaften die regionale US-Politik akzeptiert wird und unser Freiheitsparadigma durch die US-Mentalität ersetzt wird. In diesem Sinne handelt es sich beim aktuellen Kampf letztendlich um einen ideologischen. Die USA wollen unsere Bewegung zwingen, ihr eigenes Paradigma aufzugeben, so wie die PDK einen kurdischen Nationalismus zu forcieren, ihren Kampf gegen die Türkei und die anderen Kolonialkräfte einzustellen, sich nicht mehr im Geringsten mit den bestehenden gesellschaftlichen Problemen zu befassen und keinerlei Widerstand mehr zu leisten. Dies würde nichts anderes als Kapitulation bedeuten.

Die Mentalität der demokratischen Moderne verfügt über das notwendige Potential und die Kraft, um sowohl die Probleme im Mittleren Osten als auch die weltweit vom Kapitalismus verursachten Konflikte zu lösen.

Fortsetzung des internationalen Komplotts

Die besagten Kräfte antworteten auf die Offensive Abdullah Öcalans nach dem internationalen Komplott gegen ihn mit dem Konzept »Kampf gegen den Terrorismus«. Sie verfolgten damit die Absicht, eine Lösung der kurdischen Frage zu verhindern und sie stattdessen als beliebig einsetzbaren Trumpf in der Hand zu halten. Notwendigerweise wurde deshalb dieses Konzept entwickelt und auf den Freiheitskampf in Kurdistan angewendet. Auch die Türkei war Nutznießer. Sie sicherte sich internationale Unterstützung und profitierte enorm. Sie konzentrierte sich auf ihre Strategie, den Völkermord an den Kurd:innen noch weiter zu intensivieren. Die Entscheidung der EU, unserer Bewegung unter dem Label »Terror« zu begegnen, war Teil dieser Politik. Die heutigen Angriffe, um unsere Bewegung zu vernichten oder zur Kapitulation zu bewegen, sind eine direkte Fortsetzung des internationalen Komplotts. Sie sollen durch die verstärkte und permanente Isolation Abdullah Öcalans, die Angriffe auf die demokratische Politik und Gesellschaft in Nordkurdistan und die Besatzung von Rojava und Südkurdistan ans Ziel führen. Offensichtlich entsprechen all diese Maßnahmen den Interessen der westlich-imperialistischen Mächte, allen voran der USA, und werden von ihnen aktiv befeuert, unterstützt und z. T. direkt ausgeführt. Trotz dieses Konzepts und der umfassenden Angriffe hat unser Kampf den AKP-MHP-Faschismus heute an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Demokratische Moderne als Lösungsmodell

Die ganzen aktuellen Entwicklungen machen deutlich, dass das Medikament »Nationalstaat« in der Gesellschaft seine Wirkung verloren hat. Weiter auf die nationalstaatliche Mentalität zu setzen, führt nicht nur zu Kriegen, sondern zu enormer Zerstörung. Feminizid, ökologische Verwüstung und gesellschaftliche Verwahrlosung sind klare Anzeichen für den Bankrott der kapitalistischen Moderne und nehmen mit jedem Tag gefährlichere Ausmaße an. Diese und zahlreiche andere Entwicklungen haben mittlerweile auf der ganzen Welt verdeutlicht, dass das derzeitige System nicht weiter bestehen kann. Natürlich wird sein Ende nicht ohne Kampf erreicht werden. Denn die kapitalistische Moderne versucht weiterhin, ihre Existenz mit der Ausbeutung von Gesellschaft und Natur zu verlängern. Trotz all ihrer taktischen Manöver und Strategien ist es ihr nicht gelungen, die Gesellschaft zur Kapitulation zu zwingen. Diese Tatsache hängt mit der gesellschaftlichen Natur, Geschichte und Genetik zusammen. Sie eröffnet zugleich eine ganz andere Möglichkeit: Die Identitäten und Kulturen, aus denen die Gesellschaft entsteht, sind unvereinbar mit dem Nationalstaat. Aufgrund ihres demokratisch-kommunalen Charakters ist die Gesellschaft in einer konträren Position zur kapitalistischen Moderne. Diese Situation kann nur mithilfe der Mentalität der demokratischen Nation grundlegend aufgelöst werden. Das ist auch der Grund dafür, warum unser Kampf und die Gebiete, in denen er sich in einen gesellschaftlich-revolutionären Aufbauprozess verwandelt hat, von den Völkern dieser Welt so intensiv verfolgt und unterstützt werden. Solidarität stellt definitiv einen wichtigen Teil der aktuellen Phase unseres gemeinsamen Kampfes dar. Doch grundsätzlich geht es um den gemeinsamen Aufbau eines demokratischen und kommunalen Lebens. Die Mentalität der demokratischen Moderne verfügt über das notwendige Potential und die Kraft, um sowohl die Probleme im Mittleren Osten als auch die weltweit vom Kapitalismus verursachten Konflikte zu lösen. Und genau dafür wird sie bereits heute gebraucht. ♦

Zur aktuellen politischen Lage der HDP

Demokratisierung der Türkei ist Hauptanliegen der HDP

HDP-Abgeordnete Gülistan Kılıç Koçyiğit

Um die politische Situation in der Türkei zu verstehen, ist es nützlich, sich einige wichtige Wendepunkte anzusehen. Dafür soll hier zunächst mit einem kurzen Blick in die Geschichte begonnen werden. 2002 kam die AKP wegen ihrer Befürwortung einer fortschrittlichen Demokratie an die Macht. Auch ihre Rhetorik zu Themen wie dem Beitritt zur Europäischen Union, Frauenrechten, der Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Mitteln, dem Schutz und der Entwicklung der Grundrechte und -freiheiten war positiv. Der von ihr geführte Diskurs wurde von weiten Teilen der Gesellschaft getragen. Nachdem die AKP jedoch an die Macht gekommen war und ihre Pfründe gesichert hatte, zog sie sich von all ihren Versprechen zurück und begann, eine andere Politik zu verfolgen.

Die am weitesten fortgeschrittene Diskussion zur kurdischen Frage gab es zweifellos während des Lösungs- und Verhandlungsprozesses 2013 bis 2015. Allein die dadurch gesellschaftlich entstandene Atmosphäre mit der Perspektive eines Friedens am Horizont stärkte die Menschen in ihrer Hoffnung auf Frieden und sie begannen, zuversichtlicher in die Zukunft zu blicken. In dieser Zeit wuchs in einem Großteil der Gesellschaft der Wunsch nach einem gemeinsamen Leben in einer gemeinsamen Heimat, und zum ersten Mal begann unter den Völkern ein Gefühl und ein Denken gegenseitigen Verständnisses aufzukommen. Die Demokratische Partei der Völker HDP, ein Zusammenschluss aus der kurdischen politischen Bewegung und anderen Oppositionsbewegungen in der Türkei, hatte die Chance, ihr Statut und ihr Programm vorzustellen und konnte auf die Unterstützung breiter Gesellschaftsgruppen zählen. Als diese Entwicklung auf das gesellschaftliche Klima der Friedensperspektive traf, erzielte die HDP bei den Wahlen am 7. Juni 2015 einen großartigen Erfolg. Dieser Erfolg der HDP, mit 13,2 % der Stimmen und 80 Abgeordneten in die Große Nationalversammlung der Türkei einzuziehen führte dazu, dass alle gängigen Konzepte und Strukturen der 100-jährigen Geschichte der Republik erschüttert wurden. Wir wissen, dass eine der Folgen die Aktivierung des »harten Kerns« des Staates war und das gesamte System mit dem Finger auf dem roten Alarmknopf Pläne zu schmieden begann, um die entstandene Situation wieder zu ändern. Ebenso stark von diesem Erfolg betroffen war die AKP-Regierung, die zum ersten Mal seit 2002 ihre absolute Mehrheit und damit die Alleinherrschaft verlor. In der Folge glaubte sie, dass der Frieden für sie eine Niederlage bedeute und Krieg, Gewalt und Konflikte ihren Sieg bedeuten würden. Darum gab sie nach den Wahlen vom 7. Juni ihre Haltung zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage schnell auf. Wieder einmal ruderte die AKP Richtung Krieg, Konflikt und Gewalt. Für den 1. November wurden vorgezogene Neuwahlen beschlossen. Es folgte eine Politik der Gewalt, der Einschüchterung und die Brutalität der Stadtkriege, wodurch die Gesellschaft beeinflusst werden sollte, damit die HDP an der Wahlhürde scheitere. Auch wenn bei der Wahl ihre Erwartungen nicht vollständig eintrafen, so erlangte die AKP doch die Stärke, allein regieren zu können. Zu der Zeit spitzte sich auch der Bruch zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde, mit der sie sich 2002 verbündet und einen gemeinsamen Weg eingeschlagen hatte, immer mehr zu. Tatsächlich sollte mit dem Putschversuch der Gülen-Gemeinde am 15. Juli 2016 die Regierung gestürzt werden. Die AKP-Regierung nutzte diesen verhinderten Putsch als willkommenen Hebel für ihr eigenes Überleben. Der AKP-Vorsitzende Tayyip Erdoğan erklärte, dass er diesen Putschversuch als »Gnade Gottes« betrachte. Am 20. Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. In dessen Rahmen wurden zahlreiche rechtswidrige Dekrete erlassen, wodurch ein brutaler Prozess gegen alle demokratischen Strukturen, alle Oppositionsstrukturen und Medienredaktionen eingeleitet wurde. Im gleichen Zeitraum begann die Ernennung von Zwangsverwaltern in den HDP-regierten Kreisen und Kommunen, Ko-Bürgermeister:innen und andere gewählte Amtsträger:innen wurden festgenommen. Am 4. November 2016 gab es im Rahmen des politischen Genozids eine umfangreiche Razzia, bei der zeitgleich zahlreiche HDP-Abgeordnete, darunter die Ko-Vorsitzenden der Partei, Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş, festgenommen und schnell in Untersuchungshaft gebracht wurden. Dieser Prozess stellt einen Bruch in der politischen Geschichte der Türkei dar. Denn zuvor wurde ver-

fassungswidrig die parlamentarische Immunität Abgeordneter verschiedener Parteien aufgehoben und anschließend nur Abgeordnete und die Ko-Vorsitzenden der HDP festgenommen und inhaftiert. Diese politische Genozid-Operation richtet sich nicht nur gegen die HDP, die im Parlament eine eigene Fraktion stellt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es einen sehr umfassenden Liquidierungs- und Vernichtungsprozess gegen die kurdische Frauenbewegung, die kurdische und andere oppositionelle Presse sowie kurdische Vereine gibt. Während der von 2015 bis 2016 andauernden Ausgangssperre [*in den kurdischen Städten*] kam es zu zahlreichen Rechtsverletzungen, Städte wurden mit schwerem Geschütz bombardiert und Zivilist:innen auf offener Straße ermordet. Tote durften nicht einmal begraben werden, und die tagelang in den Städten ausharrenden Menschen waren zu Hunger und Durst verurteilt, wodurch sie genötigt werden sollten, sich zu ergeben. Diese umfangreichen Rechtsverletzungen und die Politik der Repression waren dem Willen der AKP geschuldet, irgendwie an der Macht bleiben zu können und ihr politisches Überleben zu sichern. Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 tauschte sie ihre Machtpartner aus und schlug mit dem Bündnis mit der MHP und den Ergenekon-Strukturen einen neuen Weg ein. Wir sagen ganz klar, dass der gemeinsame Nenner dieses Bündnisses die Feindschaft gegenüber den Kurd:innen ist. Dieses Bündnis hat sowohl im gesamten Land als auch darüber hinaus in der Region zur Wiederaufnahme eines schmutzigen Krieges gegen das kurdische Volk geführt. Die Haltung der AKP gegenüber der Revolution in Rojava, ihr Vorgehen gegenüber der Demokratischen Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens und die Diffamierung aller politisch-repräsentativen Strukturen Rojavas als »terroristisch« sind nur einige der politischen Vorgehensweisen dieses antikurdischen Bündnisses in Kurdistan. Die Anfeindungen und Drohungen gegenüber dem Volk in Südkurdistan während der Zeit rund um das dortige Referendum ist eine Folge dieses antikurdischen Denkens und Handelns. Wir sollten festhalten, dass die Grundlagen für das neue von der AKP begründete Bündnis bereits vor dem 15. Juli 2016, nämlich am 7. Juni 2015, gelegt wurden und sich das Bündnis ab dem 15. Juli schrittweise weiterentwickelt und intensiviert hat. Die antikurdische Haltung zeigt deutlich, dass der Gedanke, ganz Kurdistan zu besetzen, ein Überbleibsel des Nationalpakts Misak-ı Milli des Osmanischen Reiches und seiner Nachfolgerin, der Republik Türkei ist. Aus diesem Grund wurde Efrîn am 20. Januar 2018 angegriffen; und aus dem gleichen Grund fanden die Besatzungsangriffe auf Gire Spî und Serêkaniyê statt. Die grenzüberschreitende Operation [*in den Irak/Südkurdistan*], die im April 2021 begann und noch immer andauert, stellt eine weitere Umsetzung dieses Denkens dar. Zusammengefasst heißt das, dass die AKP, die im Inland demokratische Politik und demokratische Repräsentationsmechanismen zu zerstören trachtet, mit einem an mehreren Fronten geführten Krieg die Errungenschaften des kurdischen Volkes außerhalb ihrer Grenzen vernichten und einen möglichen Status für die Kurd:innen verhindern will.

Warum ein Verbot der HDP?

Die antikurdische Allianz greift zu allen möglichen Methoden, um die HDP, die größte organisierte und widerständige Struktur in der Türkei zurückzudrängen: massenhafte Inhaftierungen, systematischer Druck auf die Aktiven in den HDP-Provinz- und Bezirksgruppen und in den Verwaltungen, Verhinderung jeder Aktion und politischer Betätigung durch Polizeigewalt und ein massives Medienembargo gegenüber der Partei und den Fernsehsender; Tag für Tag wird so die HDP kriminalisiert. Als die AKP trotz all dieser Bemühungen das gewünschte Ergebnis nicht erzielen konnte, ging sie tatsächlich ihren letzten großen Schritt, indem sie schließlich das Verbot der Partei beantragte. Die AKP, die sich bisher damit rühmte, Parteiverbote erschwert zu haben, zeigt mit diesem Rückwärtsschritt, wie hilflos und erbärmlich sie tatsächlich ist.

Das AKP-MHP-Bündnis selbst steckt schon sehr lange in einer Krise der Regierungsunfähigkeit. Das ist jedoch nicht die einzige Krise: Das am 24. Juni 2018 in Kraft getretene Präsidialsystem hat auch eine große Regimekrise verursacht. Dann kamen außerdem noch die schwere Wirtschaftskrise und die gesellschaftliche und soziale Krise hinzu, so dass wir nun eine Zeit der mehrfachen Krisen durchlaufen. Die AKP befindet sich in einer Situation, die weit davon entfernt ist, all diese Krisen zu bewältigen; denn mit jedem Tag verliert sie zunehmend die Verbindung zur Basis und die Zustimmung ihrer Wähler:innen. Nun, da die Wahlen im Jahr 2023 näher rücken und der Druck für vorgezogene Wahlen steigt, versucht sie ihre Führungskrise mithilfe neuer Schachzüge zu bewältigen. Ein erster deutlicher Schritt war die Eröffnung des Kobanê-Prozesses. Es wird deutlich, dass die AKP mit diesem Komplottverfahren mehrere Ergebnisse gleichzeitig erzielen will: Zum ersten gibt es eine AKP, die die Niederlage der IS-Barbaren nicht verdauen kann. Zweitens ist glasklar, dass diese Verhandlung diejenigen einschüchtern soll, die Seite an Seite mit der HDP stehen und darauf abzielt, die HDP und das kurdische Volk zu isolieren. So will das AKP-MHP-Bündnis dieses Verfahren schnell beenden und damit eine Grundlage für das Parteiverbot schaffen. Insbesondere die Politik des kleinen Bündnispartners MHP zielt auf das Verbot der HDP. Der Generalstaatsanwalt des Obersten Gerichtshofs hat die Anklageschrift vorbereitet und dem Verfassungsgerichtshof vorgelegt, der sie angenommen hat (7.6.2021). Dem Antrag der HDP auf eine Fristverlängerung zur Vorbereitung der Verteidigungsschrift wurde stattgegeben; die Frist läuft nun am 7. November aus. Die Rechtsabteilung der Demokratischen Partei der Völker hat ihre Verteidigung vorbereitet. Weitere Vorbereitungen zum

Verfahren laufen noch. Wir möchten betonen, dass es sich hier nicht um ein juristisches, sondern um ein politisches Verfahren handelt. Die Anklageschrift zum Verbotsverfahren enthält keinerlei rechtliche Grundlage; wir lesen darin nur eine Auflistung von Aktionen und Veranstaltungen, an denen Abgeordnete und Parteiratsmitglieder teilgenommen haben. Wir stellen auch fest, dass die bei den Veranstaltungen gehaltenen Redebeiträge der Abgeordneten kriminalisiert werden und darauf die Anklage aufgebaut wurde. Es handelt sich somit ohne jeden Zweifel um ein politisches Verfahren. Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Verfahren um ein Komplott handelt, das auf keinerlei Gesetzesgrundlage, weder einer internationalen noch einer nationalen Rechtsprechung, beruht.



Zum 8. Jahrestag des Gezi-Aufstandes kam trotz aller Hindernisse und Blockaden seitens des Staates eine Solidaritätsdemonstration mit den Losungen zusammen »Dieses Land passt nicht in eine Zwangsjacke. Die Dunkelheit wird gehen, Gezi wird bleiben.« Foto: anf

Warum wollen AKP-MHP die HDP verbieten? Weil die Existenz der HDP in Wahrheit in politischer Hinsicht für die AKP eine ernsthafte Bedrohung darstellt. Weil bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 klar wurde, dass sich die politische Haltung der HDP direkt auf das Wahlergebnis auswirkt. Das bedeutet: Wenn die HDP im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl einen eigenen Kandidaten nominiert und im zweiten Wahlgang einen gemeinsamen Oppositionskandidaten unterstützt, verliert das AKP-MHP-Bündnis die Wahl. Darum ist das Verbot der HDP, dem der Frust ihrer Wähler:innen folgen dürfte, und die Beseitigung des Bodens für eine demokratische Politik für die AKP existenziell. Um dieses existenzielle Problem zu lösen, muss die HDP in Höchstgeschwindigkeit vor einer möglichen vorgezogenen Wahl oder spätestens der fristgerechten Wahl im Jahr 2023 verboten und bei einer Reihe von Wahlgesetzen Änderungen auf den Weg gebracht werden.

Gesellschaft in der Türkei setzt ihren Kampf für Demokratie trotz Repression fort

Seit 2015 hat die Gesellschaft in der Türkei sehr viele Hürden überwunden. Trotz starker Repression und Verfolgung setzte sich der demokratische Widerstand und der Kampf der Völker beständig fort. Obwohl es zeitweise ruhige Phasen gab, kam es nie zu einer Kapitulation, wie es die AKP wollte. Ganz im Gegenteil sahen wir, dass von unten heftige Kämpfe geführt wurden und zu unerwarteter Zeit sich der Widerstand überall im Land ausbreitete. Und das ist, was die AKP am meisten fürchtet. Gewaltsam unterdrückt sie daher selbst den kleinsten Protest, um einen neuen sozialen Aufbruch – wie Gezi, wie die Aufstände in Kurdistan – zu verhindern. In Wahrheit haben wir es hier mit einer Regierung zu tun, die keine gesellschaftliche Legitimität mehr hat und nichts weiter schafft, als allen sozialen Schichten Schmerz, Armut und Entbehrungen zuzufügen. Es ist eine Herrschaft, die nichts weiter tut, als die Taschen einer Handvoll Kapitalist:innen und ihrer Unterstützer:innen zu füllen und alle Ressourcen des Landes zu plündern. Es gibt Millionen, die jeden Tag aufs Neue wütend auf die Existenz dieser Machthaber sind. Aus Erfahrung wissen wir, dass sie auf Kosten der HDP die nationalistische Karte spielen, um diesem Zorn und dieser Wut zu entgehen und um die Wahlen zu gewinnen. Wir möchten betonen, dass dieses politisch motivierte Verfahren zum HDP-Verbot gesellschaftlich nicht unterstützt und legitimiert wird. Und dieses Legitimationsproblem gibt es nicht nur in der Türkei, sondern auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft und internationalen Institutionen. Sowohl die EU als auch die USA haben betont, dass sie das Verbot der HDP nicht billigen und dies das Land nur noch mehr in die antidemokratische Richtung treibt. Es ließe sich behaupten, dass die AKP der Türkei,



Auf einer Versammlung in Ankara im August 2021 der HDP steht die Schaffung eines starken Gerechtigkeits- und Friedensblocks gegen die Korruption und Kriegspolitik der AKP-MHP-Regierung im Vordergrund. An vielen Orten wurden öffentliche Versammlungen und Kundgebungen abgehalten. Foto: MA

die auf internationaler Ebene schon seit längerem Probleme hat, auch noch neue Probleme schafft. Merkel und Trump, die Erdoğan bei jeder Schwierigkeit zu Hilfe eilten, sind selbst nicht mehr an der Macht. Und es ist bekannt, dass der jetzige Präsident der USA, Biden, die Politik Erdoğans nicht einfach hinnimmt. Daher erscheint es unwahrscheinlich, dass ein Verbot der HDP durch die AKP Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und deren Institutionen erhält.

Die AKP will die HDP nicht verbieten und zum Schweigen bringen, weil sie selbst stark ist, sondern im Gegenteil derzeit die Phase ihrer größten Schwäche erlebt. Allein diesen Schritt zu wagen, zeigt ihre politische Schwäche und die Sackgasse, in der sie sich befindet.

»Roadmap für Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden«

Die HDP widersetzt sich dieser repressiven Politik, den massenhaften Festnahmen und sogar Angriffen auf das Leben wie die Ermordung von Deniz Poyraz in ihrem Parteigebäude in İzmir. So war die HDP den gesamten Sommer über mit ihren Ko-Vorsitzenden, Parteiratsmitgliedern, Abgeordneten und allen Provinz- und Kreisverantwortlichen unter der Bevölkerung unterwegs. Die Vorschläge und Analysen aus dem Volk wurden notiert und das Ergebnis der Diskussionen in der »Roadmap für Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden«[1] vom 27. September veröffentlicht. Dieses Positionspapier interveniert gegen die aktuell geltende politische Linie. Insbesondere setzt sich die Agenda von der Wahlkampfrhetorik ab und richtet den Blick auf langfristige und systemrelevante Diskussionen. Hervorgehoben wird, dass die Probleme des Landes nicht in erster Linie davon bestimmt sind, wer an der Macht ist, sondern das Grundproblem ein undemokratisches System ist. Die Erklärung besagt zudem, dass eine Lösung nur möglich ist, wenn es einen demokratischen Zusammenschluss auf demokratischer Basis gibt und strukturelle Diskussionen stattfinden, an denen die Gesellschaft teilnimmt. Als Lösungsvorschlag wurde ein Positionspapier mit einer Vielzahl an Vorschlägen und wichtigen Grundsätzen, insbesondere zur Demokratisierung des Landes sowie für einen Gesellschaftsvertrag vorgelegt, der alle gesellschaftlichen Gruppen von der demokratischen Lösung der kurdischen Frage bis zur Lösung der Frauenfrage umfasst.

Damit zeigt die HDP auch ihre Haltung, dass nicht die aktuelle Politik und der eigene Vorteil im Mittelpunkt stehen, sondern alle Völker der Türkei und dass die Demokratisierung der Türkei das Hauptanliegen ist. Mit diesem Vorhaben zeigt die Partei erneut, dass sie sich mit ihren bereits so oft erklärten Grundsätzen und einer Politik des dritten Weges von anderen unterscheidet. Abermals fordert sie, in ihre eigene Kraft und die Unterstützung des Volkes vertrauend, den Faschismus heraus. Sie erklärt, dass sie den Willen zur Lösung aller Probleme hat und die eigentliche Gründungskraft der Zukunft ist. ♦

---

1 https://anfdeutsch.com/hintergrund/hdp-legt-roadmap-fur-gerechtigkeit-demokratie-und-frieden-vor-28538

100 Jahre Vertrag von Lausanne – was dann?

Norman Paech, Völkerrechtler und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht

Mitte nächsten Jahres, am 24. Juli 2022, jährt sich der Vertrag von Lausanne zum neunundneunzigsten Mal, aber alle Blicke sind schon auf den hundertsten Jahrestag im Juli 2023 gerichtet. Für die Türkei ein entscheidendes Datum, denn der Vertrag stand an der Wiege des türkischen Staates – man kann auch sagen, an der Bahre des Osmanischen Reiches. Seit Jahren aber stellt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Vertrag in Frage, er sei unfair und eine Niederlage für die Türkei. Es geht ihm im Wesentlichen um die Revision der Grenze mit Griechenland, um etliche Inseln in der Ägäis. Es geht um den wohl letzten Versuch, die Aufteilung des Osmanischen Reiches durch die imperialistischen Mächte Frankreich und Großbritannien zu korrigieren.

Sie begann faktisch mit dem geheimen Sykes-Picot-Abkommen 1916 und sollte 1920 in San Remo zwischen den beiden rivalisierenden Mächten mit einem Kompromiss abgeschlossen werden. Doch erst im August 1920 wurde in Sèvres in der Nähe von Versailles das Schicksal des Osmanischen Reiches besiegelt. Die Alliierten hatten nicht nur Istanbul erobert, die Italiener saßen in Antalya und Konya, die Griechen in Smyrna[1], die Franzosen in Kilikien. Zuvor hatte sich in Erzurum und Sivas die türkische Nationalbewegung unter Führung von Mustafa Kemal Pascha gegründet, die einen Staat mit nationalen Grenzen forderte. In Sèvres musste die türkische Delegation aber noch die Internationalisierung der Meerenge und die Abtrennung Ostthraziens, der Ägäischen Inseln (außer Rhodos) und Smyrna mit dem ganzen Hinterland an Griechenland unterzeichnen. Italien bekam die Dodekanes und Rhodos. Der Irak mit seinem Ölreichtum im Norden um Mûsil (Mossul) und Hewlêr (Erbil), Palästina, Zypern und Ägypten kamen zu England, während Syrien und Kilikien Frankreich zugeschlagen wurden. In Ostanatolien sollte ein unabhängiger armenischer Staat entstehen, was unter den Kurd:innen erhebliche Unruhen auslöste. Denn das bedeutete die Abtrennung der Provinzen Erzîrom (tr. Erzurum), Qers (Kars), Bedlîs (Bitlis), Ezirgan (Erzincan), Mûş (Muş) und Wan (Van) mit überwiegend kurdischer Bevölkerung. Für Kurdistan war in den Artikeln 62 - 64 eine Kommission aus Mitgliedern der englischen, französischen und italienischen Regierung vorgesehen, die eine lokale Autonomie ausarbeiten sollte – was nie geschah und bis heute die offene Wunde der Türkei ist.

Drei Jahre später fand in Lausanne 1923 dieser imperialistische Schacher eine letzte Korrektur. Die Beschlüsse von Sèvres wurden annuliert, Ostthrazien und die ursprünglich Armenien zugeschlagenen kurdischen Gebiete wurden dem nunmehr völkerrechtlich anerkannten neuen türkischen Staat zugeteilt. Damit kam zwar der Hauptteil des kurdischen Gebietes unter die Herrschaft der Türkei, die kurdische Frage selbst wurde aber aus dem Vertrag gestrichen. Zudem teilte der Vertrag die kurdischen Siedlungsgebiete unter vier Staaten auf – Türkei, Iran, Irak und Syrien. Kurdistan hatte nunmehr, anders als im Osmanischen Reich, keinen offiziellen Status mehr. Es wurde nicht einmal Kolonie – es wurde viel weniger. Kurdistan wurde seiner historischen und politischen Identität beraubt, seine Zerstückelung und Aufteilung wurde völkerrechtlich durch diesen Vertrag abgesichert. Der Leiter der türkischen Verhandlungsdelegation, Ismet Inönü, verkündete zwar: »Wir haben einen Sieg errungen, denn wir haben die Kurdistan-Frage und die Armenien-Frage in der Geschichte begraben – dank England und Frankreich.«[2] Aber zumindest die Kurdistan-Frage ist eine immer noch offene Wunde der Türkei bis heute.

Doch um Kurdistan geht es Erdoğan mit seinen Angriffen auf den Vertrag von Lausanne nicht. Es sind die Ägäischen Inseln direkt vor der Küste der Türkei. Ende August 1920 hatten türkische Truppen die griechische Armee entscheidend geschlagen, Izmir wurde eingenommen und die griechischen Soldaten verließen das Land über das Meer. In Lausanne allerdings erkannten die Alliierten die der Küste vorgelagerten Inseln bis auf zwei, Imbros und Teneddos, den Griechen zu. Am 23. Januar 1923 hatten Griechenland und die Türkei bereits in

1 heute İzmir

2 Vgl. Hamato, Azad: Historische Weichenstellungen für die heutige Kurdenpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Hinz-Kardeniz, Heidi/ Stoodt, Rainer (Hrsg.): Kurdistan, Politische Perspektiven in einem geteilten Land. Giessen 1994

einer Konvention einen Bevölkerungsaustausch vereinbart, der jetzt Teil des Vertrages wurde. Etwa 1,5 Mio. türkische Staatsangehörige mit griechisch-orthodoxem Glaubensbekenntnis wurden nach Griechenland ausgewiesen und etwa 0,5 Mio. griechische Staatsangehörige, die zum Islam konvertiert waren, mussten in die Türkei übersiedeln. In den Artikeln 12 bis 16 des Vertrages werden detailliert die Inseln aufgeführt, die zu Griechenland kommen oder unter italienischer Besatzung bleiben (Art. 16). Letzteres ist mit der Aufhebung der Besatzung nicht mehr von Bedeutung, auch diese Inseln, oft nur wenige Kilometer von der türkischen Küste entfernt, gehören zu Griechenland. Die Zone um die Meerenge wurde internationalisiert und demilitarisiert. Nur eine Garnison von 12.000 Soldaten in Istanbul wurde erlaubt. Nicht alle territorialen Wünsche der Nationalbewegung waren erfüllt – die Region um Mûsil und Hewlêr kam zum Irak – , aber als völkerrechtlich anerkannter neu gebildeter Staat war der Vertrag für Mustafa Kemal ein großer Erfolg, den er mit den Worten unterstrich: »Dieser Vertrag ist das Dokument über das Misslingen eines großen Anschlags, den man seit Jahrhunderten gegen die türkische Nation vorbereitet hatte und den man glaubte, mit dem Vertrag von Sèvres vollendet zu haben. Dies ist ein politischer Sieg, der in der Geschichte des Osmanischen Reiches nicht seinesgleichen hat.«[3]

Allerdings enthält der Vertrag auch Vorschriften, die über die Regelung der territorialen Grenzen hinausgehen. So enthalten die Artikel 37 bis 40 des dritten Abschnitts detaillierte Vorschriften zum Schutz der Minderheiten, ihrer Religion, ihrer Sprache und ihrer politischen Rechte, die von allen folgenden türkischen Regierungen systematisch verletzt worden sind. Keine der ehemaligen Vertragspartner der Türkei haben sich jemals um diese Verstöße gekümmert und die Türkei zur Einhaltung des Vertrages gezwungen. Bisher ist nicht deutlich, ob sich Erdoğans Revisionspläne auch gegen diese Artikel wenden. Doch unabhängig von dem Umfang solcher Pläne, jede Veränderung eines wirksam geschlossenen Vertrages bedarf bestimmter Voraussetzungen und Verfahren.

Der Vertrag von Lausanne hat in seinen Artikeln kein Ende festgelegt

Vertragsparteien waren in der Reihenfolge und dem Wortlaut des Vertrages: »Das Britische Empire, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und der Serbisch-Kroatische-Slowenische Staat« auf der einen Seite, die Türkei auf der anderen. Diese Parteien des Vertrages müssten alle einer Veränderung zustimmen. Selbst wenn es der Türkei gelänge, die große Mehrheit der Staaten auf ihre Seite zu ziehen, würde das mit Griechenland nie gelingen. Nun sind in der letzten Zeit Stimmen laut geworden, die dem Vertrag mit seinem hundertsten Geburtstag sein Ende voraussagen. Worauf sich diese Meinung stützt, ist unbekannt. Der Vertrag selbst hat in seinen Artikeln kein Ende festgelegt. Bisher hat sich auch kein Vertragsstaat aus dem Vertrag verabschiedet, kein Staat hat ihn für unwirksam oder nichtig erklärt. Es ist auch kein Missbrauch oder eine Verletzung des Vertrages ersichtlich, die den ganzen Vertrag unwirksam macht. Die andauernden Verletzungen der Vorschriften über den Schutz der Minderheiten, der Religion, der Sprache und der politischen Rechte der Kurd:innen durch die türkische Regierung und Armee, berühren die Wirksamkeit des Vertrages nicht. Selbst wenn die türkische Regierung einseitig den Vertrag aufkündigen würde, kämen die griechischen Inseln nicht wieder zurück. Schließlich kennt das Völkerrecht keine Regel oder Norm, dass internationale Verträge, die keine bestimmte Vertragsdauer in ihren Vorschriften enthalten, automatisch nach 100, 200 oder 500 Jahren enden. Die Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969 sieht eine solche automatische Beendigung nicht vor, wenn sie nicht im Vertrag selbst verankert ist.

Nehmen wir aber einmal das Ende des Vertrages im Juli 2023 an, so folgt dann jedoch nicht, dass der völkerrechtliche Status der griechischen Inseln vor der Ionischen Küste sich ändern würde. Sie wären weiter griechisches Territorium. Nur ein bilateraler Vertrag zwischen der Türkei und Griechenland könnte das ändern, und daran glaubt niemand.

Ist die völkerrechtliche Lage so eindeutig, so fragt sich, welchem Zweck derartige Gerüchte dienen. Vieles spricht dafür, dass sie nur eine innenpolitische Funktion haben, um evtl. von manifesten wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten abzulenken. Ein Zurück der Inseln in der Ägäis in die Türkei erscheint objektiv unmöglich, da keine griechische Regierung dem zustimmen würde. Die Gründung eines kurdischen Staates, wie sie in dem Vertrag von Sèvres angedacht schien, wäre juristisch möglich, da dazu kein anderer Staat zustimmen müsste. Doch ist die Zeit dafür noch nicht reif, und die PKK hat schon seit 1996 auf die Gründung eines separaten Staates verzichtet. Ein Status der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Autonomie würde dem Geist des Vertrages von Lausanne und dem verbindlichen Recht auf Selbstbestimmung entsprechen. Doch auch dafür ist die Regierung Erdoğan noch nicht bereit. Es bestehen aber auch Zweifel, ob die derzeitigen Manöver um den 100. Jahrestag des Vertrages zu einer Lösung und Heilung des größten aller türkischen Probleme führen wird. ♦

3 Vgl. Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Bergisch-Gladbach 1996, S. 137.

Der außenpolitische Nutzen der Türkei in Afghanistan

»Afghanistan und die Türkei sind zwei Bruderländer«

Jörg Kronauer, Journalist und Autor

Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Zwar scheint der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinem ursprünglichen Plan nicht durchzudringen, Soldaten aus der Türkei sollten die Sicherung des Hamid Karzai International Airport in der afghanischen Hauptstadt Kabul übernehmen (vgl. Kurdistan Report 217). Erdoğan hatte darüber am 14. Juni am Rande des NATO-Gipfels mit US-Präsident Joe Biden diskutiert, als die rasante Machtübernahme der Taliban in Afghanistan noch nicht wirklich absehbar war. Er hatte den Plan, der als Einflusshebel für Ankara recht nützlich gewesen wäre, dann auch den Taliban vorgeschlagen, war bei ihnen jedoch auf Granit gestoßen: Truppen aus einem NATO-Staat auf afghanischem Territorium operieren zu lassen, war für sie völlig undenkbar, auch wenn es der einzige islamisch geprägte NATO-Staat war. Wie es aussieht, wird die Türkei aber anderweitig im von den Taliban beherrschten Afghanistan Einfluss erhalten. Darauf deuten jedenfalls Äußerungen des zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten Abdul Salam Hanafi hin.

»Afghanistan und die Türkei sind zwei Bruderländer«, lobte Hanafi, der bereits im ersten Talibanregime (1996 bis 2001) eine Zeitlang als Erziehungsminister tätig war und jüngst auch dem Verhandlungsteam der Islamisten in Qatars Hauptstadt Doha angehörte, Ende September im Gespräch mit der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu. «Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen sind so alt«, bekräftigte er, »dass eine Seite nicht von der anderen getrennt werden kann.« Das Lob des Mannes kam nicht von ungefähr. Die Taliban sind angesichts der dramatischen Not, die in Afghanistan nach dem Abzug des Westens herrscht, existenziell auf Hilfe angewiesen. In ihrem Bemühen, internationale Anerkennung zu finden, brauchen sie zudem andere Staaten als Fürsprecher. Was läge näher, als sich dabei auch an die Türkei zu wenden, die seit Jahren bemüht ist, ihre Stellung am Hindukusch nicht nur politisch, sondern auch mit Entwicklungshilfe zu stärken? «Unsere Erwartung an das türkische Volk ist«, äußerte Hanafi, »dass es dem afghanischen Volk hilft, in der Erziehung, bei der Gesundheitsversorgung und auf allen Gebieten, auf denen es Menschen braucht.«

Erdoğan lässt sich das nicht zweimal sagen. Längst hat Ankara begonnen, Nägel mit Köpfen zu machen. Cihad Erginay, türkischer Botschafter in Afghanistan, verhandelte am 24. September, nur einen Tag nach seinem ersten Treffen mit Taliban-Außenminister Amir Khan Muttaqi, mit dem neuen afghanischen Minister für Energie und Wasser, Abdul Latif Mansoor. Mansoor ließ danach mitteilen, die guten Beziehungen zur Türkei und die Kooperation mit ihr würden fortgesetzt, ja sogar ausgebaut, während die türkische Botschaft erklärte: »Türkische Unternehmen halten ihre Investitionen in Afghanistan aufrecht, und wir hoffen, diese Kooperation in der nächsten Zeit zum Wohl des afghanischen Volkes ausweiten zu können.« Türkische Baukonzerne etwa laufen sich längst für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes warm. Am 29. September traf Erginay Nooruddin Azizi, Minister für Handel und Industrie, um die Ausweitung des Handels zu diskutieren. Zugleich liefen Hilfslieferungen über den Türkischen Roten Halbmond an. Allerdings gibt es die türkische Unterstützung nicht umsonst. Erdoğan und türkische Regierungsmitglieder haben inzwischen mehrfach betont, die Taliban-Regierung sei «nicht inklusiv«; das solle sich ändern. Freilich schränken sie ein, man müsse mit seinen Erwartungen „realistisch« sein.

Die Türkei ist gegenüber den Taliban auch deswegen in einer günstigen Position, weil sie sehr eng mit Qatar kooperiert. Beide Staaten setzen, ganz im Gegensatz etwa zu Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, auf eine enge Zusammenarbeit mit der Muslimbruderschaft. Als Qatar deshalb im Juni 2017 von Saudi-Arabien, den Emiraten und weiteren Staaten vollständig blockiert wurde – in Doha fürchteten manche gar einen saudischen Einmarsch –, da stockte Ankara die Truppen auf seinem erst 2015 gegründeten Militärstützpunkt in dem Golfstaat auf und sprang dem Land auch sonst zur Seite. Umgekehrt hat das Emirat Berichten zufolge mittlerweile 22 Milliarden US-Dollar in der Türkei investiert. Qatar wiederum ist der Staat, in dem die Taliban im Jahr 2013 ein Büro

etablierten, über das sie unter anderem ihre Verhandlungen mit den USA organisierten. Zeitweise sollen sich bis zu 100 führende Taliban-Funktionäre im qatarischen Exil aufgehalten haben. Im August frisch an die Macht gelangt, gestatteten die Taliban Qatar dann auch im Gegenzug, über seine Botschaft in Kabul die Ausreise westlicher Ausländer zu ermöglichen. Doha hat Experten zum Kabuler Flughafen entsandt, um dort alle technischen Voraussetzungen für den regulären Flugbetrieb zu schaffen – und es kooperiert dabei mit Ankara.

Einfluss in Afghanistan hat für die Türkei in mehrfacher Hinsicht außenpolitischen Nutzen. Zum einen ist sie der einzige NATO-Staat, der aktuell nicht nur eine diplomatische Vertretung in Kabul, sondern dort auch etwas zu sagen hat. Das wertet sie gegenüber den anderen NATO-Mitgliedern auf, nicht zuletzt gegenüber den USA, mit denen sie anderweitig harte Konflikte austrägt. Hinzu kommt, dass sich neue Chancen zur Kooperation mit Russland ergeben könnten. Ankara und Moskau handeln den Gang der Dinge in Syrien aus, haben starken Einfluss in Libyen und sind die maßgeblichen äußeren Mächte im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, wobei sie jeweils gegnerische Kräfte unterstützen. »Afghanistan könnte ein neues Kapitel in diesem Buch werden«, urteilte Mitte September Zaur Gasimov, Spezialist für Osteuropa und die Türkei an der Universität Bonn. Nicht zuletzt bahnt sich eine intensive Zusammenarbeit mit China an. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hätten zuletzt erheblich an Schwung gewonnen, urteilte der türkische Botschafter in Beijing, Abdulkadir Emin Önen, Mitte September im Gespräch mit der chinesischen Zeitung Global Times: Man könne sie nun auf Feldern wie Energie und Infrastruktur im Kontext des bevorstehenden Wiederaufbaus am Hindukusch deutlich ausbauen. Önen bezog dabei Chinas «Neue Seidenstraße« explizit ein.

Ganz konkret geht es für Ankara darüber hinaus darum, seine Stellung in Zentralasien zu stärken. Zuletzt ist es ihm gelungen, über die Öffnung des Zangezur-Korridors, einer Landverbindung aus der aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan ins Kernland Aserbaidschans, einen direkten Zugang zu Letzterem zu erhalten. Damit steht der Türkei der Landweg ins Kaspische Becken und über das Kaspische Meer auch der Weg nach Zentralasien mit seinen immensen Erdöl- und Erdgasvorräten offen. Gelänge es Erdoğan, seinem Land Einfluss in Afghanistan zu sichern, dann erhielte Ankara in Zentralasien mit einem Schlag ganz erhebliches Gewicht. Das wiederum ist ein Plan, den in der Türkei vor allem pantürkische Nationalisten seit je hegen. In Zentralasien sind Turksprachen sehr weit verbreitet; auch in Afghanistan werden sie von den Minderheiten der Usbeken und der Turkmenen gesprochen. Darauf aufbauend ein riesiges türkisches Einflussgebiet in Zentralasien zu schaffen – das streben ultrarechte Kräfte in der Türkei schon lange an.

Machtpolitisch betrachtet bliebe eines: Die Zusammenarbeit mit den Taliban ist riskant. Noch ist nicht klar, wie deren Regime sich letzten Endes entwickeln wird. Mit einem Staat zu kooperieren, der Dieben die Hände abschneidet und Entführer an Kränen aufhängt, ist dem eigenen Ansehen nicht unbedingt förderlich. Allerdings hat Erdoğan bekanntlich wenig Hemmungen, sich mit wüstesten Islamisten zusammenzutun, wenn sie ihm nur Einfluss bringen. Das zeigt nicht zuletzt die faktische türkische Unterstützung für den Al-Qaida-Ableger Hayat Tahrir al Sham (HTS) im Norden Syriens, der seinerseits übrigens die Machtübernahme der Taliban in Kabul begeistert begrüßte. ♦



Kundgebung am 18. August 2021 in Berlin. Foto: anf

Die Bedeutung zweier widerständiger Orte in einer zunehmend chaotischen Region

Mexmûr und Şengal – »umstrittene Gebiete«?

Baxtiyar Çelê, Mitglied des Volksrats von Mexmûr

Das Camp Mexmûr samt seiner aus rund 12.000 politischen Geflüchteten bestehenden Bevölkerung liegt in einem nicht gewöhnlichen Gebiet, dessen als »umstritten« bezeichneter Status laut Artikel 140 der irakischen Verfassung durch ein Referendum endgültig zu bestimmen ist. Wir sprechen hier von einem Gebiet, das sich von Şengal im Westen bis nach Xaneqîn im Osten und damit über rund die Hälfte des Territoriums Südkurdistans erstreckt. Verschiedenste Kräfte, die in der Region ihre jeweils eigenen politischen Ziele verfolgen, sind dort aktiv und verstärken durch ihre ständigen Interventionen das Chaos zunehmend. Es lohnt sich angesichts dieser verwirrenden Lage einen Schritt zurückzugehen und sich folgende Fragen zu stellen: Warum erhielt dieses Gebiet den Status eines »umstrittenen Gebiets«? Warum wird es als »problematisch« beschrieben? Warum wurde sein Status in der irakischen Verfassung durch Artikel 140 gesondert geregelt? Wir werden jetzt versuchen, sie kurz zu erörtern und Antworten zu finden.

Die besagte Region, zu der auch Mexmûr gehört, ist historisch, geographisch, demographisch und kulturell gesehen ein Teil Kurdistans und ein Siedlungsgebiet der Kurd:innen. Trotz dieser Tatsache entschieden die USA und ihre Verbündeten nach der Irak-Intervention im Jahr 1991, eine bis zum 36. Breitengrad reichende Sicherheitszone einzurichten. Damit verwandelten sie rund die Hälfte Südkurdistans in ein »umstrittenes Gebiet«, das seither einer Art gordischem Knoten ähnelt. Offiziell wurde dieser Status in Artikel 140 der nach der zweiten US-Intervention im Jahr 2003 ausgearbeiteten und 2005 offiziell verabschiedeten neuen irakischen Verfassung festgelegt. Doch wurde später deutlich, dass es sich bei diesem Verfassungsartikel um eine Falle handelte, die nicht rechtzeitig erkannt worden war. Die damaligen Repräsentant:innen Südkurdistans waren offensichtlich unfähig, dies zu begreifen, und zudem schlicht nicht aufmerksam genug. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang einen genaueren Blick auf die Strategie und die Politik der USA und der anderen imperialistischen Kräfte in der Region zu werfen. Sie entwickeln ständig neue Pläne, um den von ihnen entwickelten Status im Irak und insbesondere in Kurdistan aufrechtzuerhalten und entsprechend ihren imperialistischen Interessen bei Bedarf anzupassen. Aktuell zieht das US-Militär seine Kampfeinheiten aus den arabischen Teilen des Irak zurück und verlegt sie nach Südkurdistan. Zugleich übernimmt der EU-Flügel mit Frankreich an seiner Spitze innerhalb der internationalen Koalition eine immer aktivere Rolle. Diese Entwicklungen verstärken das Interesse an den »umstrittenen Gebieten« umso mehr. Hinzu kommt, dass die UN-Vertretung im Irak, die eher einer Vertreterin der internationalen Koalition gleicht, aufgrund ihrer Aktivitäten und Beziehungen in der Region eine sehr provokative und negative Rolle spielt.

Ungefähr 70 % aller Erdölvorkommen Südkurdistans finden sich in dem von uns beschriebenen Gebiet. Von Şengal bis Xaneqîn lagern reiche Öl- und Gasvorkommen, von denen viele noch gar nicht vollständig erschlossen wurden bzw. verarbeitet wurden. Historisch bedeutsame Handelswege führen hindurch und aktuell werden verschiedene Projekte und Pläne entwickelt, diese Rolle als zentrale Handelsroute wieder zu stärken. Süßwasser aus zahlreichen Quellen in Nord- und Ostkurdistan und weitflächige Ebenen mit fruchtbarer Erde verleihen der Region das Potential, bei richtiger Bewirtschaftung das gesamte Land mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Sie zieht folglich aufgrund der historischen, geographischen und aktuellen Gegebenheiten die Aufmerksamkeit der imperialistischen Kräfte und der Anrainerstaaten auf sich.

Besetzungsbestrebungen der Türkei

Die regionale Strategie der Türkei basiert auf einer Mentalität, die noch aus der Zeit des Osmanischen Reiches stammt. Entsprechend dauern die türkischen Besetzungsversuche in der Region an. Die Türkei hat große Truppenkontingente in Südkurdistan stationiert und führt ununterbrochen Militäroperationen in allen Teilen Südkurdistans durch – als handele es sich um türkisches Staatsgebiet. Hier unterhält sie über 60 Militär- und Geheimdienststützpunkte. Başika ist eines der Gebie-

te, in dem türkische Truppen stationiert sind. Der Umstand, dass es zu den »umstrittenen Gebieten« gehört, ist entscheidend für die militärischen Pläne im Rahmen der türkischen Besetzungsbestrebungen. Trotz entsprechender Beschlüsse des irakischen Parlaments und der irakischen Zentralregierung weigert sich die Türkei bis heute, ihre Truppen aus Başika abzuziehen. Diese Besatzung, die mithilfe der Kollaboration der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) durchgesetzt wird, ist mittlerweile in allen PDK-kontrollierten Gebieten Südkurdistans deutlich spürbar. In den »umstrittenen Gebieten« ist es bisher weder dem Irak noch der südkurdischen Regionalregierung gelungen, die vollständige Kontrolle zu erlangen. Militärisch ist die irakische Armee präsent, doch auf administrativer Ebene bestimmt in vielen Gebieten noch immer die Regionalregierung. Das Gebiet wird permanent instabil gehalten. Das politische Vakuum und die Instabilität waren zwei wesentliche Gründe dafür, dass es dem IS-Terror im Jahr 2014 gelang, sich über lange Zeit vor Ort zu halten. Auch heute noch ist das Gebiet sehr anfällig für Interventionen, was die faschistische Regierung der Türkei nutzt, um ihre Besetzungsaktivitäten zu intensivieren. Im Rahmen ihrer Versuche, die Kontakte mit der sunnitisch-arabischen Bevölkerung des Irak auszubauen, setzt sie auf Kräfte wie die Familie Usama an-Nudschaifi, die schon mit dem Osmanischen Reich kollaborierte, oder auf die Reste des IS. Zugleich verlegt die Türkei von ihr ausgebildete islamistische Proxy-Kräfte in die Region.

Trotz der US- und NATO-Hilfe und der Kollaboration lokaler Kräfte wie der sunnitischen Turkmen:innen und der PDK wird es für die Türkei sehr schwer sein, die lokale Bevölkerung zu gewinnen. Ihre faschistische Mentalität, die sich auf eine türkisch-islamische Synthese stützt, trifft bei den in der Region lebenden Menschen auf starke Vorbehalte.

Auf Grundlage einer Fatwa des religiösen Führers der Schiit:innen Ajatollah Ali al-Sistani wurden im Jahr 2014 die militärischen Einheiten der Hashd al-Shaabi (Volksmobilmachungskräfte) für den Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) gegründet. Sie setzten sich aus Freiwilligen zusammen. Ihr Widerstand trug dazu bei, dass zahlreiche Städte, inklusive der den »umstrittenen Gebieten« zugerechneten Provinzen Mossul und Kerkûk, vom IS-Terror befreit wurden. Es ist allseits bekannt, dass die mit dem Iran verbundenen schiitischen Gruppen eine aktive und entscheidende Rolle im Krieg gegen den IS und bei der Befreiung der Region gespielt haben. Auch heute noch verfügen sie über einen großen Einfluss auf die dortige Sicherheit. Von Şengal bis Xaneqîn sind sie eine dominante militärische Kraft und an einigen Orten auch in administrativer Hinsicht einflussreich, und sie bemühen sich aktiv darum, die Sympathien der lokalen Bevölkerung zu gewinnen. In Orten wie Tuz Xurmatu und Tal Afar besteht ein Teil der Bevölkerung aus Schiit:innen. Doch der Umstand, dass der Großteil der dort lebenden Menschen sunnitisch ist und tiefgreifende historische Widersprüche mit den schiitischen Kräften hat, führt hier zu einer weitgehenden Ablehnung der Hashd al-Shaabi.

Diese Region stellt einen wichtigen Transitweg im Rahmen der Expansionsbestrebungen des iranischen Regimes dar. Dementsprechend groß ist die strategische Bedeutung, die der Iran ihr – inklusive Şengal und Mexmûr – beimisst. Es ist folglich sehr unwahrscheinlich, dass die schiitischen Kräfte aus dem Iran und dem Irak dieses Gebiet, das von ihnen befreit wurde und in dem der Iran eine einflussreiche Rolle spielt, aufgeben werden.

Ebenso unwahrscheinlich ist, dass diese Kräfte von der lokalen Bevölkerung akzeptiert werden und vor Ort dementsprechend Fuß fassen können. Das gilt auch für das von Unterdrückung und Gewalt geprägte osmanische Erbe der Türkei und ihre faschistisch-diktatorischen Bestrebungen in der Region. Die türkische Unterstützung für den IS und andere dschihadistische Kräfte, aber auch die Expansionsbestrebungen der Türkei im Mittleren Osten sind der Bevölkerung hier heute sehr wohl bekannt. Trotz der US- und NATO-Hilfe und der Kollaboration lokaler Kräfte wie der sunnitischen Turkmen:innen und der PDK wird es für die Türkei sehr schwer sein, die lokale Bevölkerung zu gewinnen. Ihre faschistische Mentalität, die sich auf eine türkisch-islamische Synthese stützt, trifft bei den in der Region lebenden Menschen auf starke Vorbehalte. Insbesondere aufgrund des türkischen Versuchs, durch die Unterstützung des IS an Einfluss zu gewinnen, empfindet die lokale Bevölkerung eine deutlich größere Nähe zu dem arabischen Nationalismus, der von Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien gefördert wird.

All diese Kräfte, die vor Ort militärisch präsent sind, aber nur über sehr geringen gesellschaftlichen Rückhalt verfügen, haben der lokalen Bevölkerung nichts Neues zu bieten. Ihre Präsenz basiert auf Unterdrückung und Gewalt. Die Menschen haben erkannt, dass das bestehende System Jahrhunderte alt ist und mittlerweile jegliche Kraft verloren hat, die bestehenden Probleme zu lösen. Weder haben seine Herrschenden den Menschen etwas anzubieten, noch verfügen sie über die Kraft, Veränderungen herbeizuführen. Sie haben keinerlei Pläne, wie

Freiheit, Demokratie und ökonomischer Wohlstand, dessen die Völker beraubt wurden, wiederhergestellt, die bestehenden Verhältnisse verändert und die zahlreichen Probleme gelöst werden können. Ob das völlig schwache und hilflose System im Irak, die demokratische Kultur imperialistischer Mächte wie der USA oder der EU, das expansionistische, konfessionell motivierte System des Iran oder die faschistische Besatzungsmacht Türkei – keine dieser Kräfte ist dazu in der Lage. Ganz im Gegenteil, sie alle haben untereinander historisch motivierte Widersprüche und Konflikte. Die Existenz dieser Staaten stellt für die gesamte Region eine enorme Gefahr dar. Eine nur geringfügige Intensivierung der interventionistischen Politik dieser Mächte kann hier zu Ergebnissen führen, die für massive Veränderungen sorgen würden. Die Türkei erhält umfassende Unterstützung durch die USA und die NATO. Zugleich unterstützt sie selbst den IS, die PDK und Teile der turkmenischen Stämme. Sollte es zu einer direkten Konfrontation zwischen den faschistischen Kräften der Türkei und den vom Iran unterstützten Kräften kommen, kann die Region von Kriegen erschüttert werden, deren Folgen unabsehbar wären. Die aktuellen Entwicklungen machen ein derartiges Szenario immer wahrscheinlicher. Auch der Status der Region Kurdistan Irak, dieses Überbleibsels von Artikel 140 der irakischen Verfassung, ist dementsprechend akut gefährdet.

Wir können derzeit ohne grosse Mühen rasante Entwicklungen in Richtung einer Vertiefung des regionalen Chaos erkennen. Dass im Kontext dieses Durcheinanders Şengal und das Mexmûr-Camp nicht auch zu Angriffszielen werden, ist völlig undenkbar. Denn diese beiden Orte verfügen über die widerständigste und organisierteste Bevölkerung in der Region.

Angriffsziele: Şengal und das Mexmûr-Camp

Wir können derzeit ohne große Mühen rasante Entwicklungen in Richtung einer Vertiefung des regionalen Chaos erkennen. Dass im Kontext dieses Durcheinanders Şengal und das Mexmûr-Camp nicht auch zu Angriffszielen werden, ist völlig undenkbar. Denn diese beiden Orte verfügen über die widerständigste und organisierteste Bevölkerung in der Region. Sie haben sich umfassend auf alle möglichen Entwicklungen vorbereitet. Zudem verstehen sie sich als Vertreter:innen eines bedeutenden Projekts und als Alternative zum bestehenden System. Auf dieser Basis pflegen sie direkte Kontakte zur Bevölkerung in ihrer Umgebung. Je besser es ihnen gelingt, den Menschen dort ihre Ideen verständlich zu machen, desto mehr gewinnen Şengal und Mexmûr selbst an Kraft. Die Bevölkerung Şengals kann auf eine enorm lange Widerstandsgeschichte zurückschauen. Insbesondere im Zuge der Ausbreitung des Islam in der Region waren die Menschen Şengals aufgrund ihres Glaubens ständigen Massakern ausgesetzt – insgesamt 74 im Verlauf der Jahrhunderte. Doch sie leisteten durchgängig Widerstand, beschützten ihren Glauben und waren somit in der Lage, ihn bis heute am Leben zu halten. Obwohl sie ununterbrochen unterdrückt, diskriminiert und isoliert wurden, gaben die Êzîd:innen ihren Glauben nicht auf. Vereint in ihrem gemeinsamen Glauben entwickelten sie eine Kultur permanenten Widerstandes. Zuletzt wurden sie ihm Jahr 2014 von den IS-Banden angegriffen. Tausende Êzîd:innen wurden damals ermordet oder als Sklav:innen in die Türkei und andere Länder verkauft. Hunderttausende sahen keine andere Möglichkeit als zu fliehen und leben heute verstreut in den unterschiedlichsten Teilen der Welt. In den von der PDK kontrollierten Gebieten Südkurdistans erfuhren die êzîdischen Geflüchteten allerlei Formen von Korruption und unmoralischen Handlungen. In den dortigen Camps werden sie wie Geiseln festgehalten und durch die Zweckentfremdung internationaler Hilfsgelder als Profitquelle missbraucht. Zu Beginn der IS-Angriffe im Jahr 2014 leistete die Bevölkerung Şengals gemeinsam mit einer kleinen Gruppe von Guerilla-Kämpfer:innen Widerstand. Später befreite sie gemeinsam mit den HPG (Volksbefreiungskräften) und den YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten) ihre Heimat Şengal. Auf der Basis dieses Widerstandsgeistes halten sich die Menschen Şengals heute auf den Beinen, organisieren und bilden sich. Auf diese Weise verkehren sie ihre schrecklichen Erlebnisse in ihr Gegenteil und setzen ihren Widerstand erhobenen Hauptes fort. Durch ihre eigene Erneuerung kämpfen sie dafür, sich als Gemeinschaft fortzuentwickeln. Mithilfe der Inspiration, die Abdullah Öcalan für sie darstellt, organisieren und stärken sie sich, um den Aufbau des Systems der demokratischen Autonomie voranzutreiben. Şengal hat eine widerständige Lebensform entwickelt und verfügt über enorme Widerstandserfahrungen. Deshalb ist es heute in der Lage, all diese Erfahrungen mit den anderen Völkern in der Region zu teilen und durch sein freies, gleichberechtigtes und organisiertes Leben eine Vorbildfunktion auszuüben. So kann Şengal zu einem Ort werden, an dem sich die friedliche Koexistenz der Völker beispielhaft durchsetzt. Im Gebet wenden sich die Êzîd:innen mit ihren Wünschen an Gott – zuerst für die gesamte Menschheit, dann für ihre Umgebung und erst zuallerletzt für sich selbst. Auf der Grundlage ihres reichen Glaubens, neu entwickelten Bewusstseins und ihrer Erfahrungen, aber auch ihrer



Bewohner:innen des Flüchtlingscamps Rûstem Cûdî (Mexmûr) demonstrieren im August 2021 gegen die Bombardierung des Krankenhauses im Dorf Skine in Şengal. Foto: anf

von Sicherheit und Selbstlosigkeit geprägten Kultur können sie es sich heute zur Aufgabe machen, der Menschheit und den anderen Völkern in der Region den Weg zu weisen. So kann es ihnen gelingen, neue Hoffnung nicht nur für sich selbst, sondern für die gesamte Region zu schaffen.

Die Bevölkerung des Mexmûr-Camps lebt seit mittlerweile 23 ihrer 27 Fluchtjahre in Mexmûr. Hier war ihr Leben stets von Widerstand und Kampf geprägt. Mit ihrer Lebenskultur haben sich die Menschen den Respekt und das Vertrauen der Bevölkerung in der Umgebung verdient. Trotz all der Behinderungen durch die in der Region aktiven Mächte ist es ihnen gelungen, harmonische Beziehungen zu ihren benachbarten Gemeinschaften zu entwickeln und aufrechtzuerhalten. Durch Mexmûrs Kampf gegen die IS-Banden haben die Völker der Region heute ein sehr positives Bild von seiner Bevölkerung. Im Jahr 1998 wandte sich Abdullah Öcalan über Funk an die Camp-Bevölkerung. Neben der Hoffnung und Aufregung, die seine Worte damals vermittelten, gab er den Menschen auch die Mission mit auf den Weg: »Als Bevölkerung des Camps werdet ihr eine Brückenfunktion zu den anderen Völkern der Region haben.« Heute kann Mexmûr diese Aufgabe mit seiner in der Zwischenzeit gesammelten Erfahrung und seinem Wissen verbinden. Dem Camp stellt sich also die drängende Aufgabe, das auf Demokratie, Ökologie und Freiheit der Frau basierende Paradigma und System den anderen Völkern der Region zu vermitteln. So bietet sich Mexmûr heute die historische Gelegenheit, seiner historischen Mission gerecht zu werden.

Wir können abschließend feststellen, dass die Region der »umstrittenen Gebiete« samt Şengal und Mexmûr auf absehbare Zeit von einem großen Chaos geprägt sein wird. So wie bereits in der Vergangenheit, so kann diese Situation hier auch in Zukunft erneut große Verluste für die Völker mit sich bringen. In dieser Lage sehen sich Şengal und Mexmûr mit der historischen Aufgabe konfrontiert, durch die Verbreitung des demokratisch-konföderalen Systems und der demokratischen Autonomie in der Region eine Führungsrolle beim Aufbau einer vielversprechenden Zukunft zu spielen. ♦

Tabqa – eine Stadt vier Jahre nach der Befreiung vom IS

Interview mit Salah Ibrahim, Berater des Parlaments der Region Tabqa

Tabqa liegt ca. 60 km westlich von Raqqa, an der Grenze der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens zum vom Regime beherrschten Teil Syriens. Die Stadt hat eine besondere strategische Bedeutung, nicht nur wegen ihrer geografischen Lage, sondern auch wegen der Euphrat-Talsperre, auch Tabqa-Talsperre genannt. Student:innen der Akademie »Şehîd Desti« haben den Berater des Parlaments der Region Tabqa, Salah Ibrahim, zur aktuellen Lage im Kanton und in der Stadt befragt.

Bitte geben Sie uns einen kurzen Überblick über die politischen und administrativen Strukturen des Kantons.

Unsere Region ist wie alle Kantone in Nord- und Ostsyrien basisdemokratisch organisiert. An der Basis organisieren sich die Nachbarschaften bzw. Dörfer in Kommunen, und hier kommen die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort direkt zur Sprache. Sieben Komitees, die jede Kommune aus ihren Mitgliedern heraus selbst wählt, greifen die Anliegen auf, suchen nach Lösungen und leiten sie gegebenenfalls an die nächste Ebene weiter.

Welche Aufgaben hat das Parlament des Kantons und wie ist seine Zusammensetzung?

Es ist das Parlament des Kantons und befasst sich deshalb mit den Anliegen der Bevölkerung des ganzen Kantons. Hier werden lokal notwendige Entscheidungen getroffen und Gesetze erlassen, die für das Leben der Bevölkerung hier wichtig sind. Beispiele dafür sind das Baurecht, Bebauungspläne, Straßenbau etc.

Zentral erlassene Gesetze der Autonomieverwaltung für ganz Nord- und Ostsyrien können nicht außer Kraft gesetzt werden durch die lokale Gesetzgebung. Im Parlament sind keine Parteien vertreten, sondern 80 direkt gewählte Vertreter:innen und 20 Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Es gilt wie überall die Ko-Präsidentschaft – eine Frau und ein Mann, und im Parlament sind die Hälfte der Mitglieder Frauen.

Das Parlament hat drei Verantwortungsbereiche:

- Die Exekutive – die Zivilverwaltung
- Die Legislative – die Diskussion und Verabschiedung der Gesetze
- Den Verantwortungsbereich für die Sicherheit und Umsetzung der Gesetze.

Die Komitees sind eine wichtige Säule des basisdemokratischen Systems. Können sie uns einige Beispiele nennen?

In Tabqa haben wir 12 zivile Komitees, die direkt an das Kantonsparlament angebunden sind. Einige Beispiele: Das Komitee für Diplomatie, für Erziehung, für Energieversorgung (Elektrizität), für Frauen, für Kultur und Kunst, für die praktische Verwaltung der Stadt (Reinigung, Müll …). Das Komitee für Diplomatie spielt in der Stadt eine wichtige Rolle für das friedliche Zusammenleben. Hier werden z. B. die Probleme der Menschen untereinander, Stammesstreitigkeiten, Landstreitigkeiten, Familienstreitigkeiten oder Probleme der Menschen mit der Verwaltung gelöst.

Es gehört aber auch zu den Prinzipien unserer basisdemokratischen Politik, dass die Anliegen der Menschen nicht an Hierarchien scheitern, wie wir es aus der Zeit vor der Revolution kennen. Die Türen aller Verantwortlichen in der Stadt, auch der Ko-Präsident:innen des Parlaments sind offen für alle.

Alle Komitees treffen sich in kurzen Abständen, verfassen ihre Tätigkeitsberichte und beraten in monatlichen großen Treffen mit der zentralen Verwaltung Problemlösungen und Perspektiven.

Ich habe vorhin die direkt in den Nachbarschaften arbeitenden Komitees erwähnt. Hier einige Beispiele: Das Komitee für die Jugend, für die Selbstverteidigung, für Frauen, für die Organisation gemeinschaftlicher Aktivitäten …

Beim ersten Blick auf Tabqa fallen die vielen schwarz verschleierten Frauen im Straßenbild auf. Alles weist auf eine konservativ-islamische Bevölkerung hin. Wie ist die Haltung der Menschen zur basisdemokratisch organisierten Selbstverwaltung?

Im Kanton Tabqa leben 350.000 Menschen, und die Bevölkerung ist mehrheitlich arabisch und religiös konservativ eingestellt, vor allem wenn es um die Stellung der Frau geht. Aber es leben auch viele Kurd:innen und Tscherkess:innen im Kanton.

Die in Tabqa nach der Besetzung durch den IS verbliebene Bevölkerung hat sehr unter dem »Islamischen Staat« (IS) gelitten, und die Befreiung durch die Kräfte der YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) wurde gefeiert. Man kann sagen, die YPJ und die YPG wurden von den Menschen gerufen, um den IS zu vertreiben.

Den größten Teil der Einwohner:innen machen heute arabische Flüchtlinge aus anderen Teilen Syriens aus, aber auch kurdische Flüchtlinge aus dem von der Türkei besetzten Efrîn sind hier. Außerdem gibt es zwei große Flüchtlingscamps im Kanton.

Es leben hier also viele Menschen, die eine Alternative zum Assad-Regime suchen und die unter der Herrschaft des IS gelitten haben. Diese überwältigende Mehrheit unterstützt die basisdemokratisch organisierte Selbstverwaltung, und es gibt keinen Mangel an Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren. Die »Syrische Zukunftspartei – Hizbul Suri Mustakbel«, deren Generalsekretärin Hevrîn Xelef am 12.10.2019 von einer zur SNA (Syrische Nationalarmee) gehörenden dschihadistischen Miliz brutal ermordet wurde, ist z. B. auch hier in Tabqa sehr stark.



Hunderte von Menschen aus den ländlichen Gebieten von Tabqa und Raqqa haben in Demonstrationen die Verbrechen der türkischen Besatzungsarmee und ihrer Söldner gegen die Menschen in den besetzten Gebieten verurteilt und zum Schutz der Errungenschaften in Nord- und Ostsyrien aufgerufen. Foto: anf

Natürlich, wie in einer Demokratie üblich, gibt es Parteien, die z. B. das Assad-Regime unterstützen oder andere politische Richtungen vertreten. Aber sie repräsentieren nicht die Mehrheit der Bevölkerung.

Eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden sind allerdings die Bemühungen des Assad-Regimes, der südkurdischen PDK (Demokratischen Partei Kurdistans) und der Türkei, mittels bezahlter Spitzel Unruhe zu stiften sowie eine nicht zu unterschätzende Anhängerschaft des IS. Diese Anhängerschaft stellt ein großes Sicherheitsproblem dar.

Selbstverständlich arbeitet die Verwaltung auch eng mit den Moscheen zusammen. Es gibt dafür ein eigens eingerichtetes Komitee, das auch Bildungen für die Moscheegemeinden organisiert. Es gilt das Ziel: andere Religionen und Lebensformen müssen akzeptiert werden.

Glücklicherweise können wir sagen: Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesem Kanton akzeptieren sich gegenseitig und leben gut zusammen.

Sie haben die Flüchtlingslager im Kanton erwähnt. Können Sie uns dazu weitere Informationen geben?

Im Kanton gibt es zwei große Flüchtlingscamps: Ein Camp, 5 km entfernt von der Stadt, mit 8.000 Menschen und ein zweites Camp, 15 km entfernt von der Stadt, mit 5.000 Menschen. Die Menschen sind Binnenflüchtlinge aus Idlib und aus dem Regime-Gebiet.

In den Camps funktionieren dieselben basisdemokratischen Strukturen, die ich eingangs beschrieben habe. Die Verwaltung des Kantons unterstützt die gesellschaftliche Arbeit dort, einschließlich der Bildungsarbeit. Außerdem ist die Verwaltung verantwortlich für die Wasser- und Stromversorgung und für die Sicherheit der Camps. Zusätzlich unterstützen einige internationale Organisationen die Menschen in den Camps.

Wie ist die Situation der Frauen in der Gesellschaft?

Die Frauen stehen stark unter Druck durch die Familien, z. B. streng islamische Kleidungsregeln (schwarzer langer Mantel und Gesichtsschleier) einzuhalten und sich diesen Moralvorstellungen entsprechend zu verhalten. Aber die ökonomische Situation vieler Familien macht es Frauen möglich, berufstätig zu sein, denn ihr Verdienst wird gebraucht. Es gibt im Kanton ein eigens für arbeitssuchende Frauen eingerichtetes Komitee. Nach einer Sicherheitsüberprüfung unterstützt dieses Komitee Frauen bei der Arbeitssuche. Und damit ist der Kontakt hergestellt. Im Frauenzentrum vor Ort bietet beispielsweise die Frauenbewegung Nord- und Ostsyriens »Kongreya Star« Bildungen für Frauen an, in denen sie u. a. über ihre Rechte informiert werden, und an die Mitarbeiterinnen des Zentrums können sich Frauen jederzeit wenden und Unterstützung bekommen. Berufstätige Frauen und Studentinnen der Universität hier stellen die Mehrheit der politisch aktiven Frauen.

Frauen haben ein starkes Bedürfnis nach Freiheit, und die Verwaltung unterstützt das wo immer möglich, aber der Widerstand der Männer dagegen ist stark. Ein Beispiel: In Nord- und Ostsyrien ist die Heirat mit mehr als einer Frau gesetzlich verboten. Der Koran erlaubt die Heirat mit vier Frauen. Hier sind eine sehr geduldige politische Praxis und Überzeugungsarbeit notwendig, die nicht auf Konfrontation setzen, sondern auf Gespräch und Bildung. Aber auch eine klare Haltung in den Institutionen der Selbstverwaltung ist unabdingbar: Lehrerinnen in den Schulen dürfen z. B. keinen Gesichtsschleier tragen. Wir sehen den Erfolg dieser Arbeit.

Die Verwaltung legt großen Wert auf Bildung, sowohl der erwachsenen Bevölkerung als auch der Kinder. Wie ist die Situation an den Schulen?

Die Schulbildung vor der Revolution war dominiert von der arabischen Sprache, von autoritären Hierarchien; selbstständiges Denken war nicht erwünscht. Unter der Herrschaft des IS ist das Schulsystem zusammengebrochen. Es gab praktisch keine Schulbildung mehr. Nach der Befreiung des Kantons mussten die Gebäude neu aufgebaut und neue Lehrpläne entwickelt werden. Basisdemokratisches Denken muss schon in der Schule vermittelt werden, das betrifft auch das Verhältnis zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen. Ein Beispiel: Vor der Revolution war es in syrischen Schulen üblich, Schüler:innen zu schlagen. Das ist jetzt gesetzlich verboten.

Im Moment arbeiten 1.639 Lehrer:innen an den Schulen. Fortbildungen in den Ferien sind für alle Lehrkräfte verpflichtend.

Die Bildungsarbeit insgesamt wird vom Komitee für Erziehung organisiert und wird als sehr wichtig erachtet. Entsprechend fließt auch ein erheblicher Teil des Budgets in diesen Bereich.

Wie ist die ökonomische Situation im Kanton Tabqa?

Im Vergleich zu anderen Kantonen ist die ökonomische Situation hier sehr gut. Das ist auch ein Grund für den Zuzug vieler aus ihren Heimatregionen geflohener Menschen.

Hier gibt es Wasser und damit Elektrizität und damit verbunden Arbeitsplätze. In den Händen der Elektrizitätsgesellschaft Tabqa liegt die Stromversorgung für ganz Nordostsyrien. Und das Wasser macht auch die Fischerei zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Andere Säulen unserer lokalen Wirtschaftskraft sind die Landwirtschaft (vor allem Schafzucht) und die damit verbundene Lebensmittelproduktion, der Handel, Handwerksbetriebe, kleine Fabriken (z. B. für Baumaterial) und die Bauindustrie. Die IS-Herrschaft und der Krieg haben große Schäden verursacht, und es muss viel wieder aufgebaut werden. Die Zerstörung ist immer noch deutlich sichtbar, und viele Menschen leben in noch teilweise zerstörten Gebäuden.

Vor dem Krieg war auch der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle der Bevölkerung, aber die aktuelle Bedrohungssituation durch die Türkei und durch IS-Schläferzellen sind keine guten Voraussetzungen für die Wiederbelebung des Tourismus.

Für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung wurden verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet.

Der Etat des Kantons hängt allerdings nicht von seiner Wirtschaftskraft ab. Die Menschen zahlen nur geringe symbolische Gebühren für Elektrizität, Stadtreinigung usw. und keine Steuern. Jeder Kanton in Nord- und Ostsyrien bekommt je nach Größe von der zentralen Selbstverwaltung ein jährliches Budget zugeteilt. Diese zentralen Einnahmen kommen z. B. aus dem Handel mit Öl, landwirtschaftlichen Produkten, aus Zollgebühren für Ein- und Ausfuhren etc.

Alle Einfuhren nach Nord- und Ostsyrien unterliegen einem Embargo. Sowohl die Grenze nach Nordkurdistan (Türkei), als auch die Grenzen zu Südkurdistan (Nordirak; von der PDK/YNK regiertes Gebiet) und zum vom Assad-Regime beherrschten Teil Syriens sind für den Warenverkehr geschlossen. Welche Folgen hat das für die Arbeit der Selbstverwaltung und für den Alltag der Menschen?

Das Embargo schafft große Probleme für die Grundversorgung der Bevölkerung. Die Preise für die Güter des täglichen Bedarfs sind hoch, und viele Familien verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel. Ich nenne Ihnen drei Beispiele: Vor dem Embargo haben 7 Brote 100 Lira gekostet, heute 250 Lira, der Preis des T-Shirts, das ich trage, ist von 5.000 Lira auf 40.000 Lira gestiegen, Ersatzteile für Autos sind durchschnittlich inzwischen 20 Mal so teuer.

Eine Lehrerin z. B. verdient monatlich 290.000 Lira, das entspricht aktuell 85 Dollar.

Eine Stadtverwaltung braucht Baumaterial, technisches Gerät, Fahrzeuge usw. Die Preise sind eine große Belastung. Außerdem kann notwendiges Material nicht eingeführt werden.

Unser Krankenhaus braucht medizinisches Gerät, braucht Medikamente – alles unterliegt dem Embargo.

Zusätzlich verschärfen die Profiteure des Embargos das Problem: Manche Produkte sind nur für Dollar erhältlich oder werden zurückgehalten, bis die Preise weiter steigen.

Tabqa hat eine große Ausstrahlungskraft für ganz Nordostsyrien. Was macht diese Stadt, diesen Kanton so besonders? Hat die Verwaltung der Stadt Interesse an einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Deutschland?

Tabqa ist nicht nur wirtschaftlich stark. Es ist ein Zentrum für Kunst und Kultur in Nordostsyrien. Wir haben hier eine sehr lebendige Kulturszene, jetzt im September findet ein großes Kulturfestival statt. Außerdem finden sich hier viele historische Stätten. Ein nicht zu übersehendes Beispiel dafür ist die Festung, direkt am Wasser gelegen. Sie wurde übrigens vom IS als Gefängnis missbraucht und dann teilweise zerstört.

Wir sagen hier: Tabqa ist für ganz Syrien die Sonne.

Und ja, wir haben Interesse an einer Städtepartnerschaft. ♦

Über die Bedeutung der Selbstverwaltung und Dezentralisierung für alle

Die Verantwortung für die Zukunft Syriens

Tim Krüger

Die Situation in Syrien scheint festgefahren und aussichtslos. Jahre des Kämpfens und Mordens haben das Land verwüstet, seine Städte in Schutt und Asche gelegt und nahezu die Hälfte der Bevölkerung des Landes entwurzelt, ihrer Heimat beraubt und zur Flucht gezwungen. Was als Volksaufstand gegen die Despotie und für einen demokratischen Wandel begann, verwandelte sich in kürzester Zeit in einen der verheerendsten Konflikte unserer Tage. Auch nach zehn Jahren, in denen die Völker Syriens vom Bürgerkrieg geplagt waren, scheint seine friedliche Beilegung in weiter Ferne.

Noch im August äußerte sich Baschar al-Assad in ungewohnt gemäßigten Tönen, als er anlässlich der Vereidigung seines neuen Kabinetts in einer Rede über die Lage des Landes von einer möglichen »Dezentralisierung« des Staatsapparates sprach. Doch mit den Parlamentswahlen am 26. Mai dieses Jahres ließ er sich erneut mit über 95 % der Stimmen in seiner Herrschaft bestätigen. Die demokratische Opposition und ihr Dachverband, der Demokratische Syrienrat (Meclîsa Sûriyeya Demokratîk, MSD), hatten zum Boykott der Abstimmungen aufgerufen, und in den befreiten Gebieten der Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens waren sowohl Wahlkampf als auch Urnengang untersagt. Auch die derzeit von den türkischen Besatzern und ihren islamistischen Söldnerbanden beherrschten Gebiete fallen aus der Zählung heraus. Und dennoch, selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsachen, scheint das Ergebnis mehr als fragwürdig. Ganz zu schweigen von den Bedingungen, unter denen die Wahlen abgehalten worden sind.

Wer nun also einen radikalen Wechsel in der Politik der Zentralregierung erwartet, wird wohl auch noch weiter enttäuscht werden. Bemerkenswert ist dennoch, dass Diktator al-Assad in seiner Rede am 14. August zum ersten Mal eingestand, Syrien werde »nicht wieder in die Zeit vor 2011 zurückkehren«. Bisher hatte das nationalistische Regime in Damaskus vehement auf der vollständigen Wiederherstellung der alten Ordnung beharrt und sich auch nicht einmal rhetorisch zu einem Kompromiss bereit gezeigt. Das Land müsse von »Terroristen und Verrätern gesäubert« und die Souveränität des Regimes in allen Teilen wiederhergestellt werden. Ganz so, als habe es die letzten zehn Jahre nicht gegeben, sollte also wieder zum Normalbetrieb übergegangen werden. Soweit die bisherige Position der Regierung. Ein grundsätzliches strukturelles Problem, in dem die Ursache für den Aufstand und die Spaltung von Gesellschaft und Land zu suchen wären, wird in Damaskus offensichtlich nicht gesehen.

Ohne eine grundlegende Verfassungsreform keine Lösung

Die Ko-Vorsitzende des Exekutivkomitees des Demokratischen Syrienrates, Îlham Ehmed, erklärte, dass die Aussagen al-Assads zwar als ein »wichtiges Zugeständnis betrachtet« würden, entgegnete aber auch klar und deutlich, dass es darauf ankomme, in welche Zukunft »Syrien gehen wird«. Sie stellte fest, dass ohne eine grundlegende Verfassungsreform keine Lösung denkbar sei. Abermals bekräftigte der MSD bei dieser Gelegenheit seine Verhandlungsbereitschaft und lud, sofern besagte Dezentralisierung ernst gemeint werde, zu Dialog und gegenseitigem Austausch ein. Schon zu Beginn des syrischen Bürgerkrieges erklärten die Selbstverwaltung und die verschiedenen politischen Kräfte Nord- und Ostsyriens ihre Politik des unabhängigen »Dritten Weges« und ließen sich weder darauf ein, zum verlängerten Arm eines brutalen und räuberischen Regimes zu werden, noch mit einer selbsternannten »Opposition« zu paktieren, die im Auftrag ausländischer Mächte das Land spaltet und seine Reichtümer den Besatzern ausliefert. Die Revolution von Rojava und Nordostsyrien beharrte auf ihrem eigenen Standpunkt und verschrieb sich schon sehr früh einem Dialog als einzigem Weg zur Lösung der Krise.

Mit der Regierung in Damaskus wurde sich auf eine mehr oder weniger friedliche Koexistenz verständigt, welche von Seiten des Regimes allerdings nur in Ermangelung militärischer Kapazitäten zur Zerschlagung der Selbstverwaltung gezwungenermaßen akzeptiert wurde. Nicht nur einmal versuchten al-

Assad-treue Kräfte und Milizen die Ruhe zu brechen und provozierten teils heftige Auseinandersetzungen mit den Selbstverteidigungskräften der Revolution. Wer einen Blick in die offiziellen Stellungnahmen der Regierung und auf die Reden von al-Assads Ministern wirft, wird schnell erkennen, dass der politische Wille zur Lösung äußerst schwach ausgeprägt ist. Es wird sich immer noch gerne über die »Landesverräter« im Norden echauffiert und der Selbstverwaltung vorgeworfen, im Verbund mit den US-amerikanischen Imperialisten an einer Teilung Syriens zu arbeiten. Im Einklang mit der Kriegsrhetorik der türkischen Propaganda werden die Demokratischen Kräfte Syriens QSD auch schon mal als »Terroristen« bezeichnet, und es wird von angeblichen »separatistischen Plänen« phantasiert, die die territoriale Integrität Syriens gefährdeten.

Derartige Behauptungen und Anschuldigungen stehen nicht nur einem Dialog und einer wirklichen Lösung im Wege, sondern reden auch der türkischen Besatzungspolitik nach dem Munde. So spricht auch das faschistische Regime in Ankara immer noch vom Schutz der »territorialen Integrität Syriens«, um die eigene Besatzungspolitik zu legitimieren, und bezichtigt die Selbstverwaltung, nichts weiter als ein »separatistischer Terrorstaat« zu sein. Das nationalistische Baath-Regime, das sich selbstgerecht die Unabhängigkeit und Einheit der syrischen Nation auf die Fahne geschrieben hat, leistet damit weiteren türkischen Expansionsbestrebungen indirekt Vorschub. So haben auch die Selbstverwaltung und ihre politischen Kräfte oft erklärt, dass die festgefahrene Mentalität eines Regimes, das nur die eigene Macht und nicht das Schicksal des Landes im Blick hat, der Besatzung erst Tür und Tor geöffnet hat.

Statt gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten und ein Syrien zu schaffen, in dem alle Volksgruppen und Religionsgemeinschaften gleichberechtigt leben können, eine gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen und Reichtümer garantiert wird und die Menschen über eine regionale, partizipative und dezentrale Verwaltung ihre Zukunft selbst gestalten, sät das Regime weiter Hass und Zwietracht und schwächt damit den inneren Zusammenhalt und die Selbstverteidigung des Landes. Dass Syrien heute zum Spielball in den Händen fremder Besatzungsmächte geworden ist, hat die Regierung in Damaskus selbst zu verantworten. Die Schuldigen nun dort zu suchen, wo sich mit allen Kräften den türkischen Invasoren in den Weg gestellt und unter größten Opfern zu verhindern versucht wird, dass weitere Teile des Landes dem türkischen



Das Parlament der demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in Dêrik, Kanton Cizîrê. Foto: Jonas Stahl

Faschismus anheimfallen, ist perfide, verlogen und selbst der größte Verrat an den Völkern Syriens.

Nur eine Ausweitung der Demokratischen Selbstverwaltung auf Basis einer umfassenden Verfassungsreform kann den Weg für die Vereinigung der Völker Syriens im Sinne einer demokratischen Nation ebnen und Fremdbestimmung und Besatzung ein Ende bereiten. Erst wenn die Menschen Syriens selbst die Zukunft ihres Landes gestalten können, werden bleibende Lösungen gefunden werden.

Allein die Tatsache, dass seit dem Sommer 2019 sämtliche offiziellen Gesprächsangebote von Seiten der Zentralregierung blockiert werden, beweist mehr als deutlich, wie viel der Regierung tatsächlich an der »Einheit und Souveränität« des Landes gelegen ist. Lieber lässt die herrschende Machtclique das faschistische türkische Regime weitere Gebiete Nordsyriens annektieren, als auch nur einen Schritt auf die demokratische Selbstverwaltung zuzugehen und womöglich einen Teil der eigenen Macht an das Volk abzutreten. Auch die selbsternannte Schutzmacht Syriens, Russland, hat bis dato nicht zu einer tatsächlichen Lösung beigetragen und stattdessen versucht, das Problem auf eine rein nationale Frage der kurdischen Bevölkerungsteile Nord- und Ostsyriens zu reduzieren. Diese sollen sich mit kultureller Autonomie, dem Recht, in staatlichen Stellen die Muttersprache zu sprechen, und bedingtem Mitspracherecht auf der Ebene der Kommunalverwaltung zufriedengeben und einer Rückkehr des Regimes in die befreiten Gebiete bereitwillig zustimmen.

Das Schicksal in die eigenen Hände nehmen

Die Selbstverteidigungskräfte und die lokalen Sicherheitskräfte der demokratischen Selbstverwaltung sollen in ihrer Eigenständigkeit aufgelöst werden und an ihre Stelle wieder die Armee der Zentralregierung und al-Assads Polizeikräfte treten. Nicht nur, dass es, wenn die eigenen bewaffneten Kräfte einmal nicht mehr sind, keinerlei Garantie für den Bestand der versprochenen Rechte geben würde, auch lässt sich das Problem schon lange nicht mehr einzig auf die kurdische Frage reduzieren. Denn heute leben mehr als sechs Millionen Menschen in den befreiten Gebieten und unter dem System der demokratischen Selbstverwaltung. Sechs Millionen Menschen, die im Projekt der demokratischen Selbstverwaltung ihre politische Heimat gefunden haben, zum ersten Mal in ihrer Geschichte von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen, ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben und gemeinsam an einer Zukunft frei von Ausbeutung und Unterdrückung bauen.

Alle, ganz gleich, ob Kurd:innen oder Araber:innen, ob Christ:innen, Muslim:innen oder Êzîd:innen, sind sich einig, das System, welches sie mit ihren eigenen Händen geschaffen haben, nicht so einfach aufzugeben und die demokratischen Errungenschaften der Revolution bis zuletzt und wenn nötig um jeden Preis zu verteidigen. Die Reduzierung der Selbstverwaltung auf ein rein ethnisches Projekt ist ebenfalls nichts weiter als ein Versuch, die Völker der Region abermals gegeneinander auszuspielen und eine wirkliche tiefgreifende Lösung zu verhindern. Um eine gesamtsyrische Lösung zu erreichen, bedarf es vor allem auch einer Aussöhnung zwischen den verschiedenen Bevölkerungskomponenten des Landes und der Beseitigung der Ursachen des Konfliktes. Mit der Demokratischen Föderation von Nord- und Ostsyrien existiert ein Projekt, das seit Jahren Wege und Lösungen aus dem Chaos des Krieges erprobt und das gemeinsame Zusammenleben, wirkliche Demokratie und soziale Gerechtigkeit zur Grundlage eines bleibenden Friedens gemacht hat.

Was im Norden des Landes erfolgreich in die Tat umgesetzt wird, kann auch für eine Demokratisierung des gesamten Landes Modell und Anleitung sein. Nur eine Ausweitung der demokratischen Selbstverwaltung auf Basis einer umfassenden Verfassungsreform kann den Weg für die Vereinigung der Völker Syriens im Sinne einer demokratischen Nation ebnen und Fremdbestimmung und Besatzung ein Ende bereiten. Erst wenn die Menschen Syriens selbst die Zukunft ihres Landes gestalten können, werden bleibende Lösungen gefunden werden. Es wird sich zeigen, ob die Bewohner:innen der Paläste von Damaskus wirklich bereit sind, sich auf einen grundlegenden Wandel einzulassen, oder aber ob al-Assads Worte nichts weiter als heiße Luft waren. Angesichts der türkischen Bedrohung aus dem Norden und neuerlicher Operationsvorbereitungen bleibt allerdings nicht viel Zeit, sich zu entscheiden. Die Verantwortung vor der Geschichte und dem eigenen Volk, im entscheidenden Moment aus individueller Machtgier und anderen niederen Interessen nicht die nötigen Schritte unternommen zu haben, werden al-Assad und seine Clique selbst zu tragen haben. ♦

Die Rolle der Gazîs in der Rojava-Revolution

Botan Avaşîn, Ratsmitglied der Gazî-Föderation Nord- und Ostsyriens

Der Freiheitskampf in Kurdistan ist nicht bloß ein Kampf um die Freiheit der kurdischen Bevölkerung. Er ist ein Kampf für alle unterdrückten und kolonialisierten Völker. Im Wissen um diese Wahrheit haben sich abertausende junge Frauen und Männer in den letzten Jahrzehnten diesem Freiheitskampf angeschlossen, obwohl ihnen klar war, welche Gefahren und Herausforderungen ein solcher Schritt mit sich bringt. Die Rojava-Revolution ist die Frucht dieses Freiheitskampfes. Zugleich hat diese Revolution einem noch größeren Teil der Weltöffentlichkeit die Ziele und Ideale des Freiheitskampfes nahegebracht. Während Rojava die Völker in der Region und die Weltgemeinschaft insgesamt mit dem Paradigma der demokratischen Nation, welches auf der Geschwisterlichkeit der ethnischen und religiösen Gemeinschaften beruht, in Berührung gebracht hat, haben die vielfältigen feindlichen Akteure nie aufgehört, die Revolution anzugreifen und Krieg gegen die Revolution und ihre Ideen zu führen.

Die Revolution verteidigen

In diesem Sinne ist die Geschichte der Revolution von Rojava auch eine Geschichte des Verteidigungskrieges. Unzählige junge Menschen haben sich im Laufe der Geschichte dazu entschlossen, ihre Heimat und Familien, aber auch ein demokratisches und gerechtes Gesellschaftskonzept zu verteidigen. Rund 13.000 dieser Frauen und Männer haben in diesem Verteidigungskampf ihr Leben gelassen. Sie sind diejenigen, die mit ihrem Leben die Revolution verteidigt haben. Sie haben sich Terrororganisationen in den Weg gestellt, welche die gesamte Welt bedroht haben, und diese schlussendlich besiegt. Ihren zu gedenken heißt für uns, ihren Kampf für eine freie und gerechte Welt fortzuführen. Wir erinnern uns noch alle sehr gut daran, wie der sogenannte Islamische Staat (IS) die europäischen Gesellschaften in Angst und Schrecken versetzt hat. Wir erinnern uns ebenso gut daran, wie diese Organisation einen Genozid an der êzîdischen Bevölkerung in Şengal verübt und fünftausend êzîdische Frauen misshandelt und auf Sklavenmärkten verkauft hat. Dass eine solche menschenverachtende Organisation heute nicht mehr auf dieselbe Weise im Mittleren Osten und auf der Welt ihr Unwesen treiben kann, ist in erster Linie den 13.000 Menschen zu verdanken, die im Kampf gegen den IS und ähnliche Gruppen ihr Leben gelassen haben. Gerade weil wir Menschen dazu neigen, schnell zu vergessen, wollte ich die Leser:innen hieran erinnern.

Tausende Verletzte und Gefallene im Kampf um Befreiung

Neben den 13.000 Gefallenen wurden rund 23.000 Menschen im Kampf um die Verteidigung Rojavas verletzt. Von diesen 23.000 Menschen haben etwa 5.000 nachhaltige körperliche Schäden oder Einschränkungen davongetragen. Diese 5.000 Menschen haben beispielsweise einen Arm, ein Bein, ihr Augenlicht verloren oder andere irreversible körperliche Schäden erlitten, die ihr Leben beeinträchtigen. Wir bezeichnen diese Menschen als »Gazî« (auf Deutsch in etwa »Kriegsversehrte«). Diese Gazîs haben eine wichtige Stellung in der Revolution von Rojava. Während in anderen Kriegen viele Menschen, die einen körperlichen Schaden davontragen, oftmals den Lebensmut verlieren, müssen sich die Gazîs in Rojava stets fragen, wie und in welcher Verantwortung sie fortan für die Revolution und die Gesellschaft arbeiten können. Die gegenseitige Unterstützung und Solidarität unter den Gazîs gibt ihnen nicht nur die Kraft, mit den neuen, erschwerten Lebensumständen klarzukommen. Sie ziehen aus diesem Zusammenhalt auch ihre Motivation, das Paradigma einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft zu vertiefen und umzusetzen. Ihre Verbundenheit mit den Ideen des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan strahlt auf die gesamte Gesellschaft aus und motiviert die Menschen, den Aufbau eines neuen Gesellschaftsmodells noch mehr und noch intensiver voranzutreiben.

Neuorganisierung der im Krieg Verletzten



Mizgîn İdris und andere im Krieg verletzte Kämpfer:innen erklärten, dass sie die Werte der Revolution weiter schützen werden. Foto: anha

Seit 2015 versuchen die rund 5.000 Gazîs in Rojava, aktiv nach diesen Grundsätzen zu arbeiten. Doch wie sieht diese Arbeit aus? Im Herbst 2015 wurde mit einem Kongress das »Rojava Gazî-Komitee« gegründet. Hier wurden auch die ersten Beschlüsse bezüglich der Arbeit der Gazîs gefasst. Zu den zentralen Entscheidungen gehörten das Vorantreiben ihrer Selbstorganisierung und die Durchführung ideologischer Bildungsarbeiten. Daneben wurde beschlossen, dass die Gazîs, die ja zum allergrößten Teil aus den militärischen Arbeiten kommen, sich nun in den Bereichen der Gesundheit, der Bildung und auf weiteren politischen und gesellschaftlichen Ebenen neu organisieren sollten. Um die beabsichtigte Selbstorganisierung voranzutreiben, wurden zunächst Zweigstellen des Gazî-Komitees in den Kantonen Rojavas gegründet. Anschließend wurden auch in allen Gebieten, die vom IS befreit wurden, weitere Zweigstellen gegründet. Diese Selbstorganisierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Ideen Öcalans in die gesamte Gesellschaft zu tragen. Aus diesem Grund haben die Gazîs zunächst ihren internen Bildungsarbeiten großen Wert beigemessen. Daneben sollte die Selbstorganisierung auch dazu beitragen, dass sie die Möglichkeiten schafft, ihre medizinischen Behandlungen weitgehend selbst zu organisieren. Zudem wurden drei ideologische und politische Akademien ins Leben gerufen. Darüber hinaus wurden langfristige Fortbildungsmaßnahmen im technischen und kulturellen Bereich entwickelt. Auch Bildungen für das Erlernen von Fremdsprachen wie Englisch oder Russisch sowie Kurse für die, die nicht lesen oder schreiben können, wurden begonnen. Diese Bildungsmaßnahmen verfolgen den Zweck, die Gazîs mit dem nötigen ideologischen und praktischen Wissen auszustatten, um in neue Arbeitsbereiche einsteigen und die Revolution auf diese Weise verteidigen zu können.

2019 wurden die bisherigen Arbeiten des »Rojava Gazî-Komitees« selbstkritisch reflektiert. Einer der zentralen Kritikpunkte war, dass die bisherige Praxis sich zu sehr auf Rojava beschränkt hatte. Ziel sollte fortan sein, noch stärker im gesamten Raum von Nord- und Ostsyrien aktiv zu werden und zugleich den Stimmen der Gazîs auch außerhalb der Grenzen Syriens Gehör zu verschaffen. Sie sollten zu einem wichtigen Sprachrohr des Freiheitskampfes in der gesamten Welt werden. Diese Diskussionen fanden auf dem Kongress vom 1. Juni 2019 ihren Höhepunkt. Hier wurde der Beschluss gefasst, dass die Arbeiten fortan unter dem Dach der neugegründeten »Gazi-Föderation Nord- und Ostsyriens« fortgeführt werden sollten. Es wurden neue Komitees gebildet und die bisherigen Arbeiten gestärkt. Die Praxis der Föderation umfasst seither die Bereiche der Diplomatie, Bildung, Gesundheit, Presse, Literatur, Kultur und Beziehungen zur Gesellschaft. Die Gazîs haben sich in diesen Bereichen organisiert und dadurch ihre Arbeiten vervielfältigt. Dem Komitee für die Beziehungen zur Gesellschaft wurde die Aufgabe übertragen, auch diejenigen Menschen zu organisieren, die von Geburt an oder durch die Anschläge des IS eine körperliche Beeinträchtigung haben. Auch diese Menschen sollten für die Gesellschaft wiedergewonnen werden.

Die Praxis hat mit der Gründung der Gazî-Föderation in 2019 ein neues Niveau erreicht. Die Gazîs haben unter Beweis gestellt, dass sie trotz körperlicher Versehrtheit keinen Schritt zurückweichen. Im Gegenteil, sie verteidigen die Revolution wie eh und je. Ihre Motivation und ihr Wille, mit denen sie sich in die neuen Arbeitsbereiche stürzen, steckt auch die Menschen in ihrem Umfeld an. Auf diese Weise nehmen die Gazîs auch weiterhin an vorderster Front ihren Platz in der Revolution ein. ♦

Die »Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte« HPC

Wo das Volk ist, ist auch die HPC

Interview mit dem Verantwortlichen der HPC Reşid Kobanê

Die Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte (Hêzên Parastina Civakî, HPC) stellen seit 2015 einen wichtigen Ausdruck der radikaldemokratischen Selbstorganisierung in Nord- und Ostsyrien dar. Sie sind das demokratische Gegenmodell zu staatlichen Sicherheitskräften. Sie schützen die Bevölkerung in den Stadtvierteln, Städten und Dörfern. Der Kurdistan Report sprach mit Reşid Kobanê, dem Verantwortlichen der HPC.

Die Gesellschaft in Rojava/Nordsyrien ist täglich Angriffen von Seiten der Türkei und ihren dschihadistischen Söldnern ausgesetzt. Welche Aufgabe haben darin die Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte HPC?

Es stimmt, dass der türkische Staat die in Rojava lebenden Völker mit repressiver Vergeltung angreift. Diese Angriffe sind nicht neu. Er verfolgt im Norden Syriens seit Beginn der Revolution eine Interventionspolitik. Als Syrien komplett in einen Bürgerkrieg stürzte, intervenierte er dort direkt. Er wollte eine Rolle spielen bei der Transformation Syriens, entscheidend sein, zumindest Einfluss nehmen auf die stattfindenden Veränderungen. Wenn es eine Veränderung geben soll, muss sie in seinem Interesse liegen, und das kurdische Volk hat keinen Platz in Syriens Zukunft, keinen Status. Die Politik der Vernichtung wird unverändert fortgesetzt. Denn als die Kriegsprobleme in Syrien begannen, der Islamische Staat (IS) angriff, begann auch der türkische Staat zu intervenieren, aber vor allem gegen Rojava.

Er bildete die dschihadistischen Banden im Namen der Koalition mit deren Mitteln und Geldern zunächst auf türkischem Boden aus und schickte sie dann nach Syrien in den Krieg, voll beladen mit Waffen und Munition. Die Dokumentation dieser Waffentransporte geschah in den türkischen Medien, das heißt, vor den Augen der Öffentlichkeit, und es ist bekannt, also alle wissen es. Dschabhat al-Nusra (die Al-Nusra-Front) war eine ihrer Hauptbanden. Besonders in der Region Rojava wurde in ihrem Namen zunehmend eingegriffen, aber es dauerte nicht lange, bis der ISIS/IS zur führenden Kraft wurde und diese Banden sich ihm auch anschlossen. Tatsächlich besteht kein realer Unterschied zwischen ISIS/IS und Dschabhat al-Nusra, er liegt einzig in der Definition. Spätere Söldnertruppen wie die Sultan-Murad-Brigade, die Nureddin-al-Zenki-Bewegung und andere wurden auch direkt vom türkischen Staat gegründet, organisiert und betrieben. Ihr Krieg wurde und wird bekanntlich auf dem Territorium Rojavas geführt.

Der Kobanê-Widerstand war ein historischer. Die IS-Banden hatten es brutal angegriffen, um Städte wie Kobanê, welche die Revolution voranbringen, den Händen der autonomen Verwaltung zu entreißen und jeden Fortschritt der Revolution zu verhindern. Das wurde in einer Rede des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan sehr deutlich. Die Revolution hörte jedoch nicht auf seine Rede und auf seine Bedürfnisse und breitete sich immer weiter aus. Die schweren IS-Angriffe wurden erfolgreich zurückgeschlagen und auch ihre Hauptstadt (Raqqa) wurde von ihrer Macht befreit. Ebenso wurden weitere befreite Gebiete in den Zugangsregionen Rojavas im Nordosten Syriens geschaffen. Der türkische Staat scheiterte mit seinem Ziel und das machte ihn wütend. Cerablus, al-Bab und Azaz wurden von ihm unter dem Stillschweigen internationaler Truppen besetzt. Und er setzte die Okkupation fort: in Efrîn, Serê Kaniyê und Girê Spî.

Zusammen mit zehntausenden Kämpfern griff hier der türkische Staat mit aller Kraft die Bevölkerung an. Flugzeuge, Hubschrauber, Panzer, Chemiewaffen – alle Arten von Waffen wurden dabei eingesetzt. Ziele waren nicht nur die Kräfte der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ, sondern hauptsächlich Zivilisten. Die Wucht der Angriffe in diesem Gebiet nahm nach der Besetzung nicht ab, und wo es der türkische Staat nicht selbst war, waren es seine Söldnertruppen: Tötungen, Entführungen, Raubüberfälle, Plünderungen und Vergewaltigungen in Minbîç, Til Rifat, Şehba, Efrîn, Ain Issa,

Til Temir und Zigran; kein Tag mehr ohne Bombenangriffe, ohne Tote oder Entführte.

Demgegenüber ist es die Pflicht der freiheitsliebenden Menschen, Land und Gesellschaft gegen Angriffe zu verteidigen. Jede Institution und jede Person ist für die Verteidigung des Landes verantwortlich. Dafür wurden die HPC im Kampf gegen den IS gegründet, wobei sie tausende Gefallene und Verletzte beklagen mussten. Bis zum letzten Angriff erfüllten sie ihre Pflicht, so unterstützten sie die demokratischen Verteidigungseinheiten.

Sie dienten auch als Wache in den von den IS-Banden befreiten Gebieten und sorgten dort für die Verteidigung und Sicherheit der Städte und Viertel. In der demokratischen autonomen Region haben sich die Rolle und die Zuständigkeiten der Institutionen im Laufe der Zeit verändert, wobei sich die Aufgabe des Schutzes noch weiterentwickelte. Die Revolution auszubauen und aufrechtzuerhalten ist eine historische Aufgabe, und auch die HPC sind mit ihren Fähigkeiten direkt beteiligt. Im Falle entsprechender Angriffe und Notwendigkeiten sind sie immer bereit. Heute haben die HPC die Pflicht, das Volk, das Land, die Institutionen, kurz die Werte der Revolution gegen die Angriffe der dschihadistischen Söldner und des türkischen Staates zu schützen. Sie fungieren als Augen und Ohren der Revolution und spielen eine Rolle bei der Entlarvung von geheimen und versteckten Zellen des Feindes. Sie schützen das Land und die Umwelt in befreiten Gebieten.

Es gibt jedoch immer noch die vom türkischen Staat besetzten Gebiete, in denen die Kontrolle den Dschihadisten überlassen wurde und die Bevölkerung meist unter dem Druck des Feindes steht. Natürlich sehen auch hier Menschen die Verantwortung für die HPC und deren Aufgaben. Zu diesen Bereichen können wir aber nichts sagen. Den Kampf gegen die Besatzer zu verstärken, den Feind in unserem Land zu bekämpfen, das sind unsere Hauptaufgaben. Diese Pflicht gilt auch für die besetzten Gebiete und die dort lebenden Menschen kennen auch ihre Arbeit, ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten.

Warum wurde diese Form der Selbstverteidigung gewählt und wie setzen sich die Kräfte zusammen?

Die HPC sind aus einer Not heraus entstanden. Als das syrische Regime an der Macht war und über die Region von Rojava bestimmte, war die zivile Verteidigung nicht auf demselben Niveau wie heute, aber sie operierte als eine Miliz zur Verteidigung des Volkes. Natürlich war die Organisation nicht öffentlich, sie hatte auch keine Zentren. Sie war nicht als Institution aufgebaut und ihre Organisierung war schwach. Als der IS angriff, wurden die Probleme deutlich. Es gab keine Ordnung, das System funktionierte nicht, die Zukunft war unklar. Menschenleben waren in Gefahr, ihre jahrelangen Anstrengungen wurden zunichtegemacht, ihre Häuser zerstört.



Fraueneinheit der Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte HPC-Jin in Hesekê/ Kanton Cizîrê. Foto: anf

Als die Dschihadisten die Städte Rojavas angriffen, wollten sie dort dasselbe tun wie in Syrien. In dieser Situation war man mit dem Problem des Schutzes konfrontiert. Wegen der Gebiete, in denen die Dschihadisten an Boden gewannen, einerseits wegen des Krieges, den sie gegen das syrische Regime führten, andererseits wegen der Angriffe auf die Zivilbevölkerung, den Morden, Entführungen, der Folter, Vergewaltigungen und des Raubes von Gemeinschaftseigentum, führte das aufgrund dieser Sicherheitsbedenken zum Aufbau der HPC.

Denn wo Gefahr besteht, ist es nötig, den Schutz der Gemeinschaft zu gewährleisten, dort bedarf es der Verteidigungsinstitutionen. Im Grunde wird eine solche Organisation nicht nur wegen stattfindender Angriffe gebraucht, sondern allein die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs legitimiert ihre Einrichtung. Große Staaten haben beispielsweise solche Institutionen etabliert. Je nach Situation sind sie neben der Verteidigung ebenfalls mit der Aufgabe betraut, bei Katastrophen zum Schutz der Menschen tätig zu werden. In einigen Ländern werden sie als Zivil- oder Heimatschutz bezeichnet. Natürlich ist die gesellschaftliche Situation ein Grund für die Schaffung einer solchen Institution, aber wesentlich ist das Verständnis von der Verteidigung der Bevölkerung und des Landes, und das ist allgemeingültig. Wenn das kurdische Volk sie vor der Revolution nicht gegründet hätte, gäbe es kein Grundwissen aus ihrer Tätigkeit und dem unter den Schwierigkeiten der Besatzung Gelernten. Diese Institution muss für die Zukunft geschützt und gestärkt werden, damit der Schutz des Landes und seiner

Menschen gesichert werden kann. Andererseits ist die Existenz der HPC kein Hindernis für die Sicherheitsinstitutionen wie die YPG/YPJ, sondern sie ergänzen sich.

Unter dem Schirm der HPC gibt es keine anderen Kräfte. Sie sind eine eigene Institution, mit einer eigenen Organisierung. Sie ziehen ihre Stärke und ihre Kraft im Grunde aus der Bevölkerung. Mit deren Verständnis ist die Selbstverteidigung autonom organisiert. An der Arbeit der HPC sind die Menschen aller gesellschaftlichen Sektoren, jung und alt sowie jeden Geschlechts beteiligt. Außer im Natur- und Umweltschutz gehören der Schutz historischer Stätten sowie landwirtschaftlicher Flächen und der Produktion ebenfalls zu den Aufgaben der HPC.

Das heißt natürlich nicht, dass sie zu keinen anderen Institutionen Beziehungen unterhalten. Sie sind dem Verteidigungsministerium der demokratischen Autonomie angegliedert. Sie sind wiederum mit den demokratischen Verteidigungskräften verbunden und haben koordinierte Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben. Den Anforderungen von z.B. Wirtschafts- und Landwirtschaftskommissionen entsprechend besteht mit diesen auch eine Zusammenarbeit.

Warum gibt es neben den YPJ/ YPG auch noch die HPC?

Die YPG/YPJ fungieren als Verteidigungs- und als militärische Kraft, sie erfüllen ihre Pflicht und tragen Verantwortung für das ganze Land. Sie sind militärisch organisiert, also professionelle Kräfte, mit rein militärischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Sie können nicht an den täglichen Angelegenheiten der Gesellschaft teilhaben, denn nicht alle Schutzaufgaben können von ihnen allein erfüllt werden. Die Verteidigung von Land und Bevölkerung ist eine umfassende Aufgabe.

Die HPC unterstützen die YPG/YPJ im Krieg. Sie ergänzen sich. Wenn die YPG/YPJ an vorderster Front kämpfen, übernehmen die HPC die Aufgabe, für die Sicherheit innerhalb der Städte zu sorgen. Die HPC sind täglich in den Kommunen präsent. Sie sind jederzeit und überall einsatzbereit, können also immer eingreifen. Innerhalb des Bereichs der Verteidigung kann durchaus auch eigene wirtschaftliche, landwirtschaftliche und organisatorische Arbeit erledigt werden. Kurz gesagt, die Funktionen jeder Institution sind unterschiedlich, eine ersetzt nicht die andere, sie können sich jedoch gegenseitig ergänzen.

Was ist die tägliche Arbeit der HPC? Was tun sie?

Öffentliche und alltägliche Aktivitäten sind miteinander verflochten. Aber auch wenn wir differenzieren, HPC-Zentren gibt es in jeder Stadt. Unsere Mitarbeiter in den Kommunen besuchen die Nachbarschaften und Gebiete in der Nähe unseres Zentrums nach Bedarf und bei Problemen. Denn die HPC stehen im Rahmen ihrer Arbeit in Kontakt mit der Bevölkerung und arbeiten auch gemeinsam mit ihr. Gemäß den Sicherheitsanforderungen finden Planung und Streifengänge gemeinsam mit den Asayîş [*Sicherheitskräfte der Autonomieverwaltung*] statt. Gemeinsam werden auch Kontrollschichten absolviert, das sind tägliche Aufgaben. Wenn die Asayîş für die Sicherheit bei Veranstaltungen sorgen, leisten die HPC gleichfalls ihren Teil. Der Schutz einiger Institutionen wird durch die HPC abgedeckt. Sie schützen jeden Tag Viertel und Straßen. Ebenso regelmäßig gibt es Bildungsmaßnahmen für ihre Mitglieder.

Männer und Frauen machen diese Arbeit gleichermaßen. Alle Patrouillen, der Schutz auf Demonstrationen, Kundgebungen usw. fallen in ihre Zuständigkeit. Frauen beteiligen sich an den Arbeiten, sie erhalten auch eine besondere Bildung, genauso nehmen sie an allen Verteidigungsmaßnahmen teil.

Nehmen alle Bewohner in den Stadtvierteln bzw. Dörfern an den HPC teil oder wie groß ist der Anteil der Zivilbevölkerung?

Der Schutz der Gemeinschaft ist die Pflicht der Bevölkerung selbst. Der Name unserer Organisation gibt dies wieder. Es stimmt, wenn wir sagen, dass die HPC von der Gesellschaft aufgebaut wurden. Damit ist dann auch die gesamte Gesellschaft gemeint. Mann und Frau, Oma und Opa, von jung bis alt können alle ihren Platz in der Verteidigung und der Organisation der HPC einnehmen. Zu unseren Mitgliedern zählen beispielsweise Ärzte, Landwirte, Politiker, Arbeiter, Schüler, Hausfrauen, kurz Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und können sich an unserer Arbeit beteiligen. Darum ist es nicht falsch, wenn wir sagen, die HPC sind das Volk.

Die Teilnahme ist zahlreich. Es gibt fast keine Dörfer oder Nachbarschaften, in denen die HPC nicht organisiert sind. Diejenigen, die die Verteidigung des Landes als ihre Pflicht ansehen, klopfen an unsere Tür. Wie bereits erwähnt, es gibt einige Menschen, die nicht ihre tägliche Arbeit aufgeben und an professionellen militärischen Arbeiten teilnehmen können, aber einen Platz in den HPC finden alle.

Auf die Frage, wie viele in den HPC organisiert sind, können wir keine Zahl nennen. Aber wir können sagen, dass es dort, wo das Volk ist, auch die HPC mit ihrer Kraft gibt. ♦

Hier wird um die Existenz gekämpft …

Die Situation der Kurd:innen unter Präsident Ebrahim Raisi

Rezgar Rawshani, Analyst und politischer Aktivist

Im Augenblick durchlebt der Nahe und Mittlere Osten grundlegende Veränderungen. Offenbar versucht die Islamische Republik Iran, ihre Krisen und die politische und soziale Sackgasse zu überwinden. Dafür betätigt sie sich an militärischen Interventionen und verfolgt das Projekt der strategischen Tiefe (Aufbau eines sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Netzwerks aus schiitischen Gruppen im Libanon, Irak und Syrien). Im Gegensatz zu den totalitären Positionen des Regimes, die darauf abzielen, die Herrschenden als stark und handlungsfähig erscheinen zu lassen, ist das System sowohl im wirtschaftlichen, sozialen als auch im Verwaltungs- und Sicherheitsbereich des Landes zunehmend mit Krisen konfrontiert. Unter anderem haben breite Proteste und oppositionelle Bestrebungen gegen die iranische Regierung ein explosives Niveau erreicht und entwickeln sich zur Achillesferse des Regimes.

Außenpolitische Isolation

Auch in der Außenpolitik verändern sich regionale Gleichungen und ihre Bestimmungsfaktoren zu Ungunsten der Islamischen Republik Iran. Das US-Abkommen mit der Terrorgruppe Taliban und der grundlegende Wandel in Afghanistan mischten die Karten für die Position des Iran im Mittleren Osten neu.

Die Machtübernahme der sunnitischen Regierung im Irak, die sich als Opposition zur schiitischen Regierung des Iran versteht, die Änderung der US-Militärstrategie in der Region bis hin zu dem Versuch, jenseits der Kriegsökonomie Formen der Dominanz im Nahen Osten zu entwickeln, haben die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die USA in Zukunft mehr auf ihre »politischen Arme« wie Israel oder Saudi-Arabien setzen sowie auf marktwirtschaftliche Reformpolitiken und die Weltbank, um die Entwicklung des Regimes zu blockieren.

Zudem ist die iranische Regierung mit dem Expansionismus der neoosmanischen Regierung der Türkei mit ihren Bestrebungen, ihr Territorium bis zu den Grenzen des ehemaligen Osmanischen Reiches auszudehnen (Misak-ı Millî, Nationalpakt), konfrontiert. Dies bedroht die territoriale Integrität des Iran und die politischen und kulturellen Interessen des Regimes.

Außerdem hat sich durch die Sanktionen der USA und das Drängen der sog. Internationalen Gemeinschaft – allen voran Europas – zur Rückkehr zum Atom-Abkommen und zum Beitritt zur FATF (Financial Action Task Force (on Money Laundering)) der Druck auf den Iran erheblich verstärkt.

Es ist schwer vorstellbar, dass das theokratische Regime des Iran dieser inneren Krise und der fragilen äußeren Situation auf Dauer gewachsen ist. Um diese verfahrene Situation zu überwinden, strebt die Islamische Republik Iran dennoch weiterhin eine stärkere Einflussnahme in der Region an.

Sie verfolgt einen interventionistischen Ansatz unter Einbeziehung militärischer Aktivitäten. Ein Beispiel hierfür ist die Annäherung an Russland und China im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Hierbei versucht der Iran, die eigenen politischen und rechtlichen Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig sollen Hindernisse für die Umsetzung von außenpolitischen Vorhaben wie dem Aufbau der »Widerstandsfront«[1] und dem »schiitischen Halbmond«[2] überwunden werden.

In diesem Zusammenhang greift die Islamische Republik Iran die US-Interessen im Irak und in Südkurdistan (Nordirak) durch ihre verbündeten Streitkräfte an und verfolgt eine Politik, welche auf den Abzug der US-Truppen abzielt.

---

1 Als »Widerstandsfront« wird hier die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von Staaten verstanden, die sich gegen Israel und die USA behaupten wollen (Iran, Syrien, Libanon und die Rebell:innen in Jemen).

2 Unter dem Begriff »schiitischer Halbmond« werden die Länder zusammengefasst, die eine schiitische Mehrheit oder einen hohen Anteil von Schiit:innen in ihrer Bevölkerung haben. Dazu zählen nicht nur die Länder Iran und Irak, sondern auch Bahrain, der Libanon und Aserbaidschan.

Auch die ostkurdischen Parteien sind verstärktem Druck ausgesetzt

Der Mangel an angemessenen Lebensbedingungen und fehlende soziale Stabilität schaffen eine Spaltung zwischen den Völkern des Iran, weil die Islamische Republik keine Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen trifft. Die grundlegenden Bedürfnisse nach Gesundheit und Bildung, die Fragen der Arbeitslosigkeit, der sozialen Sicherheit, Eindämmung der Prostitution und der Drogensucht werden nicht angegangen. Das System ist selbst zum Ausgangspunkt der Krisen geworden.

Neben diesen gesamtstaatlichen Problemen ist das kurdische Volk in Ostkurdistan (Westiran) wegen der militaristischen Herangehensweise des Regimes mit Problemen der systematischen Unterentwicklung und dem Mangel an sozialen Dienstleistungen konfrontiert, was die iranische und ostkurdische Gesellschaft an den Rand des sozialen Zerfalls bringt.

Aufgrund dieser sozialen Krisensituation hat vor kurzem eine neue Phase von Drohungen und Angriffen der Islamischen Republik Iran gegen die Stützpunkte der kurdischen Parteien in Ostkurdistan (PJAK, Komala, Demokrat:innen) innerhalb und außerhalb der Grenzen begonnen. Die Islamische Republik hat eine lange Geschichte solcher militärischen Ansätze in mehr als vier Jahrzehnten des Engagements für die »Lösung der Kurdenfrage«.

Aber es scheint, dass die Revolutionsgarden als faktische Besatzungsmacht nach der Bildung der konservativen Regierung und der Gleichschaltung aller Kräfte dieses Regimes mehr praktische Möglichkeiten zur Umsetzung seiner Militärpolitik erhalten als je zuvor.

In seiner Antrittsrede behauptete der neue Präsident des Iran, Ebrahim Raisi, die zweite Phase der Islamischen Revolution im Iran habe begonnen. Das Regime sei bestrebt, im In- und Ausland dauerhafte Sicherheit zu schaffen und den national-religiösen Staat weiterzuentwickeln.

Nach den Äußerungen von Ebrahim Raisi sind wir im vergangenen Monat Zeuge von Drohungen seitens des Kommandeurs der Landstreitkräfte der Revolutionsgarden, Mohammad Pakpour, bei einem Besuch der Stützpunkte des iranischen Besatzungsregimes in Ostkurdistan geworden. Diese Drohungen wurden vom Generalstabschef der iranischen Streitkräfte Mohammad Hossein Bagheri wiederholt und markierten damit den Beginn einer neuen Ära der antikurdischen Stimmung des tyrannischen Regimes im Iran.

Nach diesen Erklärungen der politischen und militärischen Funktionäre des Regimes haben die Revolutionsgarden große Truppenverbände an die Ost- und Südgrenze Kurdistans entsandt, um die kurdischen Parteien anzugreifen. Vor einiger Zeit verübte das iranische Regime Artillerieangriffe auf Stellungen der PDK-Iran in der Region Bradost in Südkurdistan.

Die Rolle der südkurdischen Regionalregierung

Inzwischen erleben wir diplomatischen Verkehr zwischen den Regierungen des Iran, Irak und der südkurdischen Regierung mit dem Ziel, Vereinbarungen zur Unterdrückung der Freiheitsbewegung des kurdischen Volkes in Ostkurdistan zu treffen.

Die Rolle und das Ziel der Regierungen der Besatzungsstaaten Kurdistans sind offensichtlich, aber was die öffentliche Meinung Kurdistans beunruhigt und zu anhaltender Kritik führt, ist die Rolle der Verantwortlichen der südkurdischen Regionalregierung, welche als Akteur dieses diplomatischen Dreiecks auftritt, um für den »Hintermann« Iran geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die der kurdischen Bevölkerung und ihren Interessen Schaden zufügen sollen.

Am 15. August dieses Jahres reiste eine Delegation der Regionalregierung Kurdistans unter der Leitung von Nêçîrvan Barzanî nach Teheran, um an der Vereidigungszeremonie von Ebrahim Raisi teilzunehmen. Bei bilateralen Gesprächen sagte Barzanî, dass sie bei allen Problemen die iranische Regierung an ihrer Seite sahen und ihnen somit Dank schulden. Er betonte, dass sie der Sicherheit des Iran gegenüber loyal sind und sich als einen Teil der Islamischen Revolution begreifen. Natürlich ist es im Rahmen internationaler Beziehungen üblich und rechtens, sein Engagement für die Sicherheit eines Nachbarlandes zu beteuern, aber diese Äußerungen stehen zweifellos im Widerspruch zu den Interessen des kurdischen Volkes.

Vor dem Treffen traf sich eine Delegation des Politbüros der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) mit Vertretern aus Politik und Sicherheit des iranischen Regimes, um die Lage im Irak und in der kurdischen Region zu erörtern. Der Inhalt dieser Vereinbarungen wurde zwar nicht bekanntgegeben, aber nach Barzanîs Äußerungen wurde deutlich, dass sich damit die Situation des kurdischen Volkes, insbesondere in Ostkurdistan, verschlechtern wird.

Vor einiger Zeit bat Ali Shamkhani, Sekretär des Obersten Sicherheitsrats des iranischen Regimes, bei einem Treffen mit dem irakischen Premierminister Mustafa Al-Kadhimi um die Entwaffnung der kurdischen Parteien. Entweder soll das Betätigungsfeld dieser Parteien außerhalb der Grenzen des Irak ver-

legt werden, ähnlich dem Szenario der Abschiebung der MEK[3] in die Balkanländer, oder die Entwaffnung und Unterwerfung dieser Parteien und damit die Säuberung und Beseitigung der Kämpfe für die Befreiung der kurdischen Nation ist geplant.

Aber dafür braucht die Islamische Republik Iran zweifellos die Hilfe der Regionalregierung Kurdistans und der irakischen Zentralregierung: offenbar wurde das bei den jüngsten Treffen koordiniert.

Freiheitskampf als Selbstverteidigung

Erwähnenswert sind auch die medienpolitischen Aktivitäten der iranischen Regierung zur Fortsetzung der Kriegspolitik zur Terrorisierung der kurdischen Befreiungsbewegung. Die iranische Regierung will der iranischen Gesellschaft einreden, dass diese Parteien und Bewegungen die Ursache der Unterentwicklung Ostkurdistans sind. Diese Sicherheits- und Geheimdienstpolitik des iranischen Regimes hat bewusst oder unbewusst Auswirkungen auf einen Teil der intellektuellen Elite, regimenahe Akademiker:innen im Ausland und das reformistische Spektrum.

Dieser Personenkreis verhält sich so, als ob er die Konzepte und die Haltung der Islamischen Republik Iran in Bezug auf die Gesellschaft Kurdistans oder die Geschichte ihres Besatzungsregimes in Kurdistan nicht kennen würde.

Diese Personen verhalten sich so, als hätten sie vergessen, dass Khomeini durch das Rezitieren von »Ashda Ali al-Kafar Rahmaha Binham« am 19. August 1979 den Dschihad erklärte und tausende Menschen, Politiker:innen wie Zivilist:innen, ohne das Recht auf ein faires Verfahren hingerichtet wurden und dass dieser Rechtsspruch noch heute in Kraft ist.

Aufgrund eben dieser Politik des Regimes wurde der bewaffnete Kampf zur existenziellen Notwendigkeit, um sich vor weiteren Massakern und »Säuberungen« zu schützen; die Kurd:innen hatten keine Wahl. Der bewaffnete Widerstand ist deshalb als legitime Selbstverteidigung anzusehen und im Einklang mit internationalem Recht.

Der Ansatz des bewaffneten Kampfes der kurdischen Parteien ist tief mit anderen Bereichen des sozialen und zivilen Kampfes verflochten: Am 8. September 2018 griff die Revolutionsgarde den Stützpunkt der PDK-Iran in der Nähe von Hewlêr an. Zur gleichen Zeit gab es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der PJAK und der IRGC (Iranische Revolutionsgarde) in der Şaho-Region, in deren Verlauf mehrere Guerillakämpfer:innen getötet wurden. Zeitgleich wurden die drei politischen Häftlinge Zanyar Moradi, Luqman Moradi und Ramin Hossein Panahi hingerichtet. Diese kurdenfeindlichen Handlungen des Iran stießen bei der Zivilgesellschaft auf Widerspruch, weshalb diese dem Aufruf der kurdischen Parteien zum Generalstreik folgte und sich beteiligte.

Diese und andere Beispiele, wie der Generalstreik nach der Hinrichtung von Farzad Kamangar, Farhad Vakili, Shirin Alamhouli und Ali Heidarian[4] am 9. Mai 2010, sind ein Zeichen dafür, dass der Freiheitskampf der kurdischen Parteien in der Region und die Zivilgesellschaft eng miteinander verbunden sind.

Diese Freiheitsbewegung hat zur Entwicklung des politischen Bewusstseins und der Organisierung der kurdischen Zivilgesellschaft beigetragen. Hier wird um die Existenz gekämpft, anstatt durch Kapitulation die Vernichtung und Massakrierung zu akzeptieren.

Während der Präsidentschaft von Ebrahim Raisi sind die Rechte der iranischen Völker, insbesondere des kurdischen Volkes in Ostkurdistan und seiner Befreiungsbewegung, mehr denn je bedroht. Deswegen sind internationale Solidarität und Aufmerksamkeit für die Situation der iranischen Gesellschaft, insbesondere der sozialen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kämpfe der Kurd:innen, sehr wichtig. Die religiös-faschistische Regierung des Iran versucht, Menschenrechtsverletzungen und den Mangel an Demokratie in der iranischen Gesellschaft zu verschleiern, indem sie die öffentliche Meinung der internationalen Gemeinschaft auf ihre Streitigkeiten mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und der EU lenkt. Sie versucht, sich ihrer Verantwortung gegenüber den sozialen und politischen Problemen zu entziehen, indem sie in Fragen der Sicherheit und Außenpolitik Vereinbarungen mit diesen Regierungen trifft. ♦

---

3 Mojahedin-e-Khal (MEK), meist »Volksmudschahedin« genannt. Weil das Leben der MEK-Mitglieder seit dem Sturz Saddam Huseins immer öfter durch iranische Raketenangriffe gefährdet wurde – Teheran betrachtet die MEK als Terrororganisation –, bemühten sich die mit den MEK verbündeten Amerikaner jahrelang um einen Bleibeort. Letztendlich erklärte sich das NATO-Land Albanien, der treueste Verbündete der USA auf dem Balkan, bereit, mehr als 3.000 MEK-Anhänger:innen aufzunehmen.

4 Sie alle saßen wegen »Gefährdung der nationalen Sicherheit« und »Feindschaft zu Gott« im Zusammenhang mit der Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) im Gefängnis und waren nach unfairen, nur wenige Minuten dauernden Verfahren zum Tode verurteilt worden.

Öcalans Paradigma:

Die Revolution neu definieren

Meral Çiçek, vom kurdischen Frauenbüro REPAK

Im Allgemeinen wird »Revolution« als eine plötzliche, absolute oder deutliche Veränderung einer Sache definiert. In der Politikwissenschaft ist eine Revolution (lateinisch: revolutio, »Umdrehung«, wörtlich: »das Zurückwälzen«) ein grundlegender und relativ plötzlicher Wandel der politischen Macht und der politischen Organisation, der eintritt, wenn sich die Bevölkerung gegen die Regierung auflehnt, in der Regel aufgrund von wahrgenommener Unterdrückung oder politischer Inkompetenz.

Es gibt verschiedene Definitionen, je nach ideologischer Sichtweise.

Als eine Gruppe linker StudentInnen und ArbeiterInnen aus Kurdistan und der Türkei unter der Führung von Abdullah Öcalan in den 1970er Jahren begann, sich zu organisieren, wurde die Revolution im Lichte der marxistischen Theorie definiert. In dem Manifest »Der Weg der Revolution Kurdistans«, welches von Abdullah Öcalan im Sommer 1978 verfasst wurde, wird als Ziel der Revolution die »Schaffung eines unabhängigen, vereinigten und demokratischen kurdischen Staates« definiert. Mit der Schaffung eines demokratischen Kurdistans [*Demokratische Volksrepublik*] meinten sie damals, die Befreiung aller gesellschaftlichen Strukturen zu gewährleisten. Dazu sei zunächst eine »nationale demokratische Revolution« und dann eine »sozialistische Revolution« notwendig. Nach ihrem damaligen Verständnis würde Kurdistan, nach der Beseitigung des Kolonialismus in allen Lebensbereichen, den Weg zu einer eigenständigen Entwicklung im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich beschreiten können. Die Revolution Kurdistans wurde als Teil der Weltrevolution des Proletariats gesehen, die mit der Oktoberrevolution begonnen hatte und mit den nationalen Befreiungsbewegungen immer stärker wurde.

Mit der Zeit änderte sich das Verständnis von Revolution innerhalb der »ArbeiterInnenpartei Kurdistans« (PKK) radikal. Die Neudefinition der Revolution beruhte vor allem auf Öcalans Kritik am Positivismus und seinen Analysen von Staat, Macht und Gewalt. Während – wie erwähnt – das Ziel der Revolution in Kurdistan als die Schaffung eines unabhängigen, vereinigten und demokratischen Staates definiert wurde, setzte sich Öcalan mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunehmend kritisch mit Staat und Macht auseinander. Dieses Umdenken manifestierte sich in Öcalans Gefängnisschriften nach seiner Gefangennahme 1999 und in seinem im Gefängnis entwickelten Paradigma von Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung.

Öcalan analysiert die fünftausendjährige Geschichte der staatlichen Zivilisation als Macht- und Kapitalakkumulation. Während er früher davon überzeugt gewesen war, dass die Gründung eines unabhängigen Staates, in dem sich KurdInnen selbst verwalten, die Frage der Freiheit lösen würde, kam er später zu dem Schluss, dass der Staat als Struktur, die ständig Machtverhältnisse reproduziert, im Widerspruch zur Freiheit steht. Das Konstrukt Staat kann keine Hilfestellung auf dem Weg zur Freiheit geben, da es Ausdruck von Macht und Herrschaft ist. Aus diesem Grund änderte die PKK ihre Strategie und verfolgte nicht mehr das Ziel, einen kurdischen Nationalstaat zu gründen, sondern entwickelte stattdessen das Modell des demokratischen Konföderalismus.

Die »moralisch-politische Gesellschaft«

Öcalans Analyse der fünftausendjährigen Geschichte von Staat und Macht ist äußerst umfassend und wird von ihm in einigen Büchern deutlich ausgeführt. Daher werde ich mich auf die Aspekte konzentrieren, die mit seinem Verständnis von Revolution zusammenhängen. In seinem Buch »Soziologie der Freiheit« [*aus dem Jahr 2008*] erklärt Öcalan, dass die wichtigste Rolle von Staat und Macht darin bestünde, »die Gesellschaft zu schwächen und sie ihrer Fähigkeit zu berauben, sich selbst zu verteidigen, indem sie dafür sorgen, dass das moralische und politische Gefüge der Gesellschaft, d. h. ihre Existenzgrundlage, kontinuierlich geschwächt wird, bis sie ihre Rolle nicht mehr spielen kann«.

Die »moralisch-politische Gesellschaft« ist eines der zentralen Prinzipien in Öcalans Denken. Für ihn stellt die moralisch-politische Gesellschaft den, wie er ihn nennt, natürlichen Zustand der Gesellschaft dar. Das bedeutet, dass er mit den positivistischen Kategorisierungen der Gesellschaft entsprechend ihren Produktionsverhältnissen bricht. Gemäß der marxistischen Theorie des historischen Materialismus zum Beispiel durchlaufen Gesellschaften sechs Stadien: die primitive kommunistische, die SklavInnenhalter-, die feudale, die kapitalistische, die sozialistische und schließlich die staatenlose kommunistische Gesellschaft. Es ist wie gesagt nur eines von vielen Beispielen, andere Konzepte inkludieren weitere Stadien wie die Industriegesellschaft usw.

Nach Öcalans Ansicht kann eine Gesellschaft ohne Staat, Klasse, Ausbeutung, Stadt, Macht oder Nation existieren, aber eine Gesellschaft ohne Moral und Politik ist undenkbar.

Nach Öcalans Ansicht kann eine Gesellschaft ohne Staat, Klasse, Ausbeutung, Stadt, Macht oder Nation existieren, aber eine Gesellschaft ohne Moral und Politik ist undenkbar. Sie kann nicht bestehen, wenn sie die Schlüsselbereiche Moral und Politik nicht ausleben kann. Die grundlegende Aufgabe der Moral besteht darin, die Gesellschaft mit den Regeln auszustatten, die für ihr Fortbestehen notwendig sind, und sie in die Lage zu versetzen, diese Regeln umzusetzen. Die Rolle der Politik besteht darin, die Gesellschaft mit den notwendigen moralischen Regeln auszustatten und in einem Prozess der ständigen Diskussion über die Mittel und Methoden zu entscheiden, die zur Befriedigung der grundlegenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Gesellschaft erforderlich sind.

Jede Gesellschaft, die die Regeln für ihre Existenz und die Fähigkeit sie umzusetzen verliert, wird zu einer Herde von Tieren und kann dann leicht missbraucht und ausgebeutet werden. Nach Öcalan besteht der grundlegende Zweck der Macht und des Staates darin, die Gesellschaft daran zu hindern, ihre moralische und politische Kraft, die beiden grundlegenden Strategien für ihre Existenz, zu nutzen und sie jederzeit durch Gesetz und HerrscherInnen zu ersetzen. In seinen Worten:

»Historisch gesehen haben Macht, die Staatsapparate und -beziehungen immer das Recht anstelle der sozialen Moral eingesetzt und die staatliche Verwaltung anstelle der Sozialpolitik durchgesetzt. Dies ist notwendig, um die Akkumulation von Kapital und das Monopol der Ausbeutung zu sichern. Jede Seite im Buch der fünftausendjährigen Geschichte der Zivilisation ist voller Beispiele dafür, wie die moralische und politische Fähigkeit der Gesellschaft gebrochen und durch das Gesetz ersetzt wird und wie die Verwaltung von den Monopolen des Kapitals abgelöst wird.«

Man könnte sich fragen, was soziale Moral und soziale Politik mit der Revolution zu tun haben. Um dies verständlich zu machen, versuche ich Moral und Politik nach dem Verständnis Öcalans zu definieren.

Für Öcalan bedeutet Moral so viel wie »soziales Gewissen«. Er unterstreicht, dass für 98 Prozent der Geschichte nicht Gesetze, sondern moralische Regeln galten. Deshalb verwendet er den Begriff der moralischen Gesellschaft. Er definiert Moral als den besten Weg, um die Grundbedürfnisse des Lebens zu befriedigen. Moral bezieht sich darauf, dass alle sozialen Aktivitäten, insbesondere die wirtschaftlichen Bemühungen, in positiver Weise durchgeführt werden. Somit ist alles, was sozial ist, moralisch und alles, was moralisch ist, sozial. Die Politik, als direkte Demokratie, ist somit in Wirklichkeit die Moral selbst. Die Quelle der Moral (und der Demokratie) sind der kollektive Geist der sozialen Praxis und seine Fähigkeit zur Arbeit. Im Zuge des Zivilisationsprozesses wurde die Moral durch staatliche Normen ersetzt, wodurch es zu einer Erosion der moralischen Gesellschaft kam. In allen zivilisierten Gesellschaften schrumpften der Umfang und die Bedeutsamkeit der Moral (wie auch der direkten Demokratie) und das Gewicht des Rechts nahm zu.

Das Wesen von demokratischer Politik

Kommen wir zur Definition Öcalans von Politik. Er unterstreicht, dass Politik und Staat nicht ein und dasselbe sind; im Gegenteil, sie stehen in offenem Widerspruch zueinander. Staat und Macht sind die Negation der Politik. Für Öcalan ist Politik im Wesentlichen ein Akt der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratisierung, der notwendig ist, damit eine moralische und politische Gesellschaft unter allen Umständen ihr Wesen oder ihre Existenz bewahren kann. Das Wesen der demokratischen Politik lässt sich in folgenden Aufgaben zusammenfassen: ihre moralischen Prinzipien umsetzen, jede politische Diskussion über ihre grundlegendsten Bedürfnisse führen und jede Entscheidung treffen. Die Hauptaufgabe der demokratischen Politik besteht darin, das freie Funktionieren der moralischen und politischen Gesellschaft wiederherzustellen. Die Schlussfolgerung ist, dass Politik, Freiheit und Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen. Er sagt: »Wenn die Freiheit der Raum ist, in dem sich die Politik ausdrückt, dann ist die Demokratie die Art und Weise, in der die Politik in diesem Raum ausgeübt wird.«

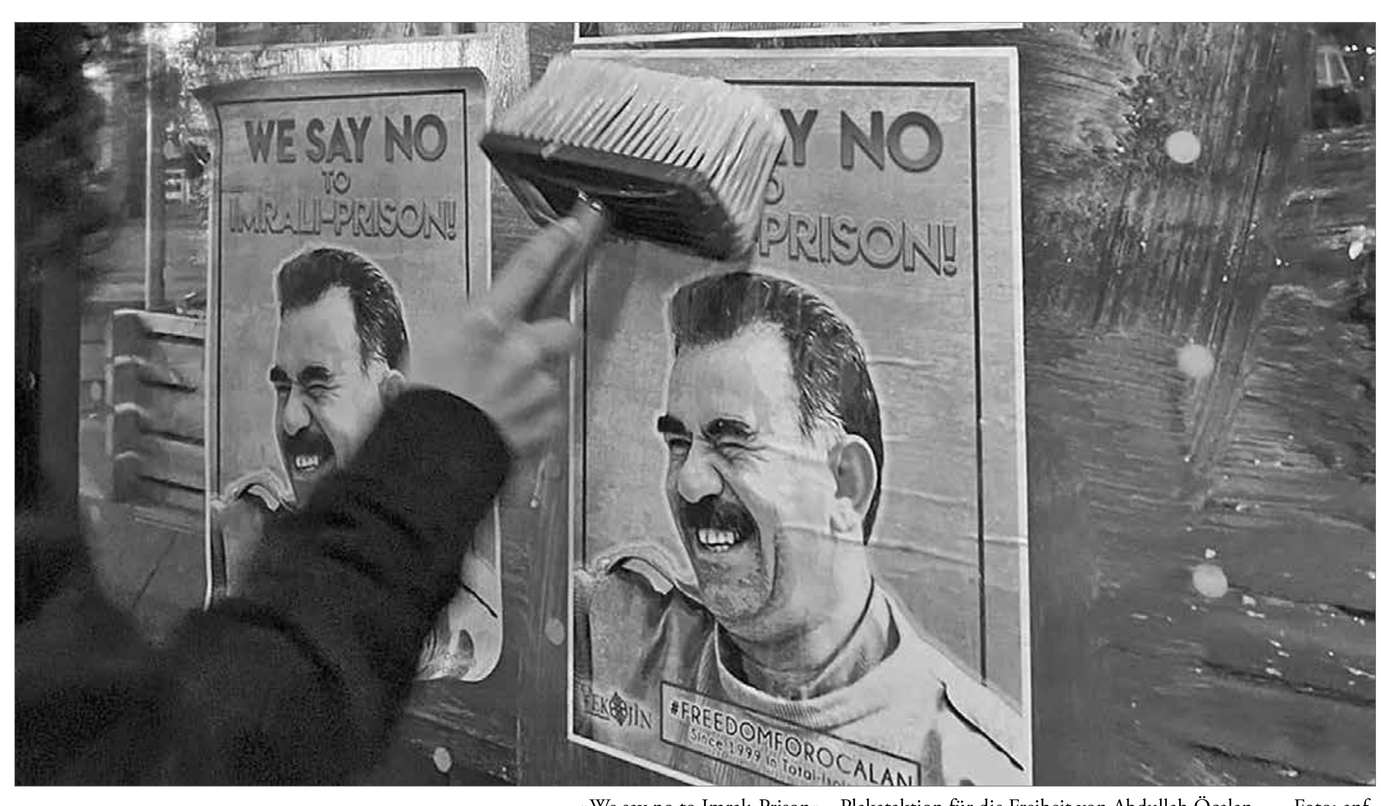
Rolle und Aufgabe der RevolutionärInnen

Wenn Öcalan von der moralischen und politischen Gesellschaft spricht, dann spricht er nicht von prähistorischen Zeiten. Er spricht über den natürlichen Zustand der gesellschaftlichen Natur, der ständig gelebt wird und bestehen bleibt, solange die Existenz der Gesellschaft nicht endet. Mit David Graebers Worten: »Die moralische und politische Gesellschaft existiert als verdrängtes Substrat in allen Gesellschaften.« Die Aufgabe der Politik ist es, diese Existenz frei, gleich und demokratisch zu machen. Dies ist die Gesellschaft, deren Verwirklichung er anstrebt. Denn in seinem Paradigma ist die moralische und politische Gesellschaft die freieste und demokratischste Gesellschaft. Ein funktionierendes moralisch-politisches Gefüge und seine Organe sind die entscheidende Dynamik, um die Gesellschaft nicht nur zu befreien, sondern sie auch frei zu halten. Denn hier werden Individuen und Gruppen zu Subjekten.

Öcalan: »Revolutionen sind Formen sozialen Handelns, zu denen man greift, wenn die Gesellschaft ernsthaft daran gehindert wird, ihre moralische und politische Funktion frei auszuüben und zu erhalten. Revolutionen können und sollten von der Gesellschaft nur dann als legitim akzeptiert werden, wenn sie nicht darauf abzielen, neue Gesellschaften, Nationen oder Staaten zu schaffen, sondern die Fähigkeit der moralischen und politischen Gesellschaft, frei zu funktionieren, wiederherzustellen.«

Demnach ist es die Rolle und Aufgabe der RevolutionärInnen, zur Entwicklung der moralischen und politischen Gesellschaft beizutragen: »Revolutionäres HeldInnentum muss seinen Sinn in seinem Beitrag zur moralischen und politischen Gesellschaft finden. Jede Handlung, die diesen Sinn nicht hat, unabhängig von ihrer Absicht und Dauer, kann nicht als revolutionäres soziales HeldInnentum definiert werden. Was die Rolle der Einzelnen in der Gesellschaft im positiven Sinne bestimmt, ist ihr Beitrag zur Entwicklung der moralischen und politischen Gesellschaft.«

Öcalan kritisiert das Verständnis und die Praxis des Revolutionismus als »Social Engineering«. Er kritisiert das Selbstverständnis der RevolutionärInnen, die sich als freie Subjekte sehen, die das kapitalistische System überwunden haben, und das Volk objektivieren, das vom System befreit werden soll. In der Praxis vieler revolutionärer Bewegungen sehen wir, dass die soziale Revolution als ein Kleid gesehen wurde, das die Gesellschaft tragen sollte. Wir sehen, dass viele KaderInnen sich nicht als Teil der sozialen Frage erkannt haben und



»We say no to Imralı-Prison« – Plakataktion für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: anf

sich von der Gesellschaft abgekoppelt haben, als ob sie nicht in ihr sozialisiert worden wären und als ob sich das System nicht in ihrem Denken und Handeln reproduzieren würde. Ein weiterer Punkt des Social Engineering ist der Glaube, dass man für die Gesellschaft entscheiden kann, dass man weiß, was die Bedürfnisse der Gesellschaft sind, dass man besser als die Gesellschaft weiß, was gut oder schlecht für sie ist, und dadurch die Gesellschaft ihrer Entscheidungsmacht beraubt. Ein solches Verständnis und eine solche Praxis können nicht als »Befreiung der Gesellschaft« angesehen werden. Im Gegenteil, dieses Verständnis dient dazu, neue Machtverhältnisse und Hierarchien zu schaffen, und reproduziert damit das System, das man eigentlich bekämpft. In diesem Zusammenhang unterstreicht Öcalan auch, dass »Versuche des Social Engineering Teil dessen sind, was der Liberalismus tut, um Kapital und Machtmonopole zu schaffen«.

Dieses falsche Verständnis von Revolutionismus hat die kurdische revolutionäre Bewegung unter der Führung der PKK viele Jahre lang beeinflusst und tut es immer noch. So wurde innerhalb der kurdischen revolutionären Bewegung jahrelang der Begriff »Schaffung einer neuen Gesellschaft« oder »Schaffung einer freien Gesellschaft« verwendet. Doch in seinem Buch »Soziologie der Freiheit« kritisiert Öcalan diesen Begriff und das dahinterstehende Verständnis. Er sagt: »Revolutionen können nicht als die Wiedererschaffung der Gesellschaft interpretiert werden. Revolutionen können nur insoweit als soziale Revolutionen definiert werden, als sie die Gesellschaft von der übermäßigen Last des Kapitals und der Macht befreien.« Und für ihn besteht der einzige Weg, dies zu erreichen, im Kampf gegen Faktoren, die die Entwicklung und das Funktionieren des moralischen und politischen Gesellschaftsgefüges verhindern. In diesem Sinne kann die Aufgabe der RevolutionärInnen nicht darin bestehen, selbst irgendein Gesellschaftsmodell zu schaffen, sondern vielmehr darin, zur Entwicklung einer moralischen und politischen Gesellschaft beizutragen.

Die demokratische Moderne

Kommen wir nun zu einem weiteren wesentlichen Bestandteil von Öcalans Kritik. Er erkennt das große Erbe an, das alle Revolutionen der Neuzeit hinterlassen haben. Aber er unterstreicht, dass ihr größtes Defizit darin bestand, dass sie nicht in der Lage waren, eine alternative Modernität zu festigen. Deshalb konnten sie nicht verhindern, dass sie mit der kapitalistischen Moderne dramatisch verschmolzen. Er ist der Ansicht, dass der wissenschaftliche Sozialismus, insbesondere die Oktoberrevolution und die chinesische Revolution, nicht die Kraft hatte, die materiellen Kulturstrukturen der kapitalistischen Moderne (wirtschaftliche, soziale und politische Institutionen) und deren Denkweise und wissenschaftliche Welt zu überwinden.

Die Schlussfolgerung aus dieser Kritik ist, dass Revolutionen auf den materiellen und nichtmateriellen Strukturen eines alternativen Modernitätsverständnisses basieren müssen. In Öcalans Paradigma und Konzeption ist dies die demokratische Moderne. Die Neudefinition der Revolution innerhalb der PKK basiert auf einem Neuaufbau gemäß den Konzepten und der Theorie der demokratischen Moderne.

In der Theorie von Öcalan ist die demokratische Moderne als ein spezifischer Begriff für die letzten 400 Jahre demokratischer Zivilisation zu verstehen. Sie existiert als Gegenpol immer und überall dort, wo Netzwerke der kapitalistischen Moderne [die letzten 400 Jahre der klassischen Zivilisation] zu finden sind. Öcalan: »Ob erfolgreich oder nicht, ob frei oder versklavt, ob von Ähnlichkeit oder Vielfalt geprägt, ob der Gleichheit nahe oder fern, ob ökologisch und feministisch oder nicht, ob sie Bedeutung erlangt hat oder nicht – kurz, den Merkmalen der moralischen und politischen Gesellschaft nahe oder fern – die demokratische Moderne existiert im Herzen der kapitalistischen Moderne immer und überall.«

Öcalans Theorie der demokratischen Moderne hat drei zentrale Dimensionen:

1. die Mentalität einer demokratischen Nation als Bewusstseinsrevolution [Öcalan unterstreicht, dass es keine dauerhafte oder permanente soziale Revolution ohne eine Revolution des Geistes geben kann];

2. demokratische Autonomie als Revolution der Verkörperung [dabei geht es um demokratische Regierungsführung + Stärkung der moralischen und politischen Gesellschaft];

3. demokratischer Konföderalismus als die politische Alternative der demokratischen Moderne zum Nationalstaat der kapitalistischen Moderne.

Öcalan trennt die soziale Revolution nicht von der politischen oder systemischen Revolution. Für ihn ist es zur Überwindung der Kapital- und Machtmonopole unabdingbar, dass die moralische und politische Gesellschaft wieder frei funktionieren kann. Je mehr die moralische und politische Gesellschaft frei funktioniert, desto mehr werden die Kapital- und Machtmonopole ihre Fähigkeit verlieren, frei zu funktionieren. Die demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft und der Kampf gegen alle Formen von Macht und Ausbeutung sind parallele Prozesse. In Rojava zum Beispiel finden der politische Kampf gegen die Diktatur Assads und der soziale Kampf zur

Organisierung der Menschen, um die Funktionen der moralischen und politischen Gesellschaft zu befreien und zu stärken [*in Form von Nachbarschaftskommunen, Volks-, Frauen- und Jugendräten, Basisorganisationen in allen Lebensbereichen usw.*], gleichzeitig statt. In der Tat bestimmt der Grad der Selbstorganisation das politische Verhältnis zwischen der Staatsmacht und der revolutionären Bewegung.

Es gibt kein »nach der Revolution«

So muss nach Öcalan die Revolution auf Gleichzeitigkeit beruhen. Er bricht mit einem positivistischen Verständnis, das die Dinge aneinanderreiht und einigen Fragen Vorrang einräumt und andere auf einen Zeitpunkt »nach der Revolution« verschiebt. Für Öcalan gibt es kein »nach der Revolution«. Es gab und gibt revolutionäre Bewegungen, deren Verständnis sehr positivistisch ist. In den Jahren vor der Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans vertrat zum Beispiel die Mehrheit der türkischen linken Bewegungen die Auffassung, dass die kurdische Frage in der Türkei mit der Revolution automatisch gelöst werden würde. Daher bestehe keine Notwendigkeit für eine separate Organisation der KurdInnen. Sie sollten einfach die sozialistische Bewegung in der Türkei unterstützen und nach deren Sieg würden die KurdInnen frei und gleichberechtigt sein. Aber in Wirklichkeit basiert die Frage der Demokratie und Freiheit in der Türkei hauptsächlich auf der Existenz der kurdischen Frage. Die kurdische Frage ist kein Nebenkonflikt, sondern ein zentraler Konflikt in der Türkei, und deshalb ist eine Demokratisierung des Landes nur durch eine politische Lösung der kurdischen Frage möglich.

Es gibt auch viele Beispiele in der Geschichte, als die Geschlechterfrage hinter den Klassenkampf zurückgestellt und argumentiert wurde, dass nach einer erfolgreichen Revolution die ganze Gesellschaft, Männer und Frauen, frei sein würde. Öcalan kritisiert auch das Verständnis, dass erst eine Revolution gemacht werden muss und dann nach der Revolution das sozialistische Leben beginnen kann. Tatsächlich verschiebt dieses Verständnis das freie Leben auf eine Zeit »nach« der Revolution. RevolutionärInnen sind aber diejenigen, die die Werte der Revolution jetzt und hier leben. Wer nicht ständig die kapitalistische Moderne in seinem eigenen Denken und Handeln herausfordert, wird keine führende Rolle in der Revolution spielen können. Das bedeutet, dass das Leben der RevolutionärInnen revolutionär sein muss. Die Revolution ist nichts, was außerhalb des eigenen Lebens stattfindet. Du kannst nicht das kapitalistische System ablehnen, aber seine Modernität leben. Wie lebst du? Wie sind deine Beziehungen? Das ist es, was den Revolutionismus ausmacht. In Öcalans Verständnis bedeutet Sozialismus demokratische Teilhabe an der Gesellschaft und ein bewusstes und aktives Leben gegen den Kapitalismus.

Die Revolution ist nichts, was außerhalb des eigenen Lebens stattfindet. Du kannst nicht das kapitalistische System ablehnen, aber seine Modernität leben. Wie lebst du? Wie sind deine Beziehungen? Das ist es, was den Revolutionismus ausmacht.

Während Abdullah Öcalan sich gegen die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenkonflikten wendet, räumt er der Frauenfrage eine zentrale Rolle ein. Denn in seinen Analysen der Geschichte von Macht und Unterdrückung bilden die Entwürdigung und Versklavung der Frauen den Kern aller sozialen Fragen. Er erklärt, dass die Frauenfrage aus historischer und sozialer Sicht die umfassendste Frage ist. Daher kann keine Frage gelöst werden, ohne die Befreiung der Frau zu verwirklichen. Er definiert die demokratische Moderne als Zeitalter der Frauenrevolution und -zivilisation. Und er unterstreicht, dass das 21. Jahrhundert der Frauenrevolution Vorrang einräumen muss. Einer seiner Hauptkritikpunkte an den sozialistischen und revolutionären Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts ist, dass sie sich nicht um die Befreiung der Frauen drehten. Seiner Meinung nach kann jede sozialistische Bewegung, die die Befreiung der Frauen nicht in den Mittelpunkt stellt, nicht bei der Befreiung des Lebens erfolgreich sein:

»Die Befreiung des Lebens ist ohne eine radikale Frauenrevolution, die die Mentalität und das Leben des Mannes verändern würde, unmöglich. Wenn wir nicht in der Lage sind, Frieden zwischen dem Mann und dem Leben und dem Leben und der Frau zu schaffen, ist das Glück nur eine vergebliche Hoffnung. Bei der Geschlechterrevolution geht es nicht nur um die Frau. Es geht um die fünftausend Jahre alte Zivilisation der Klassengesellschaft, die auch den Mann in ein Rollenkorsett gepresst hat. Daher würde diese Gender-Revolution gleichzeitig die Befreiung des Mannes bedeuten.«

In diesem Sinne müssen nach Abdullah Öcalans Paradigma wahre soziale Revolutionen im Kern Frauenrevolutionen sein. Er sieht eine Dialektik zwischen der Befreiung der Frau und der Revolution. Und er sieht das 21. Jahrhundert als das Zeitalter an, in dem vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der staats- und machtbasierten Zivilisation die Möglichkeit, die Revolution der Frau zu verwirklichen, größer ist als je zuvor. ♦

Über die 2. Konferenz der Frauen aus dem Mittleren Osten und Nordafrika

Eine Allianz der Frauen für den Aufbau einer freien Gesellschaft

Meral Çiçek, vom kurdischen Frauenbüro REPAK

Am 30. und 31. Juli 2021 fand in der libanesischen Hauptstadt Beirut die 2. Konferenz der Frauen aus dem Mittleren Osten und Nordafrika statt. Fast 100 Frauen aus dem Libanon, allen vier Teilen Kurdistans, der Türkei, dem Iran, dem Irak, Syrien, Palästina, Jordanien, dem Sudan, Tunesien, Ägypten und Marokko haben an der Konferenz unter dem Motto »Mit der Einheit der Frau werden wir die demokratische Revolution realisieren« teilgenommen. Die 1. Konferenz hatte 2013 in Amed/Nordkurdistan stattgefunden. In den acht Jahren, die seit der ersten Zusammenkunft vergangen sind, ist in der Region viel passiert. Aus diesem Grund gab es viel zu erzählen, diskutieren und analysieren.

Die Konferenz fand zu einer schwierigen Zeit, unter schwierigen Bedingungen statt. Der Veranstaltungsort Beirut war noch immer schwer gezeichnet von der ein Jahr zuvor geschehenen Explosion am Hafen, fehlendem Strom und Benzin, leeren Regalen in den Läden und nur sehr schlechter Internetverbindung. Aber nicht nur im Libanon selbst ist die allgemeine Lage momentan schwierig. In allen Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas herrscht ein Klima der Krise. Die gesamte Region ist gezeichnet von Krieg und Konflikt, politischen und wirtschaftlichen Krisen, Flucht und Vertreibung, Instabilität und Unsicherheit. Pandemiebedingt und aus bürokratischen Gründen konnten zudem nicht aus allen Ländern der Region Frauen anreisen.

Viele der Frauen kannten sich schon von Online-Veranstaltungen der Initiative »Unsere Einheit ist unsere Kraft«, einem MENA[1]-Netzwerk, das die Konferenz organisiert hat. Auch war ein wichtiger Teil der Delegierten schon auf der ersten Konferenz in Amed gewesen. Aber für die meisten war diese Art der Zusammenkunft etwas Neues. Denn es passiert nicht oft, dass Frauen aus dem gesamten MENA-Gebiet auf einer Konferenz zusammenkommen. Wenn, dann sind diese meist gesponsert und erzielen inhaltlich nicht wirklich Veränderung, sondern dienen eher der NGOisierung der Frauenbewegung in der Region. Aber basisorientierte, selbstfinanzierte und in diesem Sinne von großen NGOs und Regierungen unabhängige Foren von Frauen, die radikale Veränderung erzielen, werden nur selten organisiert. Umso mehr Bedeutung hatte die Konferenz sowohl für die Teilnehmerinnen selbst als auch für die Frauen aus der Region, die die Diskussionen online, live und über die Presse mitverfolgt haben.

Am ersten Tag fanden die Diskussionen meist in Form von Panels statt. Die erste Podiumsdiskussion widmete sich der Rolle von Frauen in der Bewältigung der Krisen in der MENA-Region. Hierdurch sollte zunächst einmal ein Bild der momentanen politischen Lage in der Region gezeichnet werden. Diese Bestandsaufnahme aus Frauenperspektive ist dringend notwendig, denn in den vergangenen Jahren ist es im gesamten Mittleren Osten und Nordafrika zu großen Veränderungen und Entwicklungen gekommen. Besonders hervorzuheben wären hier neben dem sog. Arabischen Frühling der Konflikt in Syrien, der Einmarsch des sog. Islamischen Staats im Norden Syriens und des Irak, der Genozid an den Êzîd:innen in Şengal, der sich immer mehr auf den Irak ausbreitende Konflikt zwischen den USA und dem Iran, der Konflikt in Libyen und dem Mittelmeergebiet, das Abkommen zwischen USA und Taliban in Afghanistan sowie türkische Besatzungsoffensiven in Rojava und Südkurdistan. Diese Konflikte haben in den wenigen vergangenen Jahren unzählige Menschen das Leben gekostet, Millionen zur Flucht gezwungen und zu einem hohen Anstieg von Armut und Gewalt geführt.

Die führende Rolle von Frauen in den Kämpfen der Region

Aber diese Negativentwicklungen stellen nur eine Seite der Medaille dar. Auf der anderen Seite hat es in den vergangenen Jahren auch wichtige Entwicklungen auf der Ebene von gesellschaftlichen und politischen Kämpfen gegeben. Die Rojava-Revolution stellt hierbei den größten Lichtblick dar. Aber auch die Revolution im Sudan, der Widerstand gegen den Faschismus in der Türkei oder der Kampf gegen das iranische Unter-

1 MENA: Middle East & North Africa

drückungsregime sind Glieder einer Kette von organisierten Kämpfen für Freiheit und Demokratie in der Region. Das Interessante an diesen Widerständen ist, dass sie von Frauen geführt werden. Egal ob im Sudan, in Kurdistan, in der Türkei, in Tunesien, im Iran oder in Afghanistan; Frauen stehen nicht nur für die Rechte ihres Geschlechts ein, sondern haben eine führende Rolle im Kampf für Demokratie inne. Diese führende Rolle lässt sich weniger an Zahlen und mehr an der Wirkung der Frauen in diesen Kämpfen ablesen. Sie verbreiten Mut, Kampfeswillen und Widerstandskraft.

Um diese historische Rolle, die Frauen momentan im Mittleren Osten und in Nordafrika spielen, ging es in den weiteren zwei Podiumsdiskussionen am ersten Tag der Konferenz. Hier haben Frauen aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien, dem Irak, Tunesien, Rojava, Palästina und Ägypten über ihre konkreten Erfahrungen und Errungenschaften berichtet. Dabei wurde der Fokus vor allem auf Wege und Methoden gerichtet. Beispielsweise haben Frauen aus der Türkei und Nordkurdistan über autonome Organisierung und das Modell des Ko-Vorsitzes berichtet. Im Beitrag aus Jordanien ging es um die Erfahrung von Frauen im ökonomischen Bereich und der Förderung von wirtschaftlichen Rechten von Frauen. Wie es Frauen gelungen ist, im Verlauf des Arabischen Frühlings eine Allianz zu bilden, um gemeinsame Forderungen bezüglich der neuen Verfassung zu formulieren, haben wir am Beispiel von Tunesien gehört. Die Vertreterinnen aus Rojava wiederum haben erzählt, wie es ihnen gelungen ist, ein alternatives Modell aufzubauen. Frauen aus Palästina haben von ihrer Rolle im Widerstand gegen die Besatzung berichtet. Ägyptische Frauen wiederum haben von ihrem Kampf gegen sexualisierte Gewalt und der Rolle von Selbstverteidigung erzählt.

Neben patriarchalen Angriffen auf Frauen sieht die Allianz es als ihre Hauptaufgabe an, gegen Krieg, Vertreibung, Armut, politische Morde, die Zerstörung von Natur für Profit und jegliche Art von Ungleichheit anzugehen. Nationalismus, Sektierertum und Sexismus sollen aktiv bekämpft werden.

Der zweite Tag der Konferenz stand ganz im Zeichen von gemeinsamer Organisierung als primärem Lösungsansatz. Auf drei verschiedenen Workshops wurde den Fragen nachgegangen, was uns Frauenorganisationen aus der MENA-Region daran hindert, gemeinsam zu kämpfen, wie ein Gleichgewicht zwischen lokalen und regionalen Kämpfen hergestellt werden kann und welchen Prinzipien und Zielen eine regionale Allianz folgen sollte. Lebendig und zielgerichtet haben die Teilnehmerinnen der Konferenz sowohl Schwierigkeiten identifiziert als auch gemeinsam an Lösungsansätzen gearbeitet. Im weiteren Verlauf der Konferenz sind Ergebnisse der Workshops präsentiert worden. Auf einem weiteren Panel wurden die Ergebnisse der zweitägigen Diskussionen herausgearbeitet und die wichtigsten Feststellungen hervorgehoben. Anschließend ging es um die Zukunft und es wurde gemeinsam diskutiert, wie es nach der Konferenz weitergehen soll.

Eine gemeinsame Organisierung als Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf

Denn das ist die wichtigste Herausforderung und der größte Selbstkritikpunkt gewesen. Auf der ersten Konferenz 2013 war zwar eine Koordination gegründet worden, um die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz zu verfolgen. Jedoch ist diese nicht funktionell gewesen und nach einiger Zeit auseinandergefallen. Bei der zweiten Konferenz ging es darum, die Gründe hierfür zu analysieren und denselben Fehler nicht zu wiederholen. Denn alle Teilnehmerinnen waren sich ausnahmslos einig, dass die Frauen in der MENA-Region für wahre Demokratie, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gemeinsam kämpfen müssen und hierfür Organisierung notwendig ist – allein eine Koordination ist nicht ausreichend. Damit eine Koordination Funktionalität gewinnt, bedarf es eines Unterbaus, dessen Zusammenarbeit zu koordinieren ist. Die Teilnehmerinnen der Konferenz einigten sich darauf, dass eine Allianz diesen Unterbau darstellen soll. Und so wurde in Beirut die Gründung der Demokratischen Allianz der MENA-Frauen verkündet. Durch diese Allianz soll der gemeinsame Kampf der Frauen aus dem Mittleren Osten und Nordafrika für Befreiung, Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit gestärkt und organisiert werden.

Diese Allianz hat sich zum Ziel gesetzt, gegen jegliche Form von Feminizid und Besatzung gemeinsam zu kämpfen. Neben patriarchalen Angriffen auf Frauen sieht die Allianz es als ihre Hauptaufgabe an, gegen Krieg, Vertreibung, Armut, politische Morde, die Zerstörung von Natur für Profit und jegliche Art von Ungleichheit anzugehen. Nationalismus, Sektierertum und Sexismus sollen aktiv bekämpft werden. Zugleich sollen die Beziehungen zwischen fortschrittlichen Frauengruppen und -bewegungen gestärkt werden. Denn während der Konferenz ist uns aufgefallen, dass obwohl wir Frauen aus der MENA-Region ein gemeinsames Identitätsverständnis haben, welches vor allem auf Kultur basiert, wir uns eigentlich gegenseitig nicht gut kennen. Einerseits ist notwendig, dass wir das uns Einende bewusst identifizieren und definieren. Ande-

rerseits besteht das Bedürfnis, über unsere eigenen Grenzen hinweg die Lage und die Kämpfe von Frauen in der Region besser kennenzulernen. Zwar sind die Frauen aus dem arabischen Raum stärker über die Situation in den jeweiligen Ländern informiert, was auch an einer gemeinsamen Sprache liegt, jedoch kannten viele nicht die wichtigen Errungenschaften der Frauen in Rojava oder in der Türkei. Das hat uns gezeigt, wie dringend notwendig der Aufbau eines gemeinsames Netzwerks für Informationsaustausch und Kommunikation ist. Das wäre dann eine weitere Aufgabe der Allianz.

Die Allianz selbst soll in einer sechsmonatigen Phase aufgebaut werden. Die Teilnehmerinnen aus den einzelnen Ländern haben jeweils eine Vertreterin bestimmt, die zusammen ein Komitee bilden, welches in den sechs Monaten nach der Konferenz, also bis Januar 2022, entsprechend den Diskussionen und Beschlüssen die Ziele, die Arbeitsweise, den Strategieplan und insgesamt die Perspektive der Allianz ausarbeiten und verschriftlichen soll. Die Ergebnisse der Workshops stellen hierfür eine wichtige Grundlage dar. Aber natürlich wird es nicht möglich sein, innerhalb von wenigen Monaten alles festzulegen und für alle Probleme Lösungen zu finden. Denn erst in der Zusammenarbeit werden wir konkret auf Schwierigkeiten treffen. In der Auseinandersetzung mit diesen werden wir unser gemeinsames Modell aufbauen.

Das stellt ein anderes wichtiges Ziel der Allianz dar: eine Form der Zusammenarbeit und Koordination zu finden, die auf einem optimalen Gleichgewicht zwischen lokal und regional basiert. Hinzu kommt als dritte Dimension die Beziehung zu weltweiten Frauenkämpfen bzw. der globalen Frauenbewegung. In diesem Sinne ist eine dialektische Organisationsform notwendig, die die Balance zwischen lokal, regional und international fördert. Das ist eine Herausforderung, für deren Lösung es keine fertigen Rezepte gibt. Auch aufgrund der krisen- und konfliktreichen Situation in der MENA-Region sind Frauengruppen oft auf ihre lokalen Agenden fokussiert. Dies jedoch stellt zumeist ein Hindernis vor gelebter Solidarität und gemeinsamem Kampf dar. Daneben stellt sich die Frage, wo sich in der globalen Frauenbewegung die Kämpfe im Mittleren Osten und Nordafrika verorten.

Jede Allianz ist zugleich auch ein Feld des politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Kampfes. Kampf nicht im Sinne von gegeneinander, sondern miteinander, um etwas Neues aufzubauen. Auch in unserer Region werden wir Frauen von der kapitalistischen Moderne negativ beeinflusst und so voneinander getrennt. Vor allem Nationalismus und Sektierertum, neben Sexismus und Szientismus, die Hauptideologien des kapitalistischen Nationalstaats, reproduzieren auch unter Frauen Machtverhältnisse. Chauvinismus, Kemalismus, Islamismus etc. müssen deshalb v.a. aus Frauenperspektive ideologisch infrage gestellt, analysiert und angegangen werden, damit wir tatsächlich eine Einheit schaffen können. Jedoch müssen wir uns auch kollektiv darüber bewusst werden, welche Art von Einheit wir erstreben oder was wir unter Einheit verstehen. Denn neben vielen Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede. Wollen wir diese Unterschiede wirklich alle wegwischen, oder wollen wir eine Einheit der Verschiedenheiten aufbauen und wenn ja, wie ist das sowohl theoretisch als auch praktisch überhaupt möglich?

Eine demokratische Allianz zur Überwindung der kapitalistischen Moderne

Es zeigt sich, dass es beim Aufbau von demokratischen Allianzen nicht nur darum geht, dass verschiedene Organisationen zusammenkommen und entsprechend gemeinsamen Zielen gemeinsame Aktionen durchführen. Es geht zugleich – und sogar noch stärker – darum, ein demokratisches System aufzubauen, das transformativen Charakter hat, indem es die politische Kultur umwandelt. In diesem Sinn ist die demokratische Allianz der Ort, wo Frauen patriarchal-kapitalistische Ideologien nicht nur nach außen, sondern vor allem im eigenen Innern herausfordern und bekämpfen. Das ist im Mittleren Osten und in Nordafrika umso wichtiger, da die kapitalistische Moderne hier seit über 200 Jahren auf systematische Weise zerstückelt. Diese Zersplitterung führt zu einer ständigen Reproduktion von Gewalt, Konflikt und Krise. Sie zu überwinden bedarf einer demokratischen Einheit, die keine Machtverhältnisse reproduziert oder neu herstellt. Insofern ist der Aufbau einer demokratischen Allianz der Frauen im Mittleren Osten und in Nordafrika von strategischer Bedeutung und Teil des sowohl regionalen als auch weltweiten Kampfes gegen die kapitalistische Moderne.

Zweifellos sind Konferenzen für Wissens- und Bewusstseinsbildung von großer Bedeutung. Aber wichtiger ist, was nach der Konferenz geschieht. Oft wird die Veranstaltung einer Konferenz selbst als Ziel gesehen. Jedoch sind Konferenzen doch eher Mittel zum Zweck. Ziel bei der Ausrichtung der 2. Konferenz der MENA-Frauen ist gewesen, den Grundstein für eine demokratische Allianz zu legen, um den gemeinsamen Kampf gegen jegliche Form von Gewalt und für die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit zu organisieren und zu koordinieren. Der Beschluss hierfür ist gefasst und der Prozess hat begonnen. Ein Komitee mit Vertreterinnen all der Länder, die auf der Konferenz präsent waren, arbeitet momentan die Prinzipien und Zielsetzungen der demokratischen Allianz aus. Diese wird nicht auf die Frauenorganisationen, die auf der Konferenz vertreten waren, begrenzt bleiben, sondern wachsen. Dieser Prozess ist mindestens so aufregend wie die Konferenz selbst. ♦

Die Istanbul-Konvention ist im öffentlichen Bewusstsein präsent

Polen und die Istanbul-Konvention

Ilona Sobota, Dziwuchy Berlin – »Polish queer feminist collective«

Die Istanbul-Konvention ist einer der umfassendsten internationalen Verträge zur Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen. Sie enthält nicht nur Leitlinien für den Umgang mit unmittelbar drohender Gewalt (wie Femizid oder sexualisierte Gewalt), sondern trägt auch dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen, zum Beispiel in der Bildung oder auf dem Arbeitsmarkt. Die Konvention ist auch ein wichtiger Schritt zum Schutz der Rechte von Minderheiten, besonders auch von Flüchtlingsfrauen.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Konvention durch den Europarat im Jahr 2011 war die Regierungspartei in Polen die Bürger:innenplattform (Platforma Obywatelska). Sie ist eine christlich-demokratische Partei, die der internationalen Zusammenarbeit offen gegenübersteht. Polen hatte die Istanbul-Konvention 19 Monate nach ihrer Erstellung unterzeichnet. Es gab noch viel Arbeit für die Ratifizierung, die im Frühjahr 2015 erfolgte – sechs Monate vor den nächsten Parlamentswahlen, die von der rechtsgerichteten Partei »Recht und Gerechtigkeit« (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gewonnen wurden.

Staat und Kirche gegen die Konvention

Seitdem wird von der neuen Regierungspartei und den ihr nahestehenden Kreisen ein sehr beunruhigendes Narrativ rund um die Konvention verbreitet. Dieser Teil der politischen Szene in Polen ist mit den Bestimmungen der Konvention nicht einverstanden und verlangt, die polnische Gesellschaft solle sich nicht an die Veränderungen anpassen, sondern ihre eigenen Lösungen schaffen. Beteuerungen, dass die Regierungspartei die Gewalt gegen Frauen bekämpft, werden mit Behauptungen vermischt, dass das traditionelle Familienmodell mit seinem stereotypen Bild von der Rolle der Frau das Beste für das Land sei. Es gibt auch Vorwürfe des »ideologischen Drucks von außen« und der »Zerstörung der traditionellen Familie«. Die Verantwortlichen der katholischen Kirche in Polen haben sich ebenfalls gegen die Konvention ausgesprochen. Ein ernsthafter religiöser Konflikt zwischen der katholischen Kirche und den Frauen ist ebenfalls ein großes Problem. Artikel 42 des Übereinkommens wird häufig manipuliert. Die Gegner:innen behaupten, dass die Konvention gegen die Kultur, die Tradition oder die Religion als solche kämpft, was nicht stimmt. Artikel 42 besagt: »Die Vertragsparteien stellen sicher, dass Kultur, Brauch, Religion, Tradition oder die so genannte ›Ehre‹ nicht als Rechtfertigung für Gewalttaten angesehen werden, die in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallen«, und wird ebenfalls oft als »Beleg« dafür angeführt, dass das Übereinkommen nicht umgesetzt werden sollte. Er wird als Angriff auf und Einmischung in religiöse oder kulturelle Belange betrachtet.

Ein großer Schock war das Schreiben des polnischen Justizministeriums an Kroatien, die Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien, in dem es sich negativ über die Konvention äußerte und weitere Länder dazu aufforderte, sich von ihr zurückzuziehen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass ultrakonservative Kreise mehr Einfluss in den Ländern Ost- und Südosteuropas haben wollen. Dies wurde von BRIN, Balkan Investigative Reporting Network, im März 2021 aufgedeckt, der Brief wurde 2020 in Umlauf gebracht. Nur durch die internationale Zusammenarbeit von Aktivist:innen und Informationsaustausch kann sichergestellt werden, dass soziale Organisationen schnell genug auf solche Versuche, die Konvention zu untergraben, reagieren können.

Die Regierung will keine Veränderung

Am 16.09.2021 wurde der Bericht GREVIO veröffentlicht. Die Expert:innengruppe zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt analysierte die Umsetzung des Übereinkommens in Polen. Ihre Ergebnisse zeigen, dass eines der dringendsten Probleme die Notwendigkeit ist, die Definition von Vergewaltigung im polnischen Recht zu ändern – eine fast 100 Jahre alte Definition, die den Nachweis eines aktiven Widerstands erfordert, ist in Polen immer noch in Gebrauch.

Ein weiteres Problem ist der schwierige Zugang zum Schwangerschaftsabbruch für Opfer sexueller Gewalt. Obwohl er nach polnischem Recht erlaubt ist, ist eine gerichtliche Bestätigung des Verbrechens erforderlich, was für das Opfer anstrengend und demütigend ist. Infolgedessen sind die Frauen gezwungen, ins Ausland zu reisen, was teuer ist und das gesamte Verfahren in die Länge zieht. Außerdem gibt es im polnischen Recht keine Definition von ökonomischer Gewalt, was ein Hindernis für wirksame Gerichtsverfahren darstellt.

In Polen gibt es nur wenige Zentren zur Unterstützung von Opfern von Gewalt und Diskriminierung, nicht genug, um den Bedarf zu decken. Sie sind hauptsächlich für Frauen aus größeren Städten zugänglich, die wissen, wie sie im Internet nach Informationen suchen können. In kleinen, lokalen Gemeinschaften ist es manchmal sogar unmöglich, Anonymität und Intimität zu gewährleisten, was ein großes Hindernis bei der Suche nach Hilfe darstellt.

Die Istanbul-Konvention und ihre Anerkennung durch die nationalen Regierungen sind entscheidend für rechtliche und soziale Reformen. Rechtsgerichtete, konservative Regierungen mit engen Verbindungen zu religiösen Autoritäten sind nicht gerade erpicht auf notwendige Veränderungen. Sie sind oft bereit, mit Gewalt- und Machtargumenten in Konflikte mit der Gesellschaft zu treten. Im März 2021 debattierte das polnische Parlament über einen Gesetzentwurf, der es dem Präsidenten ermöglicht, aus der Konvention auszutreten.

Kampf um Frauenrechte wird von der Zivilgesellschaft getragen

In Polen wird ein großer Teil des Kampfes für die Rechte der Frauen von Stiftungen und Vereinen geführt, die zwischen staatlicher Finanzierung und der Beschaffung von Mitteln aus privaten Quellen hin- und herpendeln. Die Sicherstellung der Finanzierung einer ununterbrochenen Arbeit ist von grundlegender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Hilfskanäle. Neben der direkten Hilfe für Einzelpersonen befassen sich diese Stiftungen mit der Aufbereitung von Informationen und Statistiken, mit Sozial- und Bewusstwerdungskampagnen und mit politischer Lobbyarbeit. Letzteres ist manchmal am schwierigsten – der Konflikt zwischen feministischen Organisationen und konservativen Behörden führt nicht nur dazu, dass Frauenfragen übersehen werden, sondern dass sogar schädliche Gesetze verabschiedet werden.

Eine der bekanntesten Stiftungen ist das Zentrum für Frauenrechte (Centrum Praw Kobiet) in Warschau. Es bietet umfassende Beratung sowie rund um die Uhr eine Telefonberatung an, es gibt Broschüren über Frauenrechte heraus und ist in den Medien aktiv. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen ist der polnische Nationale Dienst für Opfer von Gewalt in der Familie, der seit 25 Jahren besteht. Seine Symbole sind die Blaue Linie (eine weitere Helpline) und die Blue Card. Bei der Blue Card handelt es sich um eine Reihe von Verfahren, die von öffentlichen Einrichtungen (wie der Polizei oder den Gesundheitsdiensten) bereitgestellt werden und Pläne zur Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt enthalten.



Protestaktion gegen Femizide und die Angriffe auf die Istanbuler Konvention vor dem Reichstag in Berlin. Foto: Gabriella Falana

Positiv zu vermerken ist, dass die Istanbul-Konvention im öffentlichen Bewusstsein präsent ist. Selbst Jugendliche nutzen soziale Medien, um Grafiken und grundlegende Informationen über ihre Rechte auszutauschen. Die Konvention wird breit diskutiert, und viele kompetente Aktivist:innen haben Schulungsunterlagen zur Konvention erstellt. Auf diese Weise können Fehlinformationen und Manipulationen über die Konvention, wie oben erwähnt, bekämpft werden. Informationskampagnen sollten in den lokalen Sprachen durchgeführt werden und auf allen sozialen Kanälen präsent sein, die bei Jugendlichen und Frauen beliebt sind. Heutzutage werden solche Kampagnen hauptsächlich im Internet geführt, was den Emigrant:innengemeinschaften ein großes Aktionsfeld bietet. Die Synergie von Initiativen aus verschiedenen Ländern, die schnelle Verbreitung von Informationen, der Austausch von Erfahrungen – all dies führt zu einer wachsenden Stärke im Kampf für die Sicherheit von Frauen in der Welt. Je größer das Bewusstsein für die Vorteile der Einführung der Grundsätze des Übereinkommens ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Menschen dies langfristig von den Regierungs- oder Oppositionsparteien einfordern werden. Die Hoffnung liegt auch darin, dass Frauen, die sich der notwendigen Veränderungen bewusst sind, selbst zu den Wahlen antreten und die Gesellschaft vor der Verabschiedung schädlicher Gesetze schützen werden. ♦

Reise der Zapatistas in Europa

Besuche, Gespräche und ein Blick nach Chiapas

Matilda Feinberg

Teil 1: Das Zuhören und das Sprechen

»Dieses Mal ist es eines der wenigen Male, dass wir das Wort nutzen innerhalb eines Events, wo nur Wenige sprechen und Viele zuhören.

Und wir nutzen es für eine respektvolle Bitte an Euch.

Erzählt uns Eure Geschichte. Es spielt keine Rolle, ob sie groß oder klein ist.

Erzählt uns Eure Geschichte des Widerstands und der Rebellion. Eure Schmerzen, Eure Wut, Eure ›Nein‹, Eure ›Ja‹.«[1]

Nach vielen, scheinbar unüberwindbaren Hürden ist es endlich so weit: die Zapatistas sind zu Besuch, um das Europa von unten und links kennenzulernen. Die Delegation besteht aus Mitgliedern der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN), des Congreso Nacional Indígena (CNI) und der Frente de Pueblos en Defensa del Agua y la Tierra de Morelos, Tlaxcala y Puebla (FPDTA-MPT), die auf einer Reise für das Leben alle fünf Kontinente besuchen möchten, um von den Kämpfen der Kollektive, Initiativen, Gruppen und Projekten der Bewegungen von links und unten zu hören und ihre Erfahrungen zu teilen. Seit dem 14. September bereisen sie SLUMIL K ´AJXEMK´ OP, das »Rebellische Land« und befinden sich momentan drei Wochen in Deutschland. In den vergangenen Wochen fanden bereits viele Treffen zwischen Kollektiven und Gruppen statt, wurden Räume der Begegnung, des gegenseitigen Zuhörens, der gemeinsamen Trauer und Freude geöffnet − auch in kurdischen Vereinen.

Kämpfe zu verbinden, sich mit allen Unterschieden, Verschiedenheiten und Besonderheiten zu begegnen und in den Augen der Anderen den eigenen Schmerz und die eigene Wut zu erkennen wird wichtiger denn je. Bereits jetzt hat »die Reise für das Leben« viele verschiedene Menschen in dem entstehenden »Netz der Rebellion« zusammengebracht. Eine Zwischenstation dabei war das »Rebellische Zusammentreffen« im Wendland, wo Raum geschaffen wurde, von den Erfahrungen der Zapatistas zu lernen und über nächste konkrete Schritte der Organisierung zu diskutieren.

Wir sehen, wie sich an allen Ecken der Welt die Krise der kapitalistischen Moderne zuspitzt. Die Reise der Zapatistas bedeutet einen großen Schritt hin zu einer globalen Organisierung des Widerstandes, dessen Notwendigkeit auch die kurdische Frauenbewegung formuliert, mit dem Vorschlag eines Weltfrauenkonföderalismus.

Teil 2: Ein Blick nach Chiapas

Derweil verschärft sich die Situation in Chiapas unter anderem mit der Entführung zweier Compañeros und Verantwortlichen des Rates der Guten Regierung des Caracol Patria Nueva durch die paramilitärische Organisation ORCAO. Im folgenden Kommuniqué spricht die EZLN deutliche Worte und beendet es mit »Bei nochmaligem Geschehen wird es kein Kommuniqué geben. Das heißt: Es werden keine Worte, sondern Taten folgen«.

Als das Europa von unten und links, als diejenigen, die dem Herzen der Bestien am nächsten sind, sollten wir uns fragen, wie unsere Taten aussehen werden. Heute hören wir uns zu, heute erzählen wir von unseren Schmerzen, morgen ist die Zeit reif, den kollektiven Schmerz in vereinte Wut zu verwandeln.

Kommuniqué des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees – Generalkommandantur (CCRI – CG) der Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN. Mexiko.

September 2021.

An das Pueblo Mexikos, an die Pueblos der Welt, an die Sexta Nacional und Internacional, an das Europa von unten und links.

Erstens. In den Morgenstunden des 11. September 2021, als die zapatistische Flug-Delegation sich in Mexiko-Stadt befand,

1 https://www.ya-basta-netz.org/comunicado-gerade-500-jahre-danach/



Foto: Dane Strom

entführten Mitglieder der ORCAO[2] – paramilitärische Organisation im Dienste der Regierung des Bundesstaates Chiapas – die Compañeros SEBASTÍAN NUÑEZ PEREZ und JOSE ANTONIO SANCHEZ JUAREZ, autonome Verantwortliche des Rates der Guten Regierung [des Caracol] Patria Nueva, Chiapas.

Die ORCAO ist eine politisch-militärische Organisation paramilitärischen Zuschnitts. Sie besitzt Uniformen, Ausrüstung, Waffen und Munition, die sie sich mit dem Geld aus den sozialen Programmen [der Regierung] beschafft. Einen Teil davon behält sie selbst und den anderen Anteil erhalten die Regierungsbeamt*innen, damit sie öffentlich sagen, die Unterstützungsprogramme werden erfolgreich umgesetzt. Mit ihren Waffen beschießt die ORCAO jede Nacht die zapatistische Gemeinde MOISÉS Y GANDHI.

Die EZLN hat die Geduld bewahrt, bis die möglichen Kanäle für eine Lösung erschöpft waren. Während die Regierung des Bundesstaates Chiapas [die Befreiung der beiden Compañeros] lediglich sabotierte und störte, waren es Organisationen der Menschenrechtsverteidigung und die fortschrittlichen [Teile der] katholischen Kirche, die mit Gerechtigkeitssinn genauestens auswerteten, was geschehen könnte.

Zweitens. Die Compañeros waren acht Tage lang ihrer Freiheit beraubt – und sie wurden heute, am 19. September 2021, befreit – dank der Interventionen der Pfarreien von San Cristóbal de las Casas und Oxchuc, die zur Diözese von San Cristóbal de las Casas gehören. Den Compañeros wurden ein Funkgerät und 6.000 Peso geraubt, die dem Rat der Guten Regierung gehören.

Drittens. Das Delikt einer Entführung wird laut Gesetzen der schlechten Regierung und laut den zapatistischen Gesetzen bestraft. Während die Regierung des Bundesstaates von Chiapas diese Verbrechen vertuscht, dazu ermuntert und nichts tut, ging die Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN dazu über, die notwendigen Mittel zu ergreifen, um die Entführten zu befreien und die für das Verbrechen Verantwortlichen festzunehmen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Viertens. Dass der Konflikt nicht bis zu einer Tragödie eskaliert ist, lag an dem Eingreifen der erwähnten Pfarreien, den Organisationen der Menschenrechtsverteidigung und den Mobilisierungen und öffentlichen Protesten, die in Mexiko und vor allem in Europa umgesetzt wurden.

Fünftens. Die Miss-Regierung von RUTILIO ESCANDÓN tut alles, damit der südöstliche mexikanische Bundesstaat Chiapas destabilisiert wird:

- Sie unterdrückt mit großer Gewalt die Normalistas, die Student*innen der ländlichen Normal-Schulen.
- Sie sabotiert die Vereinbarungen zwischen der demokratischen Lehrer*innen-Gewerkschaft und der mexikanischen Staatsregierung und zwingt die Lehrer*innen,

2 ORCAO: Organización Regional de Cafeticultores de Ocosingo: »Regionale Organisation der Kaffeeanbauer von Ocosingo«.

sich radikal zu mobilisieren, damit diese Vereinbarungen erfüllt werden.

- Ihre Bündnisse mit dem Drogenhandel bewirken, dass sich die Comunidades originarias[3] gezwungen sehen, Selbstverteidigungsgruppen zu bilden. Denn die Regierung tut nichts, um Leben, Freiheit und Güter der Einwohner*innen zu schützen. Die Regierung von Chiapas vertuscht nicht nur die Drogenhändler-Banden, sondern ermutigt, fördert und finanziert paramilitärische Gruppen – wie jene, die unausgesetzt die Gemeinden von Aldama und Santa Martha angreifen.

- Sie führt eine gewollt langsame und ungeordnete Impfpolitik durch, die Streit und Ablehnung in der ländlichen Bevölkerung provoziert – und es wird nicht lange dauern, bis diese explodiert. Währenddessen steigt die Anzahl der COVID-Toten in den Comunidades, den Gemeinden, ohne dass sie beachtet wird.

- Von den öffentlichen staatlichen Geldern rauben die Funktionär*innen, die Regierungsbeamt*innen, das, was sie ergattern können. Möglicherweise bereiten sie sich derart auf einen Zusammenbruch der mexikanischen Regierung vor oder setzen auf einen Parteienwechsel an der Macht.

- Jetzt ging es darum, die Abfahrt der zapatistischen Delegation – die an der Reise für das Leben, Kapitel Europa, teilnimmt – zu sabotieren: indem sie ihren Paramilitärs der ORCAO die Entführung unserer Compañeros anordnete, dieses Verbrechen straffrei ließ und versuchte, eine Reaktion der EZLN zu provozieren – mit dem Ziel den Bundesstaat zu destabilisieren, dessen Regierbarkeit an einem seidenen Faden hängt.

Sechstens. Wenn das Ziel der Grünen Ökologistischen Partei Mexikos (PVEM) darin besteht, ein Problem zu schaffen, welches internationale Auswirkungen haben wird, sowie das Regime an der Macht zu destabilisieren – es wäre wohl besser, wenn sie auf die »Volksbefragung zur Aufhebung/Bestätigung des Präsidentschaftsmandats«[4] zurückgreifen würde.

PVEM ist einer der Namen, den der langjährige PRIismus[5] in Chiapas benutzt. Manchmal nennt er sich PAN, manchmal PRD, gegenwärtig tritt er schlecht verkleidet als MORENA-Partei[6] auf. Es sind dieselben Kriminellen von früher – und heute sind sie Teil der schlecht benannten »Oppositions«-Bewegung – als »5. Kolonne« der 4T[7].

DIE VERANTWORTLICHEN SIND: Rutilio Escandón und Victoria Cecilia Flores Pérez.[8]

Falls sie die aktuelle Staatsregierung stürzen wollen oder Schwierigkeiten bereiten wollen als Repressalie gegen die Strafverfolgungen, die gegen sie laufen, oder innerhalb einer der Fraktionen mitspielen wollen, die sich um die Regierungsnachfolge 2024 streiten, dann sollen sie doch ihre legalen Kanäle nutzen, zu denen sie Zugang haben – und es sein lassen, mit Leben, Freiheit und Gütern der Menschen in Chiapas ihr Spiel zu treiben. Wählt oder ruft zum Widerruf des Regierungsmandates[4] auf – aber hört auf, mit dem Feuer zu spielen, denn Ihr werdet verbrennen.

Siebtens. Wir rufen das Europa von unten und links und die Sexta Nacional und Internacional dazu auf, vor den mexikanischen Botschaften und Konsulaten und in den Gebäuden der Regierung des Bundesstaates Chiapas zu demonstrieren – um zu fordern, dass die Provokationen eingestellt werden und sie ihren Todes-Kult aufgeben, dem sie nachgehen.

Freitag, 24. September 2021.

Angesichts der Handlungen und Unterlassungen der bundesstaatlichen und staatlichen Regierungsverantwortlichen gegenüber dem aktuellen und den vorherigen Verbrechen werden wir die angemessenen Mittel einsetzen, damit Recht und Gerechtigkeit angewandt und umgesetzt werden – gegen die Kriminellen der ORCAO und die Regierungsfunktionär*innen, die sie fördern.

Das ist alles. Bei nochmaligem Geschehen wird es kein Kommuniqué geben. Das heißt: Es werden keine Worte, sondern Taten folgen.

Aus den Bergen des Südostens Mexikos. Im Namen des CCRI – CG. Subcomandante Insurgente Galeano. Mexiko, 19. September 2021. ♦

3 Wörtlich übersetzt: »originäre/ursprüngliche Gemeinden«; hier gemeint sind: Gemeinden von Pueblos originarios in Chiapas.

4 Diese soll offiziell am 27. März 2022 stattfinden, um das Regierungsmandat der jetzigen Regierung zu bestätigen oder zu widerrufen.

5 Korrupte Strukturen und Klientel-Politik der über 70 Jahre lang herrschenden PRI-Partei (»Partei der Institutionalisierten Revolution«).

6 Namen mexikanischer Parteien. Die jetzige Regierungspartei unter dem Staatspräsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) nennt sich »Bewegung der Nationalen Erneuerung« (MORENA).

7 4T: sogenannte »Vierte Transformation«; die jetzige offizielle, neoliberale Regierungspolitik unter AMLO.

8 Rutilio Escandón und Victoria Cecilia Flores Pérez: Gouverneur und Innenministerin des Bundesstaates Chiapas.

Für das Leben und die Würde, gegen den gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus

Amed Ahmad, das war Mord!



Initiative Amed Ahmad

Am 13. Oktober 2021 jährt sich zum dritten Mal der Jahrestag der Beisetzung Amed Ahmads, der am 29.09.2018 an den Folgen eines bislang ungeklärten Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve starb, in der er niemals hätte einsitzen dürfen. Für die »Initiative Amed Ahmad« ist dies eine Gelegenheit, um erneut ihre Anklage an die Polizei- und Justizbehörden am Niederrhein zu formulieren, aber auch, um einen kleinen Einblick in das Leben des jungen Kurden aus Syrien zu geben. Denn eins steht für die Initiative fest: Wäre Amed Ahmad ein junger, weißer Mann der Mittelschicht gewesen, wäre er heute noch am Leben. Auch die Eltern von Amed Ahmad klagen den institutionellen Rassismus der Gelderner Behörden an, die Vertuschungen und die Abwehr von Verantwortung sowie die ausbleibende Anteilnahme der deutschen Gesellschaft. Gleichzeitig fordern sie auch Solidarität mit den Angehörigen von weiteren Opfern rassistischer Polizeigewalt und Diskriminierung. Der sich dem Ende neigende Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat keine Aufklärung, sondern nur noch mehr Vertuschungen und Lügen hervorgebracht. Ein Großteil bleibt immer noch im Dunkeln.

Was wissen wir aber, das vor Ameds Inhaftierung in Geldern passiert ist? Die Initiative möchte einen kleinen Einblick in Ameds Lebensgeschichte geben:

Der am 13. Juli 1992 geborene Amed Ahmad verbrachte seine Kindheit in Libyen und setzte erst im Alter von zehn Jahren wieder einen Fuß auf syrischen Boden. Die Familie Ahmad kehrte nach langer Phase der Arbeitsmigration nach Syrien zurück. Der politische Druck auf die in Syrien lebenden Kurd:innen verstärkte sich zu der Zeit erneut und Amed wurde mit jungen Jahren mehrmals verhaftet. Als man ihn schließlich wieder aus der Haft entließ, war er an Tuberkulose erkrankt. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich, sodass die Familie für eine bessere medizinische Behandlung in die Türkei migrierte. Die Lebensbedingungen in der Türkei blieben prekär, sodass sich Amed als drittes Familienmitglied über die sogenannte Balkanroute auf den Weg nach Deutschland machte, während Ameds Mutter mit einer Tochter und zwei weiteren Söhnen zunächst in der Türkei blieb.

Ameds Ankunft und Leben in Deutschland – Siegen, Ungarn, Geldern

Am 20. März 2016 wird Amed zum ersten Mal durch die deutschen Behörden in Süddeutschland registriert, seine erste Asylanhörung hat er Ende März 2016. Zu der Zeit ist er im Kreis Siegen in einer Geflüchtetenunterkunft untergebracht. Dort findet er Freund:innen, mit denen er gemeinsam kocht und sich austauscht. Von seiner Zeit und seinen Erlebnissen in Syrien erzählt er kaum etwas, deutet aber immer wieder an, dass ihn die Erlebnisse während der Haft stark geprägt haben. Er leidet unter Schlafproblemen, Albträumen und Konzent-

rationsschwierigkeiten – Hinweise auf eine posttraumatische Belastungsstörung.

Aufgrund einer fremdverschuldeten Fristüberschreitung wird Ameds Asylgesuch im Juni 2016 abgelehnt und er wird im November 2016 nach Ungarn abgeschoben – trotz gegenteiliger Rechtsprechung, eines psychologischen Gutachtens und eines Petitionsverfahrens über die Aussetzung der Abschiebung. Amed wird in Ungarn sogleich inhaftiert, misshandelt und seiner Ausweis-Dokumente beraubt. Einen Monat nach Ameds Inhaftierung in Ungarn verkündet der Petitionsausschuss in Nordrhein-Westfalen, dass er nicht nach Ungarn abgeschoben werden solle – da saß er aber schon längst in ungarischer Haft.

Anfang Februar 2017 darf Amed wieder mit einem Flugzeug von Budapest nach Düsseldorf einreisen und bekommt ab Mitte April 2017 einen Zuweisungsbescheid für die Stadt Geldern, im Kreis Kleve am Niederrhein in NRW, nahe der niederländischen Grenze. Etwas mehr als ein Jahr wird Amed nun in Geldern leben. Durch seine fehlenden Ausweisdokumente verlangsamen sich alle zukünftigen behördlichen Prozesse, wie bspw. sein Asylverfahren. Er besitzt nur noch den Schriftverkehr zwischen ihm und seinem Anwalt aus Siegen und eine Kopie seines Ausweisdokuments aus Syrien. Aufgrund der fehlenden Dokumente wurden Amed auch keine Leistungen nach dem Asylbewerber:innenleistungsgesetz gewährt, da man »Sozialleistungsmissbrauch« vermeiden wolle – auch wenn man ihn auf Auszügen aus dem Ausländer:innenzentralregister eindeutig als die Person benennen konnte, die vor ihnen saß: Amed Ahmad, geboren am 13.07.1992 in Aleppo. Amed hatte daher zu der Zeit so gut wie kein Geld.

Amed beginnt auch in Geldern Freundschaften zu schließen. Seine Freund:innen beschreiben ihn als einen zurückhaltenden, eher schüchternen, aber auch sehr hilfsbereiten jungen Mann, der sich erst nach und nach auf andere Menschen eingelassen hat. Amed wünscht sich eine eigene Familie, leidet aber auch weiterhin unter anhaltenden Schlafproblemen, Albträumen und Kopfschmerzen. Er versucht sich beharrlich ein neues Leben aufzubauen: Er beginnt in einer benachbarten Gemeinde Fußball zu spielen, besucht hin und wieder seine alten Freund:innen in Siegen, hilft in einer Gärtnerei aus, muss aber wegen Rückenproblemen wieder damit aufhören. Er beginnt ab August 2017 wegen seiner Schlafprobleme ärztliche Unterstützung zu suchen.

Mit seiner Wohnsituation ist Amed zunehmend unglücklich, er schläft häufig bei Freund:innen oder sogar auf der Straße, um der Enge und der Unruhe der Sammelunterkunft zu entfliehen. Im August 2017 beantragt er daher die Unterbringung in einem Einzelzimmer. Mindestens ein ärztliches Gutachten bestätigt, dass Amed ein Einzelzimmer erhalten soll, damit er zur Ruhe kommen könne. Gleichzeitig versucht ein Anwalt für ihn, eine Umverteilung nach Siegen zu erwirken. Auch in Unterhaltungen mit seiner Familie hat Amed immer wieder angedeutet, dass er, anstatt in der Unterkunft in Geldern zu bleiben, lieber zu seinem Vater nach Bonn oder zu seiner Mutter in die Türkei zurückkehren wolle. All diese Versuche bleiben aber ergebnislos. Ende Oktober meldet sich Amed bei dem für ihn zuständigen Sozialamt, da er gerne arbeiten und sein eigenes Geld verdienen würde. Ihm wird als Voraussetzung ein Deutschsprachkurs bei der Volkshochschule in Geldern empfohlen, an dem er ab November 2017 teilnimmt.

Die Polizei am Niederrhein sucht ihren Täter …

Die Ermittlerin Silke K. sucht seit Mai 2018 und der Gelderner Polizist Frank G. seit Juni 2018 einen Täter für unterschiedliche Sexualdelikte. Einmal geht es um eine Vergewaltigung einer Jugendlichen in Geldern und einmal um sexuelle Belästigung in einem Spielcasino. In dem ersteren Falle stellt sich später heraus, und zwar vier Tage nach Ameds Inhaftierung, dass die Jugendliche den Vorfall erfunden hatte. Zu dem Zeitpunkt wurde aber bereits mit einem Phantombild nach dem potentiellen Täter im Rahmen einer Öffentlichkeitsfahndung gesucht. Amed ist eigenen Angaben zufolge in den Monaten Mai und Juni quasi obdachlos, schläft mal bei Freund:innen und mal an Bahnhöfen oder in Zügen, da er sich in seiner Unterkunft in Geldern nicht mehr sicher fühlt und nicht zur Ruhe kommen kann – in der Unterkunft sei er nur noch, um seine Post abzuholen.

Ameds unrechtmäßige Inhaftierung und der ungeklärte Zellenbrand

Zwei Tage vor Ameds Inhaftierung, am 4. Juli 2018, geschehen mehrere Ereignisse gleichzeitig. Gegen 6 Uhr wird Amed am Krefelder Bahnhof ohne Ticket in einem Zug angetroffen und auf die Krefelder Polizeiwache mitgenommen. Es kommt zu seiner vorläufigen Festnahme um 9:54 Uhr, durch Polizist H. wegen Beförderungserschleichung. Amed wird zur Identitäts-Überprüfung der Polizeiwache Süd zugeführt und kann die Wache kurz vor 12 Uhr wieder verlassen. Noch am selben Tag gibt ein Krefelder Polizist den Namen des Maliers »Amedy G.« in das interne Suchsystem ein. Der Gelderner Polizist Frank G., der in der Sache im Spielcasino ermittelt, bekommt ebenfalls am 4. Juli die Videoaufzeichnungen aus dem Spielcasino zugesandt, auf denen er Amed zu identifizieren glaubt – er ruft an dem Tag mindestens drei Mal Ameds Personalakte auf. Was also mindestens eindeutig ist: Die Polizeibeamt:innen in Geldern und Kleve wussten, wer Amed Ahmad war, dass er hellhäutig war und dass er nicht aus Mali stammt.

Wenige Minuten nach Ameds Entlassung sind Zugriffe der Regierungsangestellten Katarina J. von der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein auf Ameds Personalakte vermerkt. Auf dieser Grundlage wird später versucht die Theorie zu konstruieren, dass es durch eine missglückte Datenbearbeitung oder versehentliche Datenverknüpfung, die in Siegen-Wittgenstein durchgeführt worden sei, die »Verwechslung« erst möglich gemacht wurde. Dabei war die Verwechslungstheorie von Anfang an nicht glaubhaft. Die tatsächliche Verknüpfung von Ameds Daten mit dem Haftbefehl des Maliers erfolgt erst zwei Tage nach seiner Inhaftierung.

Festnahme am 6. Juli 2018

Amed Ahmad soll am Mittag des 6. Juli 2018 an einem Badesee in Geldern vier Frauen belästigt haben. Im Untersuchungsausschuss kommentiert eine der Frauen die Situation so, dass er vor allem genervt habe, sie sich aber keinesfalls bedroht gefühlt hätten. »Total hilflos« habe Amed auf sie gewirkt, sagt Lea S., »als sollte man ihm zuhören«. Eine der Frauen ist Polizeianwärterin, eine weitere Frau ruft ihren Vater an, und zwar den Verkehrspolizisten Gregor H. Man habe Amed eigentlich nur drohen und ein bisschen Angst machen wollen. Der Verkehrspolizist informiert seine Kolleg:innen und zwei Streifenwagen kommen zu dem Badesee. Dort habe man Amed in einiger Entfernung zu den vier Frauen auf einer Bank wartend vorgefunden.

Amed hatte erneut nur seine Sparkassenkarte und wird nachmittags zur Personalienüberprüfung in Badehose auf die Gelderner Polizeiwache gebracht. Seine Fingerabdrücke werden entnommen und ergeben einen Treffer: Amad Ahmad, geboren in Aleppo. Am selben Tag wird die Polizistin K. von der Polizei Kalkar, die in der Sache der Vergewaltigung ermittelte, mindestens privat von dem Gelderner Polizisten W. angerufen und über die Festnahme informiert – man habe eine Ähnlichkeit zwischen Amed und dem in ihrer Ermittlungssache erstellten Phantombild feststellen können. Amed wird nach erneuter erkennungsdienstlicher Behandlung am Abend des 6. Juni 2018 in den »BGH« gesteckt, einen besonders gesicherten Haftraum, in dem »ein Bett, eine offene Toilette und ein Schlafanzug« seien. Parallel dazu wird der Haftbefehl für den in Hamburg gesuchten Malier Amedy G. per Fax erbeten, auf dessen Grundlage man Amed angeblich inhaftieren wolle. Jedoch sagt eine IT-Expertin: »Bei ihren Abfragen in ViVA am Freitag Nachmittag soll den Beamten ein veränderter Datensatz des Amad A. gegenüber dem Bestand vom Mittwoch Morgen angezeigt worden sein. Am 06.07. soll dieser Datensatz nicht nur die Daten von Amad A. umfasst haben, sondern weitere zwölf Namen, sowie vier Fahndungsnotierungen für einen gewissen Amedy G. Eine Quelle, die diese Darstellung eindeutig belegt, fand ich nicht, Kopien eines solchen vermischten Datensatzes vom 06.07.2018 ebenfalls nicht.«[1]

Amed wird am folgenden Tag, am 7. Juli 2018, in die JVA Geldern-Pont gebracht und bei ihm wird »akute Suizidalität« festgestellt. Er wird in einen Einzelhaftraum gebracht, in dem er alle 15 Minuten kontrolliert wird. Es wird vereinbart, dass Amed aufgrund des Verdachtes eines Verbrechenstatbestandes am Niederrhein nicht zur JVA Hamburg verschoben wird (wo er laut »Haftbefehl« eigentlich hingehört hätte), sondern für die örtliche Polizei am Niederrhein »greifbar bleiben« solle. Und auch der Polizist Frank G. äußert sich u. a. gegenüber der Polizistin K. aus Kalkar, dass er eine Ähnlichkeit zwischen dem Phantombild der Öffentlichkeitsfahndung und Amed habe feststellen können und dass Amed dem gesuchten Mann aus dem Spielcasino ähneln würde.

Am 10. Juli 2018 werden von Amed erneut Lichtbilder für eine Wahllichtbildvorlage mit der mutmaßlich geschädigten Jugendlichen angefertigt. Am selben Tag gesteht die Jugendliche jedoch, dass sie die Tat erfunden hatte – die Öffentlichkeitsfahndung wird eingestellt. Somit war auch die Täterbeschreibung, auf dessen Grundlage das Phantombild entstanden ist, von dem mehrere Polizeibeamt:innen meinten, darin Amed Ahmad wiedererkannt zu haben, eine reine Erfindung.

Amed wird dennoch am selben Tag, also am 10. Juli 2018, in die JVA Kleve gebracht. Für den offenen Vollzug wäre eigentlich die JVA Moers/Kapellen zuständig gewesen. Wegen seines »suizidalen Zustands« wird er aber »gesondert und gesichert« in die geschlossene JVA Kleve überstellt. Das bedeutet, dass er in einem Einzeltransport mit Fesselung und zwei Personen als Begleitpersonal von Geldern nach Kleve gebracht wurde. Er soll direkt beim Zugangsgespräch gefragt haben, wann er nach Hause könne, weil er davon ausging, dass er nur eine Ersatzfreiheitsstrafe abzusitzen habe.

Amed Ahmad in der JVA Kleve

Die Haft-Personalakte von Amed Ahmad wird fortan unter seinem Namen geführt, auch wenn auf dem Haftbefehl aus Hamburg weiterhin der Name Amedy G. vermerkt ist. Knapp eine Woche nach der Verlegung in die JVA Kleve stellt Amed den ersten Antrag auf Aufhebung der gesonderten Beobachtung. Erst am 2. August 2018 bescheinigt ein Anstaltsarzt, dass es keine Bedenken gegen eine Gemeinschaftsunterbringung für Amed mehr gebe. Die Anstaltspsychologin führt einen Tag später wiederum aus, dass die für den 30. August 2018 notierte Frist zur erneuten Überprüfung der andauernden Si-

1 (https://police-it.net/wenn-daten-toeten-fall-amad-a-2-festnahme-mit-haftbefehl-eines-anderen)



Gedenkkundgebung am 13. Oktober in Bonn. Foto: S. Weiermann

cherungsmaßnahmen bewusst gewählt worden sei, um einen hinreichend verlässlichen Beobachtungszeitraum zu haben. Die Sicherungsmaßnahme wird daraufhin aufrechterhalten. Am 29. August beantragt Amed erneut eine Aufhebung der gesonderten Beobachtung.

Erst am 03. September 2018 führt Amed ein erstes Gespräch mit der JVA-Psychologin Andrea Z.: Er sagt ihr, dass er nicht der gesuchte Mann sei und sich nicht umbringen wolle, und so habe es auch laut Z. »keine Hinweise auf Suizidalität« gegeben. Sie hatte nach dem Gespräch mit Amed vermerkt, er habe im Personalblatt seiner Akte auf seinen Namen gedeutet, ihn laut ausgesprochen und bestätigt, dass dies sein Name sei. Auf den Namen »Amedy G.« tippend habe A. dann jedoch gesagt: »Diesen Namen habe ich noch nie gehört.« Auch von einer Verhandlung und von einem Urteil habe er keine Kenntnis. Zum Tatzeitpunkt sei er nicht einmal in Deutschland gewesen, in Hamburg noch nie in seinem Leben.

Die Verwechslung sei auf »fehlerhafte Polizeiprotokolle« zurückzuführen, sagt Ahmad laut Psychologin. Diese hat ihm allerdings nicht geglaubt. Er habe »kaum nachvollziehbare Angaben zu seiner Person gemacht«, schrieb sie. »Es entstand der Eindruck eines hinsichtlich Delikten und Tatvorwürfen undurchsichtigen jungen Mannes«, so die Psychologin weiter. Nach dem Gespräch erfolgt eine Unterbringung in einen Gemeinschaftsraum ohne Beobachtung und Amed beantragt die Teilnahme an mehreren Sportgruppen.

Zu der Zeit habe Amed mithilfe seines Zellennachbarn sein Vollstreckungsblatt einsehen wollen, um seinen Haftgrund zu erfahren. Er ging anscheinend immer noch davon aus, eine Ersatzfreiheitsstrafe abzusitzen, war sich dessen und auch über seinen Entlassungstermin aber unsicher. Sein Antrag ist aber weder in Ameds Akten aufgetaucht, noch konnte sich jemand der JVA-Bediensteten an diesen Antrag erinnern. Gleichzeitig haben Wärter:innen Amed damit gedroht, er solle nach seiner Entlassung nach Syrien abgeschoben werden. Des Weiteren gleichen sich die Aussagen der JVA-Bediensteten: Niemand habe sich länger mit Amed unterhalten, dies wäre auch sprachlich schwierig gewesen. Darüber hinaus hätte er nicht erwähnt, dass er zu Unrecht in Haft sitzt, und er hätte auch keine Kontakte zu seiner Familie gepflegt, auch habe er keinen Rechtsanwalt hinzugezogen. Derweil ist das Gelderner Amt für Arbeit und Soziales darüber informiert, dass Amed in der JVA Kleve ist, und verfügt, dass sein Zimmer in der Geflüchtetenunterkunft geräumt wird, damit er nach Freilassung keine »Schulden« bei der Stadt Geldern habe. Sein Zimmer wird geräumt, die Freund:innen oder Eltern werden über seine Inhaftierung jedoch nicht informiert und wundern sich bereits, warum sie so lange nichts mehr von ihm gehört haben.

Nach der Essensausgabe am Abend des 17. September 2018 bricht in Ameds Zelle ein Feuer aus. Die Ursache und genaue Uhrzeit des Brandes sind immer noch unklar. Laut Berichten taumelt Amed den Bediensteten nach Öffnung des Haftraums entgegen, lehnt sich an eine Wand und fragt nach Wasser. Ansonsten soll er sich nicht geäußert haben. Die Ärmel seines Pullovers sind hochgezogen, zu erkennen sind starke Verbrennungen. Während einige Bedienstete das Feuer löschen, bringen andere Amed in die stabile Seitenlage. Kurz darauf trifft die Feuerwehr ein und Amed wird zunächst in ein Krankenhaus nach Duisburg geflogen. Am 24. September 2018 wird er in eine spezialisierte Klinik nach Bochum gebracht und in ein künstliches Koma versetzt, er hat 40%ige Verbrennungen am Körper. Unmittelbar nach dem Brand und dem Eintreffen einer Polizeistreife zur Sicherung des »Tatorts« wird gegen Amed ein Verfahren wegen vorsätzlicher Brandstiftung eingeleitet. Ein befreundeter Zellennachbar von Amed, der sichtlich von dem Vorfall mitgenommen war, wird unmittelbar durch die Anstaltspsychologin Z. wegen angeblicher »akuter Suizidalität« in Einzelunterbringung gebracht.

Am 20. September 2018, also drei Tage nach dem Brand, bittet die Staatsanwaltschaft Hamburg den Bezirksdienst Geldern um Mitteilung, aufgrund welcher Erkenntnisse die Personalien des Verurteilten dort geführt werden, und es wird um Nachweise gebeten. Das Schreiben geht am 24. September bei der Kreispolizeibehörde Kleve ein. Erste Überprüfungen eines Beamten des Bezirksdienstes der Polizeiwache Geldern ergeben, dass zu den Personalien des syrischen Staatsangehörigen bei einer INPOL-Abfrage auch die Person des malischen Staatsangehörigen mitgeteilt wird, welche den Namen des syrischen Staatsangehörigen als Alias-Personalie verwenden soll. Aufgrund der Unstimmigkeiten zur Person wird das Schreiben der Staatsanwaltschaft Hamburg durch den Beamten zur weiteren Bearbeitung der Fahndungsfachdienststelle KK 3 an die Kreispolizeibehörde Kleve weitergeleitet. Intern wird nun bei der Polizei Geldern kommuniziert, dass es fraglich sei, ob »Amed Amed zu Recht für die genannten Haftbefehle einsitzt«!

Am 26. September 2018 wird durch die Polizei Geldern ein Aktenvermerk erstellt, in dem es heißt, dass das Ergebnis der Überprüfung eine »Personenverwechselung« hervorgebracht habe. »Es wurde um eine Entlassung des syrischen Staatsangehörigen aus der Haft ersucht«, heißt es drei Tage vor Ameds Tod, die dann zwei Tage später durch die Staatsanwaltschaft Hamburg angeordnet wird.

Am 27. September 2018 wird wegen des »Anfangsverdachts auf Freiheitsberaubung« ein Ermittlungsverfahren gegen die sechs Polizeibeamt:innen eingeleitet, welche in dem Bericht der Direktion -K-, KK 3, der Kreispolizeibehörde Kleve vom 26. September 2018 als an der Festnahme und Identifizierung des syrischen Staatsangehörigen Beteiligte benannt worden waren. Im November 2020 werden die Ermittlungen eingestellt.

Am 29. September 2018, um 14:10 Uhr, verstirbt Amed im Krankenhaus Bergmannsheil in Bochum nach einer Lungentransplantation und aufgrund der erlittenen Verletzungen. Am 1. Oktober 2018 wird die erste Pressemitteilung zu Ameds Tod veröffentlicht, einen Tag später wird das syrische Konsulat in Berlin über Ameds Tod per Fax informiert. Am 4. Oktober macht sich ein Freund von Amed auf den Weg zur Gelderner Polizei, um sich über Ameds Verbleib zu informieren. Ihm wird mitgeteilt, dass man ihm keine Auskunft erteilen könne. Der Freund kontaktiert den Vater von Amed, der am selben Tag nach Geldern fährt, und sie suchen erneut die Polizeiwache Geldern auf. Die beiden müssen sich nun erst einmal gedulden, da man zunächst zweifelsfrei die Identität des Herrn Ahmad feststellen müsse, bevor man ihm Informationen mitteile. Durch die Vorlage von Fotografien kann Herr Ahmad letztlich die Identität von Amed Ahmad bestätigen. Erneut ruft der Polizist Frank G. an diesem Tag Ameds Akte auf. Er war einige Wochen vor dem Zellenbrand darüber informiert worden, dass Amed nicht identisch mit dem per Haftbefehl gesuchten Malier sei.

Am 13. Oktober 2018 wird Amed auf einem Friedhof in Bonn beerdigt. Ameds Vater hat bereits auf der Beerdigung gefragt, wer die Mörder seines Sohnes seien. Ameds Mutter darf erst einen Tag später nach Deutschland einreisen, ihr wurde nicht rechtzeitig die Visumserlaubnis erteilt. »Wir glauben, dass Ameds Festnahme und Überstellung in die JVA politisch motiviert war. Wie kann es denn sein, dass der Polizei solch ein Fehler unterläuft? Mein Sohn war hellhäutig, der Gesuchte ein schwarzer Afrikaner«, sagt Ameds Vater Zaher Ahmad. Die Behörden und die Polizei müssten aus dem Tod seines Sohnes eine Lehre ziehen. Von der Bundesregierung fordert er lückenlose Aufklärung. »Wir sind vor dem Krieg in unserer Heimat nach Deutschland geflohen, weil wir an die Demokratiewerte dieses Landes glaubten. Ich hoffe, dass keine weiteren Menschen mehr unschuldig ins Gefängnis müssen.«

In den »offenen Ermittlungssachen« gegen Amed wird derweil weiter ermittelt. Eine Notiz vom 29. Oktober 2018 nach Recherchen auf Ameds Facebook-Seite besagt, dass davon abgesehen werde, gegen Amed wegen der Verwendung der Symboliken der YPG (Volksverteidigungseinheiten) eine Strafanzeige zu stellen, da der Nutzer des Accounts verstorben sei.

Anfang Februar 2021 ist das letzte Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Polizeibeamt:innen eingestellt worden, die alle die Möglichkeit gehabt hätten, Amed aus der Haft zu entlassen. Wir erwarten von Seiten der juristischen und parlamentarischen Aufarbeitung keine Aufklärung.

Im Gedenken an Amed Ahmad

Als Initiative Amed Ahmad, die die Angehörigen und Freund:innen von Amed Ahmad in der Öffentlichkeit vertritt, fühlen wir uns an den Brand-Tod von Oury Jalloh erinnert, der vor 16 Jahren in einem Haftraum der Polizeistation in Dessau unter bisher ungeklärten Umständen starb. Wie im Ringen um Aufklärung zu Oury Jallohs Tod muss nun auch die Familie von Amed Ahmad gemeinsam mit ihren Anwält:innen gegen die vorgeblichen Gedächtnislücken der Polizei- und Justiz-Beamt:innen und -Mitarbeitenden der Kreispolizeibehörde Kleve und der JVA kämpfen. Von Beginn an sagten die Eltern: »Unsere Forderungen lauten Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit. Wir werden nicht aufhören, nach den Mördern von unserem Sohn zu fragen. Wir benutzen das Wort Mörder, weil Menschen Amed getötet haben oder seinen Tod verursacht haben.«

Und wir befürchten, dass der »Fall« mangels Aufklärungswillen zu den Akten gelegt werden soll und lediglich als »tragische Datenpanne« in Erinnerung bleiben wird. Es waren aber die rassistischen Strukturen, die für Amed tödlich wurden. Wir sind überzeugt, dass der institutionelle Rassismus der Polizei- und Justizbehörden sowie die rassistische Stigmatisierung und Kriminalisierung von Amed Ahmad, wie er sie vor seiner Inhaftierung erleben musste, mitverantwortlich für seinen Tod am 29. September 2018 sind. Konkret benennen wir dabei die Kreispolizeibehörde Geldern, das Amtsgericht Geldern, die JVA Geldern-Pont und Kleve, die beteiligten Staatsanwaltschaften, das Amt für Arbeit und Soziales Geldern sowie die Abteilung für Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten Geldern.

Unsere Kritik richtet sich auch an NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), Justizminister Biesenbach (CDU) sowie an die beteiligten Staatsanwaltschaften. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Ermittlungs- und Justizbehörden sind an einer vollumfassenden Aufklärung zu den Hintergründen von Amed Ahmads Tod nicht interessiert. Ohne konsequente Aufklärung befürchten wir aber, dass auch weiterhin vor allem migrantisierte Menschen im Kontakt mit den Polizeibeamt:innen der Kreispolizeibehörde Kleve und andernorts um ihr Leben fürchten müssen.

Als Initiative rufen wir auf, am 13. Oktober 2021, dem Jahrestag von Ameds Beisetzung, an der Gedenkkundgebung in Bonn auf dem Münsterplatz teilzunehmen. Dort werden wir den Forderungen der Eltern von Amed, und auch weiteren Angehörigen von Opfern rassistischer Polizeigewalt, eine Bühne bieten. Denn trotz des zwei Jahre andauernden Untersuchungsausschusses sind die Fragen nicht weniger, sondern mehr geworden! Die beiden Kinder von Malek und Fadile werden immer noch durch das europäische Grenzregime ferngehalten. Die Wohnsituation der Familie ist unwürdig. Wir wollen am Jahrestag von Amed Ahmads Beisetzung zusammenkommen, um uns gegen die Vereinzelung der Betroffenen rassistischer Gewalt zu stellen und um das deutsche und auch das europäische Asylsystem anzuklagen, das Amed systematisch seiner Menschenwürde beraubt hat.

Wir klagen diejenigen an, denen Ameds unverschuldete Inhaftierung offenbar vollkommen egal war. Diejenigen, die ihn mit seinem Widerspruch, dass er nicht der Gesuchte sei, nicht ernst genommen haben, die seine fälschliche Inhaftierung wissentlich in Kauf genommen haben – oder sogar verursacht und vertuscht haben. Wir klagen diejenigen an, die Ameds Tod hätten verhindern können und die sich aus der Verantwortung herausreden. Wir klagen diejenigen an, die Amed selbst nach seinem Tod verleumdet haben. Und wir klagen diejenigen an, die allumfassende Aufklärung versprochen haben, aber ihr Wort nicht gehalten haben und von Anfang an nicht halten wollten.

Wir klagen ein System der Entmenschlichung und der Abwehr von Verantwortung an, wir klagen diese gesellschaftlichen Verhältnisse an, die so einen Tod möglich machen und bei einem Großteil der Menschen nur Gleichgültigkeit erzeugen. Wir fordern darüber hinaus eine lückenlose Aufklärung und Gerechtigkeit für Amed und für alle anderen Opfer rassistischer, patriarchaler und antisemitischer Gewalt. Dazu gehört für uns eine grundlegende Anerkennung der Mechanismen von institutionellem Rassismus der Polizei und Justizbehörden, aber auch dem Rassismus der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Wir fordern mit Nachdruck, dass die erlebten Erfahrungen der Betroffenen, das erlebte Leid und der Verlust eines geliebten Menschen endlich ernst genommen werden. Aus unserer Anklage muss die Forderung nach strukturellen Veränderungen der polizeilichen Behörden und Konsequenzen für alle Verantwortlichen folgen. Auch deshalb fordern wir öffentliche Orte des Gedenkens und des Erinnerns. Denn die Menschen, die hier getötet wurden, waren ein Teil dieser Gesellschaft der Vielen. Und auch deshalb fordern wir, dass die Perspektiven, die Erfahrungen und die Stimmen derjenigen, die zu lange nicht angehört wurden, endlich sichtbar werden, endlich angehört werden. Und all diese Menschen, die anklagen, die angeklagt haben, sie sind keine Opfer – sie erkämpfen sich hier und jetzt ihr Recht darauf, gesehen und gehört zu werden − ihr Recht darauf, als Menschen gesehen und anerkannt zu werden. ♦

Appell an unsere Generation:

Wenn wir heute nicht kämpfen, wird es kein Morgen geben, an dem noch gekämpft werden kann!

Dirok Hevi

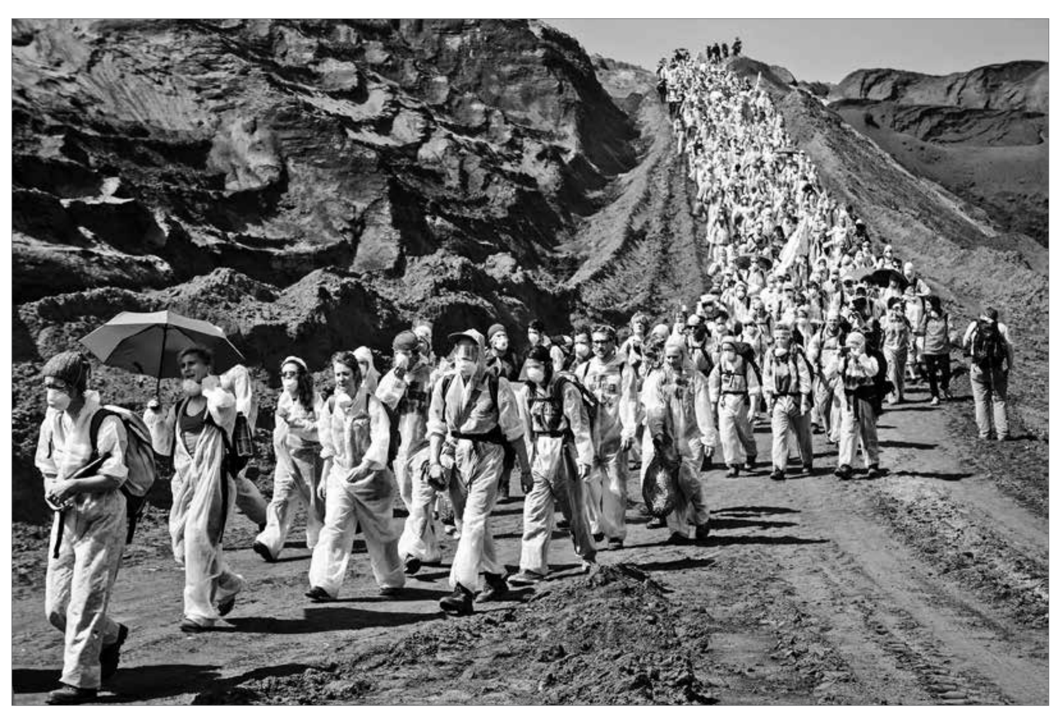
Wenn wir 2021 als das Jahr bezeichnen, in dem die durch den Klimawandel befeuerten Naturkatastrophen für uns hier in Deutschland und generell im Westen am deutlichsten geworden sind, ist das nicht untertrieben. Und dabei ist das Jahr noch nicht einmal ganz vorbei, wenn ich diese Zeilen schreibe. Diese Sichtbarkeit beziehe ich an dieser Stelle besonders auf Deutschland, gab es doch hier die schweren Überschwemmungen im Sommer. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung, der Klimakrise, sind zwar zuallererst im globalen Süden zu spüren, doch treffen sie zunehmend auch den globalen Norden.

In den Flammen der Waldbrände in Kurdistan, Spanien, Italien, Kalifornien etc. und in den Wassermassen in Belgien, Deutschland und der Schweiz sehen wir, wie unsere Zukunft verbrannt wird oder ertrinkt. Das ist keine Übertreibung. Es ist vollkommen klar, dass die Naturkatastrophen infolge der jährlich noch an Tempo zunehmenden Klimaerwärmung noch häufiger und zerstörerischer werden. Es ist auch klar, dass wir nur noch wenig tun können, um das Ganze zu verlangsamen oder abzuschwächen. Doch trotz all dieser Klarheit, trotz all dieser Information, erkennen wir wenig bis gar keine Bereitschaft des Staates zu handeln oder gar die Ernsthaftigkeit des Themas zu begreifen. Warum auch? Die in die Jahre gekommenen Politiker:innen werden die ganz große Katastrophe, das große Leiden, wahrscheinlich gar nicht mehr erleben. Sie leben ganz nach dem Motto »Nach mir die Sintflut«. Und wir? Während überall in den politischen Parteien um die Klimafrage gerungen wird, sie teilweise sogar geleugnet wird oder regelmäßig Menschenleben gegen Kosten abgewogen werden, ist es unsere Zukunft, mit der gespielt, die für ein paar Euros und Dollars der großen Kohlekonzerne einfach verhökert wird.

Ökologische Kämpfe und Frauenbefreiung als die zentralen Kämpfe des 21. Jahrhunderts

Blicken wir in die Geschichte zurück, sehen wir in unterschiedlichen Abständen immer wieder, dass bestimmte Themen zu einem konkreten historischen Zeitpunkt eine enorme Rolle spielen und sich intensive Kämpfe um sie entspinnen. Betrachten wir die heutige Zeit und die aktuellen Probleme, dann sehen wir, dass neben einigen anderen zentralen Kampfpunkten besonders die Klimafrage und die Frauenbefreiung auf die Tagesordnung rücken und noch präsenter werden. Täglich finden an unterschiedlichsten Orten der Welt Proteste zu diesen Themen statt. Rêber Apo [Abdullah Öcalan] benennt in seinen Verteidigungsschriften die ökologischen Kämpfe und die Kämpfe für Frauenbefreiung als die Zentralen im 21. Jahrhundert. Selbstverständlich können wir diese Themen nicht losgelöst vom Kapitalismus betrachten, da er die Manifestation all dieser Probleme darstellt. Es geht viel mehr darum, dass sie als Triebfedern das Potential großer Organisierung bilden. Viele Menschen politisieren sich durch diese Themen und kommen an einen Punkt, dass sie die gegebenen Verhältnisse nicht mehr hinnehmen wollen. Selbstverständlich führt es zu einer großen Wut unter Jugendlichen, wenn sie erkennen, mit welcher Leichtigkeit ihre Zukunft gerade an die Wand gefahren wird. Das Verständnis davon, welche Auswirkungen diese Wut hat und welche Versuche es gibt, sie in unterschiedlichste Bahnen zu lenken, ist von großer Bedeutung.

Im Hinblick auf Organisierung ist es für uns wichtig, einige Schlussfolgerungen aus Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht worden sind (und an denen heute noch oftmals festgehalten wird), zu ziehen, um nicht in die gleichen Fallen des Systems zu tappen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wie jeder Kampf auch dieser vom System nicht einfach hingenommen werden wird. Es ist schon jetzt sehr deutlich, dass mit verschiedenen Strategien gegen Klimaproteste und andere Protestbewegungen vorgegangen wird. Sie versuchen mit aller Kraft und auf unterschiedlichsten Wegen, die Pro-



Massenaktion von Ende Gelände in der Kohlengrube vor dem Haibaches Wald. Foto: EG

teste entweder für sich zu instrumentalisieren oder sie zu liquidieren. Deswegen sind einige grundsätzliche Punkte von unglaublicher Wichtigkeit.

Blicken wir historisch auf die Entwicklung der letzten 5.000 Jahre, sehen wir, dass, bevor sich mit der Entwicklung der Hierarchie der Männer über die Frauen langsam der Staat entwickelte und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf die Tagesordnung trat, der Mensch über einen unvorstellbar langen Zeitraum von Millionen von Jahren in Harmonie mit der Natur gelebt hat. Er nahm sich, was er brauchte, um zu überleben, der Mensch als Teil der Natur. Später jedoch, als Folge der zuvor angesprochenen Entwicklungen und im Grunde genommen als logische Konsequenz der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen folgte die Ausbeutung der Natur durch den Menschen. Ein Prozess der Entfremdung des Menschen von der Natur, indem er die Natur immer mehr als tote, ihm untergeordnete Materie begreift, als Objekt seiner Handlungen, als sein Besitz. Der Mensch (der Mann) als handelndes Subjekt. Exemplarisch kann hier auf die sog. »wissenschaftlichen« Entwicklungen im Zuge der Renaissance hingewiesen werden. Descartes schuf mit seiner These vom Dualismus von Subjekt und Objekt eine perfekte ideologische Grundlage für die folgende Ausbeutung von Frau und Natur. Wir sehen also, wie stark diese beiden Kämpfe, der für Frauenbefreiung und der für das Klima, zusammenhängen. Mehr noch, wir erkennen, dass beide Kämpfe selbstverständlich nicht in einem luftleeren Raum existieren und nicht von anderen getrennt betrachtet werden können. Ein Kampf für Ökologie ohne Frauenbefreiung und ohne den Kapitalismus überwinden zu wollen, ergibt keinen Sinn. Selbiges gilt für den Widerspruch in Bezug auf den Staat. Wir müssen begreifen, dass der Staat als Resultat der ersten Spaltung der Gesellschaft, der Entwicklung von Hierarchie und Patriarchat entstanden ist und diese daher ihm immanente Charaktere sind. Der Staat kann also kein Werkzeug der Befreiung sein. Am Ende haben wir das sehr deutlich in der Sowjetunion gesehen. Den Staat heute in einen grüneren Staat verwandeln zu wollen, kann daher nicht erfolgreich sein, was wir sehr deutlich am Beispiel der Partei Die Grünen sehen können. Sie entstand aus einem Teil der damals großen linken Bewegung in Deutschland, die den Standpunkt vertrat, mit dem Marsch durch die Institutionen eine Veränderung des Systems erreichen zu können. Die erste Schlussfolgerung ist daher, dass unser Ziel keinesfalls sein kann, Veränderung in einer für den Bundestag kandidierenden Partei oder den Institutionen des Staates zu suchen. Der zweite Punkt ist, dass man das System und seine Taktiken, Bewegungen, die ihm gefährlich werden können, unschädlich zu machen, gut verstehen muss. Ein Klassiker ist die »Teile und herrsche«-Politik. So versucht das System zu bestimmen, wer als legitim in seinen Protesten zu betrachten ist, etwa eine bestimmte Person oder eine bestimmte Gruppe, und den Rest als illegitim abzustempeln. Der »legitime Teil« muss letzteren dann auch lautstark verurteilen, um seine Loyalität zum System zu bestätigen. Drittens folgt die Frage, wie sich zu organisieren.

Vereinter Kampf unter dem Banner des demokratischen Sozialismus

Während ab und an eine riesige Anzahl an Demonstrierenden für eine ausgewählte Demo zur Klimafrage zusammenkommen, findet sich ein großer Teil dieser in keiner lokalen Struktur organisiert. Dabei besteht die Stärke gerade darin, eine organisierte Kraft zu werden. Wenn all diese Hundert-

tausenden in lokalen Strukturen aktiv wären (die selbstverständlich auch überregional und international vernetzt wären), hätte der Kampf für ein ökologisches Leben lange schon ein ganz anderes Niveau erreicht. Während das System eben auch aus seiner Organisiertheit seine Stärke zieht, dürfen wir damit nicht mit Desorganisiertheit antworten, wozu es unter dem Label eines vermeintlichen Anarchismus heute immer wieder Tendenzen gibt. Gleichzeitig sollten wir die Klimafrage bzw. den Kampf für ein ökologisches Leben als Initiator für Politisierung und Organisierung betrachten, in denen wir das System als Ganzes analysieren und Alternativen formulieren und umsetzen. Wie schon zuvor angesprochen, kann unser Kampf nur in einer Ganzheitlichkeit erfolgreich sein, weil diese Kämpfe zusammenhängen. Die Klimafrage ist jetzt zentral und es bedarf großer Eile, doch ist sie untrennbar mit der Überwindung des Kapitalismus verbunden. Die Klimafrage ist eine Systemfrage, denn in unserem heutigen System kann ein ökologischen Leben nicht möglich sein. Von der Ökologie ausgehend, kann die Frage nach Frauenbefreiung und Demokratie betrachtet werden und zum Vorschlag für ein alternatives Leben kommen. Unter dem Banner des demokratischen Sozialismus, basierend auf einem Sozialismusverständnis, das in den letzten vierzig Jahren von der kurdischen Freiheitsbewegung entwickelt wurde und das auf nichtstaatliche Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie setzt – den demokratischen Konföderalismus –, vereinen sich all diese Kämpfe auf praktische Weise. Mit dem demokratischen Konföderalismus ist ein Modell der kurdischen Freiheitsbewegung gemeint, das auf Organisierung von unten setzt, mit Kommunen als ihrer kleinsten Zelle. Über Räte auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene werden Probleme und Themen diskutiert, wenn es notwendig ist, doch der Fokus der Lösung liegt auf der lokalen. Damit verbunden ist die Abkehr vom Industrialismus hin zu Kooperativen und ökologischer Industrie. In all diesen Strukturen sind Frauen auf allen Ebenen in einem System des Ko-Vorsitzes repräsentiert und autonom organisiert.

Für uns alle, die wir für ein schöneres Leben kämpfen, möchte ich noch ein paar abschließende Gedanken hinzufügen. Zuallererst müssen wir die Notwendigkeit der Eile spüren, die dieser Kampf nötig hat, und uns dementsprechend dieser Thematik nähern. Es reicht nicht aus, alle paar Tage mal ein, zwei Stunden diesem Kampf zu widmen. Gleichzeitig müssen wir uns darüber klar werden, dass ein ökologisches Leben nicht einfach ein Leben wie heute ist, nur mit grüner Energie und Elektroautos. Die Art und Weise unseres Konsums, der Produktion etc. muss sich drastisch ändern – was jedoch nicht bedeuten soll, dass nur durch den Kauf von einigen grüner produzierten Waren irgendeine Verbesserung eintreten wird. Einerseits müssen wir danach streben, so schnell es geht das System zu einer neuen, sauberen Art und Weise der Produktion zu zwingen (Ökoindustrie) und selbst so gut es geht lokale Alternativen aufbauen, vorhandene Stärken und Vernetzung unter ihnen schaffen. Wir müssen die Veränderung, die wir anstreben, gleichzeitig aber auch bei uns beginnen, um somit ein Vorbild sein zu können für die Menschen um uns herum.

An unsere Generation: Der Kampf für Ökologie ist der Kampf für unsere Zukunft, der Kampf für das Leben. Ausser einem Sieg können wir nichts akzeptieren. Dies sollte uns die Dringlichkeit dieses Problems und die Notwendigkeit dieses Kampfes verdeutlichen.

Wir können nicht einfach darauf beharren, unseren Lebensstil ohne Rücksicht auf Verluste fortsetzen zu wollen. Alles genauso haben zu wollen wie heute, nur in grün und ökologisch, kann nicht funktionieren. Neben alldem scheint der Aspekt der Ethik, also diesen Kampf auch und vorerst als eine ethische Frage zu betrachten, zu wenig Bedeutung zu bekommen. Ethische Werte werden vom System der kapitalistischen Moderne gezielt zerstört, weil sie die Gesellschaft zusammenhalten wie Zement. So sehen wir beispielsweise ganz deutlich im Unterschied zu früheren Zeiten, wie viel mehr Überwindung es heute Menschen kostet, einer fremden Person in Not zu helfen, und dass das Nicht-Helfen sogar per Gesetz bestraft werden kann. Eigentlich ein von Grund auf ethischer, menschlicher Wert. Denn der Mensch ist nun mal ein gesellschaftliches Wesen – er wird durch die Gesellschaftlichkeit zum Menschen. Wir müssen gegen die Regeln des Staates (Gesetze), die auf die Erhaltung seiner Macht abzielen, unser eigenes Wertesystem verfechten. Eine demokratische Ethik. Sie zu stärken wird dem Kampf neue Kraft, Reichweite und Dauer verleihen.

An unsere Generation: Der Kampf für Ökologie ist der Kampf für unsere Zukunft, der Kampf für das Leben. Außer einem Sieg können wir nichts akzeptieren. Dies sollte uns die Dringlichkeit dieses Problems und die Notwendigkeit dieses Kampfes verdeutlichen. Denn wenn wir nicht in kürzester Zeit eine immense Veränderung erkämpfen und, wie schon zuvor verdeutlicht, wird es uns nicht durch Kämpfe gelingen, werden wir alle Chancen der Zukunft verspielt haben. Wir sehen uns also erneut mit der alten Frage konfrontiert: Sozialismus oder Barbarei. ♦

Erich Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat

Eine Einordnung der Initiative Geschichte und Widerstand

Anlässlich »150 Jahre Pariser Kommune« haben wir als Geschichte & Widerstand (IGW) die Veranstaltungsreihe »Die Kommune – Im Kampf die neue Gesellschaft aufbauen« über die Kommune in ihrer historischen Bedeutung organisiert und ihre Aktualität für unsere heutige Situation diskutiert. Dafür haben wir verschiedene Beispiele aus der Geschichte vorgestellt, u. a. die Münchner Räterepublik, an der Erich Mühsam maßgeblich mitgewirkt hat. Einzelne Teile der Veranstaltungsreihe können auf www.wasistdiekommune.noblogs.org angesehen und angehört werden.

Nur kurze Zeit vor seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten veröffentlichte Erich Mühsam 1933 sein vielleicht bedeutsamstes Werk, in dem er seine Erfahrungen der Räterepublik verarbeitet, eine grundlegende Gesellschaftsanalyse vorlegt und konkrete Wege der Organisierung aufzeigt.

In der Online-Veranstaltung zu Mühsam haben wir vor allem über seine Erfahrungen in der Räterepublik gesprochen und welche konkreten Vorschläge er aus diesen ableitet. Hiermit wollen wir euch die Grundlagen seiner Analyse näher vorstellen.

Die Annäherung Erich Mühsams und Abdullah Öcalans an die Probleme der Gesellschaft weist in vielen Aspekten große Ähnlichkeiten auf. Daher verwundert es wenig, dass sie in einigen Punkten zu ähnlichen Schlüssen und Lösungsvorschlägen gelangen. Dabei fußen die Analysen Mühsams auf den Begebenheiten der deutschen Gesellschaft und können somit eine wichtige Ergänzung für uns darstellen.

»Die Gesellschaft ist der Ursprung des Lebens, wie sie zugleich Sinn und Inhalt des Lebens ist«

Zu Beginn ist wichtig zu verstehen, welches Verständnis von Gesellschaft dem Werk zu Grunde liegt. Erich Mühsam geht darin von einem grundsätzlich positiven Menschenbild aus, in welchem der Mensch ein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht hat: das sogenannte soziale Bewusstsein. Dieses konnte erst durch einen massiven, jahrtausendelangen Angriff zerstört bzw. geschwächt werden. Die Gesellschaft ist an sich gut und hat eigene, ihr innewohnende Prinzipien und Werte wie Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit.

»Föderalismus ist Ausdruck der Gesellschaft, Zentralismus ist Ausdruck des Staates.« Die Organisationsform, die dem Wesen der Gesellschaft entspricht, ist die des Föderalismus »im Gegensatz zum Zentralismus, der die künstliche Organisationsform der Macht und des Staates ist, wie sie der Kapitalismus bis zur restlosen Vernichtung der Persönlichkeit, der Gleichheit, der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung und der Gegenseitigkeitsbeziehungen emporgezüchtet hat«. Daraus folgt für Mühsam ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft: Wo die Gesellschaft stark ist, kann der Staat nicht Fuß fassen, »wo aber der Staat ist, er als Pfahl im Fleische der Gesellschaft steckt, […] verhindert [er], Gesellschaft zu sein«.

Gesellschaft und Persönlichkeit sind eins

Mühsam lehnt die Unterscheidung von Gesellschaft und Persönlichkeit grundsätzlich ab. Beide beeinflussen sich gegenseitig in einem Maß, dass die eine nicht losgelöst von der anderen betrachtet werden kann: »[…] jeder Fehler in der Wechselbeziehung der Menschen zueinander muss sich als gesellschaftlicher Schaden, jeder Mangel in der gesellschaftlichen Ordnung als Krankheitserscheinung im sozialen Getriebe und somit als Benachteiligung von Individuen in Erscheinung setzen.« Mühsam beschreibt die Gesellschaft wie das komplexe

Zusammenwirken eines Waldes, welcher »eine zur Einheit gewordene Vielheit von Einheiten« darstellt, in dem das komplexe Zusammenspiel aller ein lebendiges System erschafft.

Mühsam beschreibt also ähnlich wie Öcalan Gesellschaftlichkeit als einen Wert, welcher gewissermaßen der Natur des Menschen entspricht.



Erich Mühsam 1919 Foto: wikimedia.org

Staat, Zentralisation und das Wesen der Macht

In der Analyse der Probleme der Gesellschaft kommt Erich Mühsam zu einem grundlegenden Problem: Macht. Er sieht Macht als die Wurzel aller Probleme, die in Staat, Zentralisation und Nationalismus ihren Ausdruck finden und einen schweren Angriff auf die Gesellschaft darstellen.

Um zu verstehen, wie Macht wirkt und wo sie ihren Einzug in die Gesellschaft finden konnte, untersucht Mühsam die Geschichte der Zivilisation, um bis an den Ursprung der Entstehung von Macht zurückzugehen: die Entstehung des Patriarchats.

Die natürliche Gesellschaft lebt nach dem Prinzip des Mutterrechts, wie Mühsam es nennt. Sie kennt kein Vaterrecht, denn nur die Mutter weiß sicher, dass das Kind von ihr stammt und so wird die Gemeinschaft um die Mutter herum organisiert. Zu dieser Zeit glaubten die Menschen an eine beseelte Natur, in der alles lebendig ist. Dieses mythologische Denken fängt an sich zu verändern, als die Idee des Ein-Gott Einzug hält. Fortan wird alles Göttliche auf eine männliche Vaterfigur ausgelagert, womit gleichzeitig erstmals eine Abgabe von Verantwortung der Gemeinschaft an eine außenstehende (göttliche) Figur auftritt. Als Vermittler zwischen diesem männlichen Ein-Gott treten die Priester als Stellvertreter des allmächtigen Göttlichen auf. Und dies ist der Zeitraum, welchen Mühsam als Eintritt der Macht in die Gesellschaft analysiert. Fortan wird das Mutterrecht durch das Vaterrecht ersetzt, die Frau verliert an Einfluss, während die Priester an Macht gewinnen. Eine Sünde wird nunmehr nicht mehr in ihrem Verhältnis zur Gemeinschaft gemessen, sondern in ihrem Verhältnis zu Gott. Werte wie Gerechtigkeit und Unrecht werden ersetzt durch Gesetze, die bestimmen, was erlaubt und verboten ist. Der Nationalstaat ist für Mühsam die extremste Form dieser Entwicklung, denn »es liegt im Wesen der Macht, nicht nur ihre Erhaltung mit allen Mitteln zu verteidigen, sondern sich materiell und ideell immer stärker zu machen«.

»Das Einzige, was wir verlieren müssen, ist unsere Angst«

Weiter analysiert Mühsam, dass die neue Macht der Priester nur durch den Angriff auf das Selbstgefühl und die Selbstbestimmung der Menschen gefestigt werden kann. Als wirksames Mittel dafür erwies sich den Priestern die Angst. Mit dem Einzug des Ein-Gott kam auch die Angst vor diesem. »Wer aber einmal Gottesfurcht gelernt hat, der wird auch Priesterfurcht, Königsfurcht, Gesetzesfurcht und Eigentumsfurcht lernen und sich nach Belieben regieren lassen.«

»Die Wurzel des Staates aber ist die Familie«

Eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung von Macht und der Entstehung des Staates sieht Mühsam in der Familie: »Die obrigkeitlich geschützte und nach einheitlichen Grundsätzen geregelte Familie ist Muster und Sinnbild der Zentra-

lisation, vollendete Verkörperung des Machtgedankens, im engen Umkreis Modell von Kirche und Staat, Urform und Inbegriff ausübender und hinnehmender Autorität.« Doch wie hängt die Entstehung der Familie mit der Entwicklung des Patriarchats zusammen? Mühsam schreibt:

»Die Beziehung der Geschlechter, […] musste, um der Macht dienstbar werden zu können, im Gewissen der Menschen zum Herd ständiger innerer Not gemacht werden.« Dies gelang nur dadurch, dass Sexualität und Begehren mit Beginn des Priestertums als Sünde inszeniert wurden. »Mit Hilfe der unbezweifelbaren und unentrinnbaren Autorität Gottes wurde den Menschen weisgemacht, die Befriedigung ihres Geschlechtstriebes könne von der Brandmarkung als Laster nur befreit werden, wenn sie sich innerhalb der Bindung der beiden Eheteilhaber als pflichtmäßige Zweckhandlung zu Kindererzeugung vollziehe; diese Bindung müsse auf Lebenszeit geschlossen werden, bedürfe der Zustimmung und Abstemplung durch Kirche und Staat, und jede körperliche Vereinigung […] außerhalb der genehmigten Ehe sei sträfliches Tun. […] Die Sicherung dieser Bindung erfolgte durch die naturwidrige Erhebung der Vaterschaft zum geschützten öffentlichen Rechtsgut.«

Um dieses System der Familie nach dem Vaterrecht abzusichern, wurde der Erzeuger mit zentralen Machtbefugnissen über seine Familie ausgestattet. Die ursprüngliche Bedeutung von Familie ist dementsprechend: die Gesamtheit der unter einem *dominus* stehenden Sklaven. »Wer aber irgendwo Sklavenhalter oder Sklave sein kann, der kann es überall sein und wird es überall ein.«

Wie wir mittlerweile wissen, fand diese Phase in der Hexenverfolgung ihren traurigen Höhepunkt, wodurch deutlich wird, dass zur Durchsetzung dieser Gesellschaftsordnung weit mehr gehörte als das Einpflanzen eines schlechten Gewissens; vielmehr mussten die Herrschenden zu Gewalt und Terror greifen. Auf diesen Aspekt geht Mühsam allerdings nicht weiter ein.

Die hierarchischen Beziehungen zwischen Mann und Frau und die Unterdrückung der Frau sind für Mühsam nichtsdestotrotz die zentralen Momente der Entstehung von Herrschaft und Macht. Er sieht hier somit einen zentralen Ansatzpunkt für den Kampf um eine befreite Gesellschaft.

»Wer aber im Tode in den Himmel will, der will im Leben an die Macht«

Ein Punkt, auf den Mühsam sehr ausführlich eingeht und den er für sehr wichtig hält, ist die Beziehung zwischen Staat und Kirche. Mühsam kommt zu dem Schluss, dass der Staat auf den Einfluss der Kirche angewiesen ist, um beherrschbare Persönlichkeiten zu erhalten. Dabei geht es vor allem um den Einfluss auf das Denken der Menschen. Wie wir bereits in der Geschichte erkennen können, hat die Kirche dem Staat den Weg geebnet, bis in die persönlichsten Bereiche des Menschen vorzudringen und diese unter staatliche Kontrolle zu stellen. Als Gegenleistung hat der Staat schon immer den Ein-Gott und seine Institutionen unter besonderen Schutz gestellt.

Durch Gesetzgebung, die bestraft, was die Kirche für verwerflich hält, festigt der Staat aber nicht nur die Macht der Kirche, sondern dehnt auch seinen eigenen Einflussbereich aus. Die Kirche wiederum hat somit einen Vollstrecker gefunden, der in Bereiche der Gesellschaft hineinwirken kann, in denen ihr eigener Einfluss nicht ausreicht.

Wir können also festhalten, dass der Staat vor allem durch das Einwirken auf die Moralvorstellungen und die Persönlichkeit der Menschen von der Kirche profitiert. Sich von diesem Einfluss zu befreien, sah Mühsam als eine der schwierigsten Aufgaben für den Kampf um die Befreiung der Gesellschaft an. Mühsam schreibt: »Der Kampf gegen die kirchlichen Lehren von freiheitlichen Gesichtspunkten aus ist [...] in Ländern, die in Technik und Wissenschaften weit vorgeschritten sind, größeren Erschwerungen unterworfen als sogar der Kampf gegen den Staat und seine Gesetze und Einrichtungen.«

Wir teilen die Einschätzung, dass es gerade in den benannten Ländern eine besondere Schwierigkeit darstellt, das Denken zu befreien und diese These eine große Aktualität besitzt. Nach den Analysen Öcalans denken wir außerdem, dass an die Stelle der Religion mittlerweile der Positivismus getreten ist, der die Funktion der Kirche für den Staat übernimmt.

Positivismus als Brandbeschleuniger des gesellschaftlichen Zerfalls

Wir befinden uns seit der Frühen Neuzeit im Übergang des Wahrheitsregimes Religion zu Szientismus. Mit der Entstehung der positivistischen Wissenschaften ging in Europa eine weitere Verfestigung des Patriarchats einher, welche sich in einer sexistischen sowie rassistischen Gesellschaftsordnung widerspiegelt. Diese ist die Grundlage, auf der die Wissenschaften entwickelt wurden. Diese Prozesse gingen Hand in Hand mit dem größten organisierten Feminizid in Europa, der Hexenverfolgung, sowie der Kolonisierung großer Teile der Welt, die zu zahlreichen Genoziden führte.

Heute können wir ganz ähnliche Mechanismen beobachten, die Mühsam für die Verbindung von Kirche und Staat



Kundgebung der Roten Hilfe am 4. Januar 1925 vor der Berliner Volksbühne: Wilhelm Pick und Erich Mühsam. Mühsam berichtet über die bayerische Festungshaft. Foto: vaga2020.de (Vagabundenkongress)

analysierte: Der Staat stärkt den Einfluss der Wissenschaften durch Gesetzgebungen, welche die positivistische Logik dort durchsetzt, wo sie selber keine Verfügungsgewalt haben und stärkt damit wiederum den Einfluss dieser auf das Denken der Menschen.

Es liegt im Wesen des Positivismus, alles zu zerteilen und in immer kleinere Einheiten zu zersplittern. Dort wo die Religion noch auf Nächstenliebe und Gemeinschaft setzt, führt das positivistische Denken zu immer mehr Vereinzelung und treibt somit die Zersplitterung der Gesellschaft voran.

Demokratischer Konföderalismus

Basisdemokratie und Geschlechterbefreiung sind auch heute noch die Grundlagen für den Aufbau einer freien Gesellschaft. Prinzipien wie »freier Wille, freies Denken und freiheitliche Beziehungen« kennen wir aus der kurdischen Freiheitsbewegung und sind auch grundlegende Lösungsvorschläge, die Mühsam in seinem Werk unterbreitet. Die Veränderung muss nicht nur im Außen stattfinden, sondern auch in uns selbst, denn Persönlichkeit und Gesellschaft sind eins.

Bei dem Blick in die Vergangenheit können wir viel lernen aus den Erfahrungen, die andere vor uns gemacht haben und ihren Weg fortsetzen. Doch wir müssen uns hüten, ihre Fehler zu wiederholen. Umso wichtiger erscheint uns eine Auseinandersetzung mit Analysen wie der Erich Mühsams und seinen Vorschlägen, um weitere Leerstellen in unserem Verständnis der heutigen Gesellschaft schließen zu können.

»Zu den Aufgaben der Anarchisten gehört es [...], die Gefühle der Gerechtigkeit und der Freiheit, die jedem Menschen angeboren sind, aber dank der autoritären Erziehung durch Kirche, Schule und Militär und vor allem durch die Vaterschaftsfamilie großenteils verschüttet unter dem Bewusstsein liegen, wachzurütteln. An den Anarchisten ist es, begreiflich zu machen: Nicht die Not ist das schlimmste, sondern dass sie ertragen wird! Denn das Hinnehmen von Armut, während es Reichtum gibt, ist geistiges Versagen.«

Die Kraft zur Befreiung liegt in der Gesellschaft selbst und es braucht Freiräume, in denen diese zur Entfaltung kommen kann.

Um mit Mühsams Worten zu enden: »Recht und Freiheit ist das gleiche, wie Gesellschaft und Persönlichkeit das gleiche ist. Aus dem Recht wächst die Gleichheit des Kommunismus, aus der Gleichheit die Freiheit der Anarchie!« ♦

Buchrezension

»Briefwechsel, Christa Eckes Hüseyin Çelebi, April 1988 – Dezember 1989«

Ulrich Weber

Wenn wir uns an Christa Eckes und Hüseyin Çelebi erinnern, dann denken wir an zwei Menschen, die Teil unterschiedlicher Bewegungen waren. Im Licht der ersten Annäherung der Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) und der PKK scheinen die gegenseitigen Bezugnahmen rar gesät. Dass sie jedoch die gemeinsame Idee von Befreiung einte, ist nicht von der Hand zu weisen. Verwirklichen sollte sich dies, so die Analysen beider, in einem bewaffneten, antiimperialistischen Guerillakampf.

Trotz der realen Unterschiede zwischen dem innenpolitischen Klima der BRD (Bundesrepublik Deutschland) und dem der Türkei führte die Gegnerschaft zum hegemonialen Staat zu ähnlichen Bedingungen. Hinter dem roten Tuch des Kolonialismus wurde ein zähnefletschender Apparat ersichtlich, der den bewaffneten Kampf gegen seine unmenschlichen Bedingungen mit allen Mitteln zu diskreditieren versuchte. In der BRD entwickelte sich als dialektische Antwort auf die 68er Revolution eine politische Praxis, welche die Türkei bereits seit 1923 bestimmte. Der deutsche Staat antwortete auf die Angriffe auf sein Machtgefüge mit Folter und Isolation an denjenigen Menschen, die in Feindschaft zu einem Staatsapparat standen, der in jeder Pore mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Profiteur:innen des deutschen Faschismus versehen war. Wie sich in den 70ern und 80ern die traditionelle Zusammenarbeit des deutschen und türkischen Staates zunehmend vertiefte, so entwickelte sich mit dem Austausch der beiden Gefangenen ein Dialog der Gegenpositionen zu ersteren beiden.

Christa Eckes verstarb 2012 an Leukämie. Was sie hinterließ, war ein Briefwechsel mit Hüseyin Çelebi, der im Sommer 2021 in dem Buch »Briefwechsel, Christa Eckes Hüseyin Çelebi, April 1988 – Dezember 1989« veröffentlicht wurde. Christa politisierte sich bereits in ihrer Schulzeit und wurde später stark durch die 68er Bewegung beeinflusst. Im Gegensatz zu vielen Gleichgesinnten hielten Christas Werte dem Strudel des staatlichen Reformismus stand. 1973 besetzte sie mit mehreren Menschen in Hamburg ein Haus im von Gentrifizierung betroffenen Stadtteil Hohenfelde, das sie nach Petra Schelm benannten. Petra Schelm wurde 1971 bei einer Fahndung mit einem Maschinengewehr angeschossen. Zehn Minuten später verstarb sie, eine Erste-Hilfe-Versorgung wurde ihr nicht gewährt.

Die Räumung des besetzten Hauses ließ nicht lange auf sich warten und der Schritt vieler Besetzer:innen in die Illegalität ebenso wenig. Nachdem Christa die erste siebenjährige Haftstrafe abgesessen hatte, ging sie erneut in den Untergrund. 1984 wurde sie abermals verurteilt. Während ihrer Haft kämpfte sie in sechs kollektiv geführten Hungerstreiks im Gefängnis weiter gegen das System, welches mit sogenannter Vernichtungshaft und Isolation der einzelnen Gefangenen die Machtverhältnisse auf psychische Art spürbar werden lassen sollte.

Zu dem Zeitpunkt, an dem Christa wieder seit vier Jahren einsaß, wurde Hüseyin mit anderen kurdischen Aktivist:innen festgenommen, um ein Jahr später im ersten großen Düsseldorfer Prozess wegen Mitgliedschaft in der PKK angeklagt zu werden. Hüseyin wuchs in Hamburg auf und machte sich bereits in jungen Jahren gegen die systematische Diskriminierung von Migrant:innen stark und nahm eine wichtige Rolle in dem Aufbau kurdischer Strukturen ein. Christa, die das Vorbeben des Düsseldorfer Prozesses mitbekam und vom deutschsprachigen Hüseyin erfuhr, zögerte nicht lange und nahm 1988 Briefkontakt auf. Für die beiden war klar, dass die Kommunikation einer starken Zensur ausgesetzt sein würde und im schlimmsten Falle für weitere Anklagen durch den Staatsschutz genutzt werden würde. Trotz alledem stellt der Briefwechsel in seiner Reinform ein Zeugnis der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung jener Jahre dar. Gleichsam ist er Zeugnis staatlicher Taktiken zur Zerschlagung von sozialen Bewegungen, wie die Bedingungen der Isolationshaft deutlich werden lassen, die auf Christa und Hüseyin Anwendung fanden.

Einen großen Fehler würden wir begehen, wenn wir die Sammlung lediglich als ein historisches Artefakt betrachten. So würden wir nämlich Geschichtsrevisionismus und Demagogie auf den Leim gehen. Die Formen von Repression mögen mitt-

lerweile ihr Erscheinungsbild verändert haben, doch versuchen sich die westlichen Staaten unvermittelt weiter in subtilen Zerschlagungsmethoden sozialer und revolutionärer Bewegungen.

Eben diese andauernde Aktualität der Themen nach nunmehr 32 Jahren macht den Briefwechsel so besonders. Er ist nicht nur ein Zeugnis des Austausches zweier revolutionärer Bewegungen in einem Jahrzehnt globaler Kämpfe um Freiheit. Er wirft viel mehr Diskussionen und Fragen auf, auf die wir heute noch Antworten finden müssen und die es auf jeden Fall wert sind, im Hinblick auf die global-politischen Entwicklungen diskutiert zu werden.

Die Briefe als Austausch über das Knastsystem und die internationale Perspektive des bewaffneten Kampfes

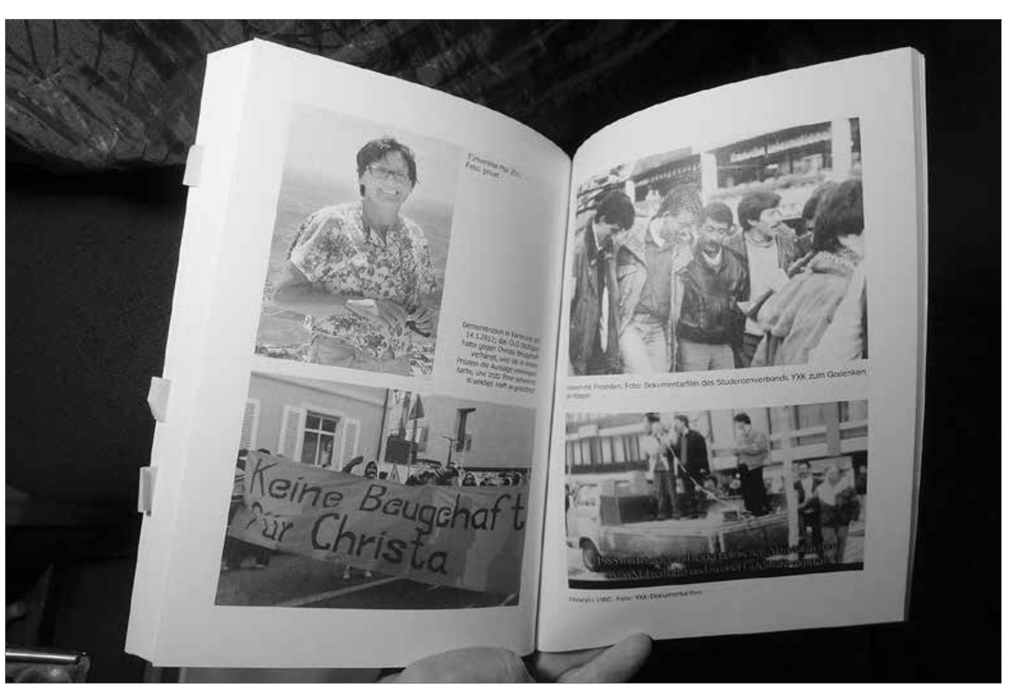
Auf den ersten Brief Christas folgte erst nach fünf Monaten die leicht verhaltene Antwort Hüseyins. Für ihn war nämlich nicht sofort ersichtlich, worauf die Vorwürfe der dreizehn inhaftierten Kurd:innen basieren würden. Klar war nur, dass dieser Angriff auf die Freiheitsbewegung unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung laufen würde, was damals §129a-Verfahren heißen musste. Ab der Zerschlagung nationaler Befreiungsbewegungen im Trikont, also sämtliche in Abhängigkeit gehaltene Länder Afrikas, Asiens und Südamerikas, in welchen der antikoloniale Ausbruch drohte, war auch der BRD am Erhalt und Ausbau wirtschaftlicher Hegemonie gelegen. Zur Umsetzung dessen dienten Kriminalisierung und Diskreditierung, was im Falle Hüseyins die Konstruktion von absurdesten Vorwürfen bedeutete. Die theatergleiche Inszenierung sollte vor allem die öffentlichen Debatten manipulieren. Um das staatliche Narrativ zu untermauern, wurden sowohl bei den Gefangenen der RAF als auch der kurdischen Bewegung zudem die Besuchszeiten und der Briefverkehr beschnitten. Dies gipfelte in absolutem Kontaktverbot während der Hungerstreiks.

Zermürbung war also das ausgeschriebene Ziel, Abtötung der Ideen. Durch die Politisierung der unmenschlichen Haftbedingungen sollte sich der gesellschaftliche Dialog vom eigentlichen Problem abwenden. Die Justiz wurde somit zum Kriegsinstrument, zur Waffe und zum Schutzschild verantwortlicher Politiker:innen, die sich durch die Verschiebung des Dialogs aus der Schusslinie nehmen konnten. Bei dem Vorgehen gegen Christa und Hüseyin kommt eindrucksvoll zur Geltung, wie der Justizapparat versuchte, jene Prozesse zu inszenieren, indem versucht wurde, die Taten von ihren Tathintergründen zu trennen. Der konkrete Sachverhalt, im Sinne der bezichtigten Tat, nennen wir sie politische Haltung, sollte also vom Motiv und der Intention der gesellschaftlichen Bewegung getrennt werden. Die bezichtigte Tat musste dafür als individuelle Entscheidung gebrandmarkt und so verformt werden, dass sie in die engmaschige Gängelung des Strafgesetzbuches zu pressen war. Nicht von ungefähr kommt es also, dass die Justiz mit allen Mitteln versuchte, eine politische Verteidigung der Gefangenen der RAF und PKK zu verhindern. Insbesondere die Briefe Hüseyins enthüllen des Weiteren die rassistische Praxis der deutschen Justiz, welche die Verteidigung und Kommunikation der kurdischen Gefangenen aus Gründen der Übersetzung zur bürokratischen Herkulesaufgabe machte. Im Sinne dieser Haftbedingungen spricht Christa von einer »knastinternen psychologischen Kriegsführung« (S. 19), die bis zur physischen Zerstörung von Gesundheit vorangetrieben werden sollte. Seit Anfang der 70er Jahre wurde die Verhängung von Isolationshaft zum bewährten Konzept für politische Gefangene, was insbesondere Gefangene der RAF und der PKK betraf. Durch »sensorische Deprivation«, also die drastische Einschränkung der Objekte sinnlicher Wahrnehmung wie absolute Stille, soziale Isolation und dominierende Farbtöne, sollten die Gefangenen gebrochen werden. Es wird in den Briefen ersichtlich, dass Desorientierung, das Absterben sinnlicher Empfindung Kalkül im Umgang mit politischen Feinden sind, denen das genommen werden soll, was sie am Leben erhält. Die Methoden waren daher nicht gegen das Individuum gerichtet, sondern grundsätzlich ein Angriff auf das Herz politischer Bewegungen.

Es dürfte nicht verwundern, dass dieses in der BRD entwickelte Konzept subtiler Folter ein Exportgut für Regime und Diktaturen weltweit wurde. Subtil daher, da Gefangene die Methoden meist erst durchschauten, als es zu spät war, und bis dahin nicht definieren konnten, wogegen sie eigentlich anzukämpfen hatten. So kam es auch, dass eine türkische Delegation am 16. Mai 1990 den Gefängnistrakt Stammheim besichtigte und nach diesem Vorbild das F-Typ-Isolationsgefängnis in der Türkei aufbaute. Parallel zur Vernichtungshaft begann in der BRD eine antikommunistische Propagandaoffensive, deren Angriffsziele insbesondere Palästinenser:innen, Tamil:innen, Kurd:innen und Ir:innen waren. Das repressive Vorgehen und die inszenierten Gerichtsverfahren scheinen somit Teil eines Krieges niedriger Intensität im Rücken des eskalierenden Krieges im Trikont zu sein. Den wusste die damalige Bonner Regierung geschickt weit weg von sich zu halten, und die Stimmen dagegen versuchte sie einzusperren und abzutöten.

Den Worten Christas und Hüseyins Bedeutung schenken

In einem Klima, das mehr als 30 Jahre nach dem Briefwechsel nicht ärmer an politischen Widersprüchen, Unterdrückung und Kriegen mit westlicher Beteiligung geworden ist, können



Briefwechsel Christa Eckes, Hüseyin Çelebi | April 1988 – Dezember 1989 Foto: KR

wir heute aus dem Briefwechsel vor allem Mut und Kraft ziehen. Christa und Hüseyin erzeugen mit einer so selbstverständlichen Annäherung an Internationalismus eine sich gegenseitig Kraft-spendende Wärme, die sich trotz der über drei vergangenen Jahrzehnte auf die lesende Person überträgt. Das zeigte sich in der Praxis daran, wie selbstverständlich Hüseyin mit seinem Hungerstreik auch die Forderungen der Gefangenen der RAF unterstützte. Eben diese Form von gegenseitiger Unterstützung lässt nämlich, wie Christa es bildhaft beschreibt, neue Arten von solidarischen und menschlichen Beziehungen entstehen, was quasi Kern eines Internationalismus sei. All das zeigt uns auf, dass die unmittelbare Betroffenheit, im Negativen im Leid des Anderen, im Positiven in der Freude und im Sieg, das Wesentliche ist, was die Entfernung von Kuba nach Deutschland und von Deutschland nach Kurdistan und vielen weiteren Ländern so weit schrumpfen lässt, dass diese Hürden und Grenzen uns lediglich verschmitzt lächeln lassen. Hüseyin beschreibt dieses Gefühl wie folgt: »Die Zärtlichkeit der Völker wird für uns praktisch spürbar, wir fühlen sie« (S. 156).

Wir sehen in der Reflexion der letzten Jahrzehnte, wie der postfaschistische Staat Anfang der 70er Jahre eine vor Ungerechtigkeit schreiende Politik ins Rollen brachte, in deren Sturmauge wir uns auch im Jahr 2021 befinden. An dem Schreckgespenst des »internationalen Terrorismus«, das aufgrund subjektiv-staatlicher Interessen beschworen wird, hat sich auf Seiten des Staats und der Justiz nichts geändert. Wiederum müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, dass die Wahrheit nicht an die Lippen der Richter:innen und der Staatsanwaltschaft gekettet ist, sondern sie mit einer organisierten Gegenöffentlichkeit zu dem Narrativ der Unterdrückung ebenso gut auf der Seite revolutionärer Bewegungen liegen kann. Wie damals schon festgestellt wurde, beansprucht der moderne Staat für sich, die Gesellschaft darzustellen, weshalb mit allen Mitteln gegen eine Gesellschaft angekämpft wurde, die sich gegen den Staat auflehnt. Im Notfall reformierte er sich eben ein wenig. Für Hüseyin konnte aber die Intensität der Bekämpfung von revolutionärer Politik damals nur heißen: »unbeirrt revolutionäre Politik fortzusetzen, bei den ganzen Reaktionen, die sie zeigen, muss das ja richtig sein« (S. 28). Welche Antwort finden wir, als Menschen, die in der BRD leben, einem Staat, der sich mit seinem Vorgehen auch heute an die Spitze des repressiven Blocks westlicher Nationalstaaten setzt? Wenn wir diese Frage diskutieren, hilft uns das vermittelte Verständnis, dass wir die Revolution wie Christa und Hüseyin als generellen Durchbruch durch die Frontlinie des durch den Kapitalismus aufgezwungenen Krieges verstehen müssen. Auch heute müssen wir uns daher in jedem Moment vergegenwärtigen, dass die Revolution in Rojava und der Widerstand in den Bergen ein Bruch mit der kapitalistischen Linie ist, wie damals der Sieg in Dien Bien Phu nicht nur für Vietnam, sondern weltweit einen Durchbruch durch den Glaskasten des kolonisierenden Systems darstellte. In dem konkreten Widerstand heute in Kurdistan sehen wir jeden Tag die Lebensäußerung einer Bewegung, welcher im Rückblick auch der Düsseldorfer Prozess und die unmenschlichen Kriegsmethoden nichts anhaben konnten. Aus den Zeilen des Buches, den beigefügten Gedichten und verschmitzten Kommentaren können wir dabei heute die Zuversicht ziehen, die wir für die kommenden Etappen benötigen. Je stärker wir werden, desto mehr verlassen wir den Status quo, das Sturmauge und lernen durch Christa und Hüseyin, wie uns der Sturm nicht den Boden unter den Füßen verlieren lässt. Sie verleihen uns mit ihrem Leben nämlich Halt und eine Perspektive, in der wir ein Leben erahnen, das außerhalb des Wirbelsturms liegt. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Sprühaktion gegen den Krieg in Kurdistan:
»Es ist Zeit für Freiheit – Alle Besatzer raus aus Kurdistan« Foto: anf

Rückseite:
»PKK-Verbot aufheben« – Plakat für Demonstration am 27.11. in Berlin

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

PKK-Verbot aufheben! Krieg beenden – politische Lösung fördern!

Im November werden 28 Jahre vergangen sein, dass die damalige Bundesregierung das Betätigungsverbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) erlassen hat. Gegenwärtig befinden sich zehn kurdische Aktivisten als politische Gefangene in deutscher Haft. Allein in den Jahren 2016 bis 2020 gab es insgesamt 786 Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in der PKK und Unterstützung der Partei.

Die Zeit seit dem Verbot ist geprägt von Tausenden von Gerichtsverfahren, Hunderten von Festnahmen, zahllosen Razzien in Vereinen und Privatwohnungen, Einbürgerungsverweigerungen, Abschiebedrohungen, Widerrufungen des Asylstatus, Kurd:innen als Kronzeug:innen in sogenannten Terrorverfahren zu instrumentalisieren.



Kurdische Bevölkerung unter Generalverdacht

Betroffen sind letztlich alle, die sich der herrschenden Politik widersetzen und die beharrlich die Finger in die Wunden legen – seien es die deutschen Waffenlieferungen an den türkischen Staat, das stille Einverständnis der Bundesregierung mit den völkerrechtswidrigen Angriffen der Türkei auf Rojava/Nord- und Ostsyrien und Südkurdistan/Irak, die ausbleibende Reaktion auf die dramatische Verfolgung der demokratischen und Erdoğan-kritischen Opposition oder die inhumane Vertragspolitik mit Ankara, zur Abschottung von Geflüchteten.

PKK wichtiger Stabilitätsfaktor in Nah- und Mittelost

Die kurdische Bewegung hat sich in den vergangenen Jahren als ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region des Nahen Ostens erwiesen. Sie ist Organisatorin von basisdemokratischen, pluralistischen Selbstverwaltungsstrukturen, in denen Frauen und Frauenrechte eine zentrale Rolle spielen. Auch die in Deutschland lebenden Kurd:innen verteidigen diese fortschrittliche Politik und unterstützen durch ihre Aktivitäten die demokratie- und friedenspolitischen Bestrebungen der PKK als Lösungsweg für die kurdische Frage.

Kursänderung der Bundesregierung zwingend notwendig

Die PKK hierfür des »Terrorismus« zu bezichtigen, ihre politische Arbeit zu sabotieren und Solidarität mit ihren legitimen Anliegen zu diffamieren, darf nicht länger staatliches Dogma bleiben.

Entkriminalisierung der PKK

Die Aufhebung des PKK-Verbots in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU wären wichtige Schritte auf dem Weg von Dialog und Konfliktlösung für die kurdische Frage. Deshalb werden wir am 27. November 2021 in Berlin demonstrieren.

Kommt zur bundesweiten Demonstration am 27. November 2021 in Berlin. Diese findet im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche (22. bis 27. November) gegen das PKK-Verbot statt.

(Aus dem Ausruf: https://verbot-aufheben.de/)

BUNDESWEITE DEMONSTRATION:

PKK VERBOT AUFHEBEN!

BERLIN
27.11.2021
12UHR - HERMANNPLATZ

GEGEN FASCHISMUS UND REPRESSION!

verbot-aufheben.de

ISSN 0935-5375